Echt Bremen.

SPD

Miteinander

Für eine starke SPD im Land Bremen.

Jahrbuch 2008/2009

SPD-Landesorganisation Bremen

Jahresbericht 2008/2009

Jahresbericht 2008/2009
Redaktion: Roland Pahl (V.i.S.d.P.), Tim Cordßen
Fotos: Focke Strangmann
© Landesorganisation Bremen
Bremen, Mai 2010

Inhalt

Gedenken ..... Seite 5

Bericht des Landesvorsitzenden zur Arbeit des Landesvorstandes ..... Seite 7

Mitglieder des Landesvorstands ..... Seite 19

Organisations- und Finanzbericht ..... Seite 21

Bericht der Landesschiedskommission ..... Seite 28

Bericht der SPD-Bürgerschaftsfraktion 2008 – 2009 ..... Seite 31

Bericht des Präsidenten des Senats ..... Seite 47

Berichte der Arbeitsgemeinschaften und Foren ..... Seite 55

Anhang

Dokumentation: Bremer Konsens zur Schulentwicklung..... Seite 83

Wahlergebnisse ..... Seite 87

Statistiken zur Mitgliederentwicklung ..... Seite 91

Gedenken

Die Landesorganisation hat in den Jahren 2008 und 2009 insgesamt 196 Mitglieder durch Tod verloren.

Stellvertretend für alle unsere verstorbenen Genossinnen und Genossen stehen:

Detlev Albers

Inge Brinkmann

Karl-August Bönning

Ulla Damrath

Jens Gäting

Helga Haase

Käthe Heberle

Elisabeth Heiber

Werner Kiene

Lydia Kowski

Günter Krapohl

Detmar Leo

Manfred von Scheven

Walter Seitz

Hans-Jürgen Sigge

Hermann Tietke

Gerhard Tilsner

Marion Venzke

Heinz Wenke

Dorothea Wirbelauer

Peter Ziegert

Wir sind ihnen und allen unseren verstorbenen Genossinnen und Genossen für ihre treue Unterstützung bei der Verwirklichung unserer politischen Ziele zu großem Dank verpflichtet. Wir werden ihnen ein ehrendes Andenken bewahren.

Bericht des Landesvorsitzenden über die Arbeit des Landesvorstandes

Nach der erfolgreichen Bürgerschaftswahl 2007 und dem Koalitionswechsel von der Großen Koalition zu Rot-Grün stand der Beginn des Jahres 2008 im Zeichen der Neujustierung bremischer Politik. Angesichts der akuten Haushaltsnotlage unseres Stadtstaates und den offensichtlichen sozialen Herausforderungen bildete die Verbindung der Haushaltssanierung mit der politischen Fokussierung der benachteiligten Stadtgebiete in Bremen und Bremerhaven den Schwerpunkt des neuen Koalitionsvertrages.

Jahresauftakt 2008 mit Jens Böhrnsen

Auf der Jahresauftaktveranstaltung der SPD-Landesorganisation in der Schwankhalle im Bremer Stadtteil Buntentor verdeutlichte Bürgermeister Jens Böhrnsen die Schwerpunktsetzung der rot-grünen Koalition: „Wir wollen alle Möglichkeiten für die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen nutzen und wir wollen unsere Anstrengungen verstärken, um den sozialen Zusammenhalt und die Chancengleichheit in unseren Städten und deren Quartieren zu gewährleisten. Das ist der rote Faden unserer Politik – auch unter schwierigen Haushaltsbedingungen."

Uwe Beckmeyer
SPD-Landesvorsitzender

Landesparteitag, 12. April 2008

Der Landesparteitag am 12. April 2008 in der Vegesacker Strandlust stand im Zeichen der Organisationswahlen. An der Spitze der Landesorganisation wurden der Landesvorsitzende Uwe Beckmeyer und sein Stellvertreter Thomas Ehmke in ihren Ämtern bestätigt. Neu in das Amt der Schatzmeisterin wurde die Gröpelinger Bürgerschaftsabgeordnete Petra Krümpfer gewählt, Schriftführer wurde Reiner Holsten aus Bremen-Nord.

Nach insgesamt neun Jahren im Senat, davon acht als Senator für Bildung und Wissenschaft und seit der Bürgerschaftswahl 2007 als Senator für Inneres und Sport, wurde Willi Lemke auf dem Landesparteitag als Senatsmitglied verabschiedet. Er folgte dem Ruf des Uno-Generalsekretärs Ban Ki-moon, der ihn im März 2008 zum Sonderberater für Sport im Dienste von Frieden und Entwicklung ernannte.

Für die Nachfolge von Willi Lemke als Senator für Inneres und Sport nominierte der Landesparteitag den bisherigen Staatsrat im Justizressort, Ulrich Mäurer. Am 7. Mai 2008 wählte ihn dann die Bremische Bürgerschaft zum Senator.

Umzug des Parteibüros

Das wahlkampffreie Jahr 2008 wurde von der SPD-Landesorganisation dazu genutzt, ein weiteres, lange geplantes Projekt umzusetzen. Im Januar 2008 beschloss der Landesvorstand, nach fast 30 Jahren am Standort Findorffstraße, den Umzug des Parteibüros in die Obernstraße in der Bremer Innenstadt. Anfang Juni war es so weit, und das Büro öffnete seine Türen im Herzen der Stadt.

„Historischer" Konsens: Schulentwicklung im Land Bremen

Eines der wichtigsten Projekte der rot-grünen Koalition war und ist die Reform des bremischen Schulsystems. Der Novellierung des Schulgesetzes in der Bremischen Bürgerschaft im Frühjahr

2009 ging ein langer, intensiver und fruchtbarer Diskussionsprozess voraus. Wesentlicher Bestandteil dieses Prozesses war der vom SPD-Landesvorstand eingerichtete Arbeitskreis „Schulstrukturreform“, der im Sommer 2008 tagte und den Beschluss über die Grundzüge der Schulentwicklungsreform vorbereitete, der auf dem Landesparteitag am 7. Oktober 2008 getroffen wurde und Grundlage für den später mit dem Koalitionspartner und der oppositionellen CDU vereinbarten „Schulkonsens“ war (siehe auch Dokumentation auf Seite 85).

Landesparteitag 28. November 2008: Altersarmut verhindern!
Schwerpunktthema des Landesparteitages am 28. November 2008 war die Sicherung der Altersversorgung. Der Parteitag diskutierte und beschloss den Antrag des Landesvorstandes „Altersarmut verhindern – Alterssicherung solidarisch finanzieren und Lücken schließen“, der zuvor von der Projektgruppe „Sicherung der Altersversorgung“ erarbeitet wurde. Gast des Landesparteitages war der Bundestagsabgeordnete Anton Schaaf, Rentenexperte der SPD-Fraktion. Der beschlossene Antrag hat viel Substanz und ist immer noch aktuell für die Diskussion zur Zukunft der Alterssicherung. Wir werden ihn deshalb dem außerordentlichen Bundesparteitag am 26. September 2010 erneut vorlegen.

Vorbereitung auf das Wahlkampfjahr 2009:

Auf einer **Landesdelegiertenkonferenz zur Vorbereitung der Europawahl** am 3. Juli 2008 im Bürgerzentrum Neue Vahr in Bremen wurden die Delegierten der Bremer SPD für die Bundesdelegiertenkonferenz im Dezember 2008 zur Aufstellung der Kandidatinnen- und Kandidatenliste gewählt. Die Kandidatin der Landesorganisation Bremen für die Europawahl 2009, die Europaabgeordnete Karin Jöns, war bereits auf dem Landesparteitag im April für eine erneute Kandidatur vorgeschlagen worden. Zum Ersatzkandidaten für Karin Jöns wurde Reiner Holsten bestimmt.

Wahlkreiskonferenzen zur Bundestagswahl: 4. und 5. November 2008
Mit der Durchführung der Delegiertenkonferenzen zur Aufstellung der Direktkandidaten in den Wahlkreisen des Landes Bremen begann für die Bremer SPD die Vorbereitung auf die Bundestagswahl 2009. Im Wahlkreis 56 (Bremen II – Bremerhaven) wurde der amtierende Bundestagsabgeordnete, der SPD-Landesvorsitzende Uwe Beckmeyer, auf der Wahlkreiskonferenz im Speicher XI in der Bremer Überseestadt wieder als Kandidat aufgestellt. Im Wahlkreis 55 (Bremen I) wählten die Delegierten auf der Wahlkreiskonferenz im Bürgerhaus Obervieland den Vorsitzenden der SPD-Bürgerschaftsfraktion, Dr. Carsten Sieling, zum Direktkandidaten für die Bundestagswahl. Der bisherige Abgeordnete dieses Wahlkreises, Volker Kröning, stellte sich nach insgesamt 15-jähriger Mitgliedschaft im Bundestag nicht wieder zur Wahl.

Die **Aufstellung der Landesliste der Bremer SPD zur Bundestagswahl 2009** erfolgte am 6. Februar 2009 auf einer Landesdelegiertenkonferenz im Bürgerzentrum Neue Vahr in Bremen. Die Delegierten wählten insgesamt 5 Genossinnen und Genossen als Kandidaten auf die Landesliste der Bremer SPD:

Uwe Beckmeyer
Cornelia Wiedemeyer
Dr. Carsten Sieling
Sarah Ryglewski
Marika Büsing

Die fünf Kandidatinnen und Kandidaten auf der Landesliste zur Bundestagswahl: Cornelia Wiedemeyer, Uwe Beckmeyer, Sarah Ryglewski, Carsten Sieling und Marika Büsing (v.l.nr.).

Zu Gast auf der Delegiertenkonferenz war der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Dr. Peter Struck, der in seiner Rede vor allem auf die Bedeutung der Ergebnisse der Föderalismuskommission II und deren Bedeutung für die finanzielle Zukunft des Landes Bremen hinwies. Die Kommission hatte am Tag zuvor ihre Beratungen beendet und unter anderem die Einführung einer Schuldenbremse und in deren Zuge jährliche Finanzhilfen für Haushaltsnotlageländer beschlossen. In diesem Zusammenhang wies Peter Struck besonders auch auf die Verdienste Volker Krönings als SPD-Obmann in beiden Föderalismuskommissionen sowie auf das besondere Wirken von Bürgermeister Jens Böhrnsen als stellvertretender Vorsitzender der Föderalismuskommission II hin.

Der **Startschuss in das Wahlkampfjahr 2009** erfolgte auf dem **Jahresauftakt in der Bremer Schwankhalle.** Der Fraktionsvorsitzende der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament und Spitzenkandidat der SPD zur Europawahl, Martin Schulz, war zu Gast und motivierte die anwesenden Genossinnen, Genossen sowie Freunde und Unterstützer der SPD in einer mitreißenden Rede für den Europawahlkampf und verdeutlichte die besondere Bedeutung der europäischen Handlungsebene für die Eindämmung der gerade ihren Höhepunkt erreichenden Wirtschafts- und Finanzkrise und die Notwendigkeit neuer internationaler Regeln für die Finanzmärkte zur Verhinderung künftiger Krisen.

Landesparteitag 21. März 2009: Bremer Impulse für das Bundestagswahlprogramm

Zur inhaltlichen Beteiligung der Bremer SPD an der Erstellung des Wahlprogramms setzte der SPD-Landesvorstand eine Projektgruppe ein, die unter der Leitung des Landesvorsitzenden Uwe Beckmeyer den Antrag „Bremer Impulse für das Bundestagswahlprogramm 2009“ erarbeitete, der vom SPD-Landesparteitag am 21. März 2009 beschlossen und an die Bundesebene weitergeleitet wurde.

Der Landesparteitag beschloss außerdem den Antrag „Für einen fairen Ausgleich von Ökologie, Ökonomie und Sozialem – moderne Energiepolitik“ des Landesvorstandes, der sich unter anderem mit der Zukunftssicherung für die bremische swb AG als selbstständigem Energieversorger

befasste und von einer Projektgruppe unter der Leitung des stellvertretenden Landesvorsitzenden Thomas Ehmke vorbereitet wurde.

Schulungen, Seminare und Workshops im Wahlkampfjahr 2009

Gerade in Wahlkampfjahren ist die Schulung unserer aktiven Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer eines der wichtigsten Elemente einer guten Kampagnenvorbereitung. Die SPD-Landesorganisation hat deshalb vor dem Europa- und dem Bundestagswahlkampf verschiedene Bildungsangebote organisiert, an denen eine Reihe aktiver Genossinnen und Genossen teilnahm:

7. März 2009: „Kommunikation im Wahlkampf – Infostand, Gesprächsführung, überzeugendes Auftreten“. Seminarleitung: Alexandra Kramm

8.–10. Mai 2010: Drehbuchseminar zur Wahlkampfführung mit den Wahlkreisteams der Direktkandidaten zur Bundestagswahl (zusammen mit der Parteischule des Parteivorstandes)

20. Juni 2009: „Mitglieder werben im Wahlkampf!“ Seminarleitung: Gwendolin Jungblut, Jens Hartung (zusammen mit dem Parteivorstand)

23. August 2009: Workshop „Mobilisierung in der Wahlkampf-Schlussphase: Haustürbesuche“. Leitung: Alexandra Kramm

Franz Müntefering in Bremen: 28. April 2009

Am 28. April 2009 besuchte der SPD-Parteivorsitzende Franz Müntefering die Hansestadt. Am Nachmittag nahm er an einer auch für ihn seltenen Jubilarehrung teil: Im Bremer Ortsverein Oberneuland wurde das 90-jährige Parteijubiläum unter Anwesenheit der quicklebendigen Jubi-

Nahezu einmaliges Ereignis: Der Parteivorsitzende Franz Müntefering ehrt Marie Rost aus dem Bremer Ortsverein Oberneuland für 90 Jahre Mitgliedschaft in der SPD.

larin Marie Rost gefeiert. Dieses seltene, wenn nicht einmalige Ereignis kam deshalb zustande, weil Marie Rost bereits im Alter von 5 Jahren in die SPD-Vorfeldorganisation „Kinderfalken“ eintrat und diese Mitgliedschaft später vom Parteivorstand anerkannt wurde.
Am Abend motivierte Franz Müntefering dann die Genossinnen und Genossen auf einer Mobilisierungskonferenz in der „Staplerhalle“ in der Bremer Überseestadt für die heiße Phase des Europawahlkampfes.

Relaunch der Internetseiten der Landesorganisation zum 1. Mai 2009
Zum Start der heißen Wahlkampfphase vor der Europawahl erfolgte auch der Relaunch der Internetseite der Landesorganisation spd-land-bremen.de. Angelehnt an das neue Layout der Internetpräsenz der SPD auf Bundesebene vermittelt der neue Auftritt einen frischen und dynamischen Eindruck und stärkt die Position der Bremer SPD als Partei mit der besten Präsenz im Internet.

Im **Europawahlkampf 2009 hat die Landesorganisation verschiedene Veranstaltungen** mit Karin Jöns, der Kandidatin der SPD im Land Bremen, durchgeführt:

14. Mai 2009: „Zwischen Blue Card und Boat People“ mit der ehemaligen Bundesministerin für Wissenschaft, Forschung und Technologie, Edelgard Bulmahn, MdB, und Ulrike Hiller, MdBB

26. Mai 2009: „Europa für gute Arbeit“ mit Reiner Hoffmann, stellvertretender Generalsekretär des Europäischen Gewerkschaftsbundes, und Jens Böhrnsen, Präsident des Senats

3. Juni 2009: „Soziales Europa jetzt - für ein Europa der Guten Arbeit!“ mit Hubertus Heil, SPD-Generalsekretär, und Uwe Beckmeyer, MdB, SPD-Landesvorsitzender.

Evangelischer Kirchentag in Bremen: Karin Jöns und Bürgermeister Jens Böhrnsen kleben das erste Begrüßungsplakat für die Gäste der Großveranstaltung in der Bremer Innenstadt auf.

Zum Evangelischen Kirchentag, der vom 20. bis 24. Mai 2009 in Bremen stattfand, begrüßte die Bremer SPD alle Besucherinnen und Besucher der Stadt mit einem besonderen Plakat, das viel Zuspruch fand. Viele Gäste des Kirchentages machten vor ihrer Abreise aus Bremen noch einen Abstecher ins Parteibüro und wollten das Plakat als Andenken oder Mitbringsel mit nach Hause nehmen. Es waren am Ende so viele, dass die Nachfrage das Angebot deutlich überstieg.

Ausgang Europawahl

Der Ausgang der Europawahl war für die SPD bundesweit enttäuschend. Zwar gelang es, im Land Bremen wieder eindeutig stärkste Partei zu werden, allerdings war das Bundesergebnis nicht hinreichend für den Wiedereinzug unserer bisherigen Abgeordneten Karin Jöns in das Europäische Parlament. Das Wahlergebnis von bundesweit 20,8 Prozent für die SPD bedeutete, dass von der SPD-Bundesliste 23 Kandidatinnen und Kandidaten ins Europäische Parlament einziehen konnten. Mit dem Bundeslistenplatz 25 verfehlte Karin Jöns ihren Wiedereinzug damit nur knapp.

Zur **Halbzeit der Legislaturperiode** im Frühsommer 2009 zog die erste rot-grüne Koalition im Land eine positive Zwischenbilanz. Die im Koalitionsvertrag angelegte Schwerpunktsetzung zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts in Bremen und Bremerhaven konnte in den ersten zwei Jahren der Koalition trotz der dramatisch schlechten Haushaltslage erfolgreich auf den Weg gebracht werden. Auf einer Diskussionsveranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung im Bremer Congress Centrum blickten Bürgermeister Jens Böhrnsen, Bürgermeisterin Karoline Linnert, der SPD-Landesvorsitzende Uwe Beckmeyer sowie die Fraktionsvorsitzenden von SPD und Bündnis 90/Die Grünen, Carsten Sieling und Matthias Güldner, auf die erste Hälfte der Legislaturperiode zurück.

Die SPD im Land Bremen verband ihre Landesparteikonferenz am 24. Juni 2009, dem Beginn der Sommerferien, mit einem kleinen Sommerfest auf der Terrasse des Konsul-Hackfeld-Hauses in Bremen, das gleichzeitig das Ende der ersten Hälfte des Wahlkampfjahres 2009 markierte.

Bundestagswahlkampf

Trotz des enttäuschenden Ausgangs der Europawahl startete die ganze Partei in Bremen und Bremerhaven nach den Sommerferien engagiert und motiviert in die entscheidende Phase des Bundestagswahlkampfes. Die Direktkandidaten für die beiden Wahlkreise im Land Bremen, Uwe Beckmeyer und Carsten Sieling, sammelten engagierte Teams um sich und legten im August 2009 mit Volldampf los. Ausgestattet mit je einem Wahlkampfbus der Landesorganisation waren die Kandidaten und ihre Teams bis zur Bundestagswahl fast jeden Tag auf Märkten, bei Straßenfesten, Diskussionsveranstaltungen und vielen anderen Gelegenheiten unterwegs und warben für eine starke SPD bei der Bundestagswahl.

Neben vielen kleineren, aber nicht weniger wichtigen Veranstaltungen, die von den Unterbezirken in den beiden Wahlkreisen mit den Kandidaten durchgeführt wurden, gab es auch zwei große, zentrale Kundgebungen in Bremen und Bremerhaven. Der **SPD-Parteivorsitzende Franz Müntefering kam am 3. September 2009 nach Bremerhaven** und sprach bei stürmischem Wind auf dem Platz vor dem Lloyd's.

Der **Kanzlerkandidat der SPD, Frank-Walter Steinmeier, kam am 11. September auf den Bremer Marktplatz.** Mehr als 3.000 Bremerinnen und Bremer waren dabei als der Bundesaußenminister, der Bremer Bürgermeister Jens Böhrnsen, die Bundestagskandidaten Uwe Beckmeyer und

SPD-Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier kam im Bundestagwahlkampf auch nach Bremen und nahm zusammen mit den Direktkandidaten Carsten Sieling (links) und Uwe Beckmeyer (rechts) an einer Kundgebung auf dem Marktplatz teil.

Carsten Sieling sowie der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft NGG, Franz-Josef Möllenberg, dazu aufriefen, am 27. September die SPD zu wählen.

Neben vielen anderen, klassischen Wahlkampfinstrumenten probierte die Bremer SPD in den Wahlkämpfen 2009 auch neues aus und produzierte zum Beispiel kurze Filme für das Internet, so genannte **Video-Podcasts,** mit den Kandidaten Karin Jöns, Uwe Beckmeyer und Carsten Sieling.

Das **Ergebnis der Bundestagswahl** bedeutete für die gesamte SPD eine bittere Niederlage. Dass die Bremer SPD das im Vergleich aller Bundesländer beste Zweitstimmenergebnis erzielte, darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass 30,2 Prozent für das Land Bremen trotz des immer noch deutlichen Abstandes zu den anderen Parteien eine herbe Enttäuschung sind. Als klar stärkste Kraft in Bremen und Bremerhaven und mit dem Gewinn beider Wahlkreise im Land Bremen durch die Direktkandidaten Uwe Beckmeyer und Carsten Sieling sind jedoch die „Minimalziele" für die Bundestagswahl immerhin erreicht worden. Das darf bei aller verständlichen Enttäuschung über das Ergebnis nicht vergessen werden und muss der Punkt sein, an dem die konstruktive Selbstkritik zur Aufarbeitung der Ursachen und Gründe für das Wahlergebnis ansetzen muss.

Fünf Tage nach der Bundestagswahl, am 2. Oktober 2009, führten wir im Gustav-Heinemann-Bürgerhaus in Bremen-Vegesack eine erste **Landesparteikonferenz** zur Diskussion des Bundestagswahlergebnisses und den daraus zu ziehenden Schlüssen durch.

Am 25. Oktober 2009 folgte dann eine **Klausursitzung des Landesvorstandes.** Auf dieser wurde unter anderem die Einsetzung einer Kommission zur „Inhaltlichen Erneuerung und strukturellen Modernisierung der SPD im Land Bremen" beschlossen. Die Aufgabenstellung dieser Kommission umfasste folgende Schwerpunkte:

- Inhaltliche Profilierung und organisatorische Modernisierung der SPD im Lande Bremen
- Mehr demokratische Partizipation der Mitglieder und nahe stehender Organisationen
- Berücksichtigung des neuen Wahlrechts bei der Kandidatenaufstellung und der Wahlkampfführung
- Vorbereitung der Bürgerschaftswahl 2011
- Zukunftsfähige Finanzstruktur der politischen Arbeit der SPD-Landesorganisation und der Unterbezirke.

Inhaltliches Ergebnis der Arbeit der Kommission war das Kampagnenpapier „Politik im Dialog", das die Grundlage für die politische Arbeit der Partei bis zur Bürgerschaftswahl bilden soll. Zu den organisatorischen Fragen wurde zwischen der Landesorganisation und den Unterbezirken der Grundsatz vereinbart, strukturelle Entscheidungen nicht gegen den Willen der betroffenen Gliederungen zu treffen, sondern im Vertrauen auf die konstruktive Kraft eines offenen Prozesses einen Dialog über die künftige Organisationsstruktur zu gestalten und die Fragestellung im zweiten Halbjahr 2011 im Lichte des Ausgangs der Bürgerschaftswahl wieder aufzurufen.

Eine **zweite Landesparteikonferenz** fand am 31. Oktober 2009 im Bremer World Trade Center statt. Sigmar Gabriel und Andrea Nahles nahmen als Kandidaten für das Amt des Parteivorsitzenden und der Generalsekretärin an dieser Konferenz teil und diskutierten mit den Genossinnen und Genossen aus Bremen und Bremerhaven ihre Ziele und Pläne für eine inhaltliche und perso-

Der Kandidat für den SPD-Parteivorsitz, Sigmar Gabriel (links) nahm im Vorfeld des Bundesparteitages zusammen mit Anrdea Nahles (im Hintergrund rechts) an der Landesparteikonferenz der Bremer SPD im Oktober 2009 teil.

nelle Erneuerung der SPD. Die Diskussion war intensiv und setzte sich kritisch mit der Politik der vergangenen Jahre auseinander. Sie war aber auch in die Zukunft gerichtet und ein deutliches Signal dafür, dass die SPD willens und in der Lage ist, aus ihren Fehlern zu lernen, um ihre schwierige Situation zu überwinden. Das vom Landesvorstand vorgelegte Arbeitspapier zum Erneuerungsprozess in der SPD nannte Sigmar Gabriel auf dieser Konferenz „beispielgebend" und wünschte der Landespartei, den in dem Papier aufgezeigten Weg konsequent zu gehen.

Auf dem **ordentlichen Bundesparteitag, der vom 13. bis 15. November 2009** in Dresden stattfand, wurde Karin Jöns in den 45-köpfigen Parteivorstand der SPD gewählt. In der Antragskommission wurden wir vom Delegierten Andreas Bovenschulte vertreten. Mit seiner engagierten Arbeit in der Antragskommission konnte die Bremer SPD einen konstruktiven Beitrag zum Gelingen des Bundesparteitages leisten.

Veranstaltungsreihe für Neumitglieder

Nach der Bundestagswahl erlebte die SPD bundesweit eine „Eintrittswelle". Die Zahl der Neueintritte gleicht zwar weder die Austritte der Vergangenheit noch die kontinuierlichen natürlichen Abgänge aus, sie ist aber ein ermutigendes Zeichen für die Zukunft. Die hohe Zahl der Neueintritte – im Land Bremen waren es alleine von der Bundestagswahl bis zum Jahresende 95 – macht einerseits deutlich, dass viele Menschen unzufrieden mit der schwarz-gelben Bundesregierung sind, und andererseits, dass die SPD noch immer ein attraktiver Ort für politisches Engagement ist.

Für die SPD als lebendige Mitgliederpartei ist es von besonderer Bedeutung, die Neumitglieder schnell in die aktive Politikgestaltung einzubeziehen und mit ihnen neuen Schwung aufzunehmen. Hier sind vor allem die Ortsvereine als Basisorganisation der Partei im Stadtteil gefragt. Weiter sind insbesondere auch die Unterbezirke gefordert, den Neumitgliedern Angebote zur Mitarbeit zu unterbreiten. Für die Eintritte des Jahres 2009 und insbesondere die vielen neuen Mitglieder, die nach der Bundestagswahl den Weg in die SPD gefunden haben, hat die Landesorganisation eine Veranstaltungsreihe organisiert, die im Dezember 2009 begann und folgende Termine umfasste:

8. Dezember 2009: Neumitglieder treffen Bürgermeister Jens Böhrnsen im Bremer Rathaus

14. Januar 2010: Neumitglieder treffen Christian Weber in der Bremischen Bürgerschaft

21. Januar 2010: Neumitglieder treffen Björn Tschöpe in der SPD-Bürgerschaftsfraktion

2. Februar 2010: Neumitglieder treffen den SPD-Landesvorsitzenden Uwe Beckmeyer in der „Ständigen Vertretung"

Auswahl einiger weiterer politischer Aktivitäten

Im Zusammenhang mit der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise waren im Land Bremen insbesondere in der Hafenwirtschaft Auswirkungen zu spüren. Besonders betroffen vom rückläufigen Hafenumschlag war der Gesamthafenbetriebsverein (GHB). Hierzu lud der SPD-Landesvorsitzende eine hochkarätig besetzte Runde aus der Hafenwirtschaft, den Gewerkschaften und der Landes- und Bundespolitik ein, die kurzfristige Maßnahmen zur Sicherung der Arbeitsplätze in der Hafenwirtschaft des Landes Bremen diskutierte und vorbereitete. Der SPD-Landesvorstand

setzte zusätzlich eine **AG Hafenarbeitsplätze** ein, in der der Landesvorsitzende zusammen mit dem Senator für Wirtschaft und Häfen und Vertretern der Gewerkschaften und der Hafenwirtschaft alle Maßnahmen und insbesondere die Verhandlungen zwischen der Hafenwirtschaft und den Gewerkschaften begleitete.

Auch in der Wahlperiode 2008/2009 setzte der SPD-Landesvorstand seine intensive Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften im Land Bremen fort. Der **SPD-Gewerkschaftsrat** tagte regelmäßig unter der Leitung des SPD-Landesvorsitzenden und der DGB-Vorsitzenden Helga Ziegert, die im Herbst 2009 nicht zur Wiederwahl antrat und an der Spitze des DGB in der Region Elbe-Weser von Annette Düring abgelöst wurde. Helga Ziegert, die zugleich arbeitsmarktpolitische Sprecherin der SPD-Bürgerschaftsfraktion ist, gebührt an dieser Stelle herzlicher Dank für ihre politische Arbeit in der Gewerkschaft und in der Sozialdemokratie, die gerade an dieser Schnittselle in den letzten Jahren nicht immer einfach war.

Eine enge Zusammenarbeit mit dem DGB und der Gewerkschaft Transnet gab es auch in der Frage der **Sicherung der Arbeitsplätze im Instandhaltungswerk der Deutschen Bahn in Bremen-Sebaldsbrück.** Der SPD-Landesvorsitzende war mehrmals vor Ort, um sich in enger Abstimmung mit den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für die Sicherung ihrer Arbeitsplätze einzusetzen. Im Frühjahr 2008 führte die SPD-Landesorganisation unter der Leitung von Uwe Beckmeyer einen Runden Tisch mit Betriebsratsvertretern aus dem Werk und Vertretern der Gewerkschaften durch, an dem auch der Senator für Wirtschaft und Häfen, Ralf Nagel, sowie der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft Transnet teilnahmen. Im Sommer 2008 kam auf Initiative von Uwe Beckmeyer der Vorstandsvorsitzende der DB AG, Hartmut Mehdorn, zusammen mit weiteren Vorstandsmitgliedern der Bahn nach Bremen und nahm an einer Fortsetzung des Runden Tisches mit Arbeitnehmervertretern teil.

Seit 2001 verleiht die SPD-Landesorganisation Bremen den mit 500 Euro dotierten **Jugendpreis für besonderes gesellschaftliches oder politisches Engagement**. Der Preis für das Jahr 2008 ging an die Schülerinnen und Schüler des GK Wirtschaft 12 am Schulzentrum Walliser Straße für ihr Unterrichtsprojekt „Die Spaltung der Stadt“, das sich sehr fundiert mit den Ursachen und Folgen von Armut für die Stadtgesellschaft auseinandersetzt und damit auch einen wichtigen Beitrag für die öffentliche Diskussion der Themen Armut und soziale Spaltung geliefert hat.

Der **Jugendpreis 2009** wurde dem Bürgerhaus Oslebshausen und dort aktiven Jugendlichen für das Hip-Hop-Musical „Brothers & Sisters“ verliehen. Die jugendlichen Akteure setzen sich in dem Stück nicht nur mit sehr grundsätzlichen Lebensfragen und höchst aktuellen Ereignissen auseinander, sondern sie entwickeln auch in der Herausforderung der gemeinsamen Bühnenarbeit ein starkes Gefühl von Gemeinschaft und für das Zusammenwachsen als Gruppe. Für dieses Projekt haben 15 Tänzer, Rapper und Sänger aus dem norddeutschen Raum gemeinsam mit Jugendlichen aus dem Bürgerhaus Oslebshausen zusammengearbeitet. Der Preis wurde auf dem Jahresauftakt 2010 der SPD-Landesorganisation übergeben, wo die Mitwirkenden mit einer Kostprobe ihres Könnens das Publikum begeisterten.

Die SPD-Landesorganisation hat in den Jahren 2008 und 2009 zwei Genossen verloren, die in den vergangenen Jahren ganz erheblich an der politischen Arbeit der SPD im Land Bremen mitgewirkt haben:

Bühne frei für „Singfeste“: Die A-cappella-Gruppe (die Ukulelen sind nur eine Ausnahme) trat zum wiederholten Male beim Jahresauftakt der Bremer SPD auf und begeisterte das Publikum mit nicht ganz ernst gemeinten Liedern.

Nach kurzer, schwerer Krankheit verstarb am 31. Mai 2008 der **ehemalige SPD-Landesvorsitzende Detlev Albers.** Die SPD in Bremen und auf Bundesebene verlor mit Detlev einen programmatischen Vordenker. Detlev Albers prägte die Bremer SPD als Landesvorsitzender von 1995 bis 2004 und war als Mitglied des Parteivorstands auf Bundesebene von 1999 bis 2007 ein engagierter Antreiber der programmatischen Weiterentwicklung der deutschen und europäischen Sozialdemokratie.

Am Ende des Jahres 2009 musste die SPD im Land Bremen noch eine traurige Nachricht verkraften: Am 16. Dezember 2009 verstarb der **Landesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB), Hermann Tietke,** der zugleich auch Mitglied des SPD-Landesvorstands war, im Alter von nur 57 Jahren. Nach einer schweren Erkrankung im Sommer 2008 war er zunächst auf dem Weg der Besserung und nahm seine politische Arbeit trotz noch immer erheblicher gesundheitlicher Beeinträchtigung wieder auf. Sein Tod kam gleichwohl plötzlich und unerwartet. Mit Hermann Tietke hat die SPD im Land Bremen einen profilierten und leidenschaftlichen Streiter für eine gerechte Bildungspolitik verloren, den wir nicht vergessen werden.

Neuer Senator: Martin Günthner

Zwar außerhalb des eigentlichen Berichtszeitraumes, aber von besonderer Bedeutung war der Rücktritt von Ralf Nagel als Senator für Wirtschaft und Häfen sowie als Senator für Justiz und Verfassung. Nach gut zweieinhalb Jahren im Senat suchte Ralf Nagel eine neue berufliche Herausforderung, die er in Hamburg beim Verband Deutscher Reeder fand.

Nach der Nominierung auf dem SPD-Landesparteitag am 20. Februar 2010 wählte die Bremische Bürgerschaft am 24. Februar 2010 den bisherigen stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der SPD in der Bremischen Bürgerschaft, Martin Günthner, aus Bremerhaven zum neuen Senator für Wirtschaft und Häfen sowie Justiz und Verfassung.

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

nach vier Jahren an der Spitze der SPD-Landesorganisation Bremen werde ich auf dem Landesparteitag am 5. Juni 2010 in Bremerhaven nicht wieder als Landesvorsitzender kandidieren. Wer meine Nachfolgerin oder mein Nachfolger wird, steht zum jetzigen Redaktionsschluss für dieses Jahrbuch noch nicht fest. In der Mitgliederbefragung, die zeitlich mit dem Druck dieses Jahrbuches zusammenfällt, bewerben sich Karin Jöns und Andreas Bovenschulte um das zugleich schönste und schwierigste Amt in der Bremer SPD. Ich wünsche meiner Nachfolgerin oder meinem Nachfolger den bestmöglichen Erfolg für die wichtigen Herauforderungen der Zukunft, allen voran die Bürgerschaftswahl am 22. Mai 2011.

Ich bedanke mich bei allen Genossinnen und Genossen, die mich und meine politische Arbeit als Landesvorsitzender der SPD begleitet und unterstützt haben sowie bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der SPD-Landesorganisation.

Bremen, im Mai 2010

Uwe Beckmeyer
SPD-Landesvorsitzender

Mitglieder des Landesvorstands

gewählt auf dem Landesparteitag am 12. April 2008

Vorsitzender
Uwe Beckmeyer

Stellvertretender Vorsitzender
Thomas Ehmke

Schatzmeisterin
Petra Krümpfer

Schriftführer
Reiner Holsten

Beisitzerinnen und Beisitzer
Uwe Besing

Winfried Brumma

Andreas Feddern

Karin Jöns

Melanie Kennard

Janna Köke

Brigitte Lückert

Manuela Mahnke

Hartmut Mekelburg

Insa Peters-Rehwinkel

Rolf Prigge

Hermann Tietke † 16.12.2009

Werner Stitz

Landesgeschäftsführer
Roland Pahl

Notizen

Organisations- und Finanzbericht

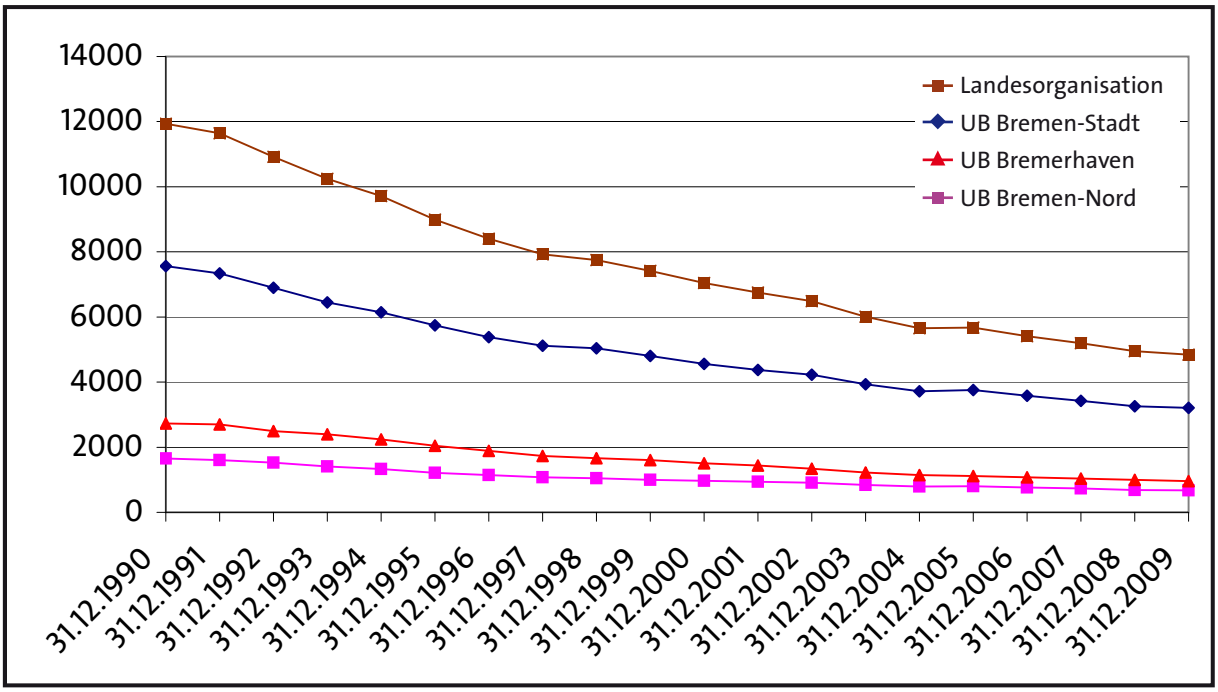
Mitgliederentwicklung

Landesorganisation Bremen 2000 bis 2009

Jahr	Bremen-Stadt	Bremen-Nord	Bremerhaven	Landesorganisation	Bundeszahlen
31.12.1990	7559	1650	2725	11934	919129
31.12.1991	7337	1607	2701	11645	919871
31.12.1992	6897	1525	2495	10917	885958
31.12.1993	6443	1404	2398	10245	861480
31.12.1994	6143	1326	2243	9712	849374
31.12.1995	5740	1211	2042	8993	817650
31.12.1996	5379	1144	1884	8407	792773
31.12.1997	5116	1075	1736	7927	776183
31.12.1998	5043	1047	1662	7752	775036
31.12.1999	4808	995	1608	7411	755066
31.12.2000	4563	973	1504	7040	734667
31.12.2001	4377	938	1439	6754	717513
31.12.2002	4231	914	1337	6482	693894
31.12.2003	3937	845	1223	6005	661278
31.12.2004	3720	791	1141	5652	605807
31.12.2005	3760	801	1112	5673	590485
31.12.2006	3579	763	1072	5414	561239
31.12.2007	3425	737	1036	5198	539861
31.12.2008	3261	689	1002	4952	520969
31.12.2009	3213	674	954	4841	512520

Mitgliederentwicklung

Landesorganisation Bremen 1990 bis 2009



Organisations- und Finanzbericht

Die Zahl der SPD-Mitglieder im Land Bremen hat sich im Berichtszeitraum von 5.198 am 1. Januar 2008 über 4.952 am 31. Dezember 2008 auf 4.841 Genossinnen und Genossen zum Jahresende 2009 verringert. Der Minussaldo in 2008 betrug somit 246 bzw. 4,73 Prozent und in 2009 betrug er 111 bzw. 2,24 Prozent zum Vorjahr.

Der Anteil der Frauen an der Mitgliedschaft hat sich in den letzten zwei Jahren kaum verändert: 31.12.2000: 31,07 Prozent, 31.12.2007: 33,80 Prozent, 31.12.2009: 33,90 Prozent.

In der Landesorganisation waren am 31. Dezember 2009 42 Gastmitglieder organisiert.

Das Durchschnittsalter der Mitgliedschaft lag am 31. Dezember 2009 bei 59 Jahren und damit um ein Jahr höher als am 31. Dezember 2007. Die durchschnittliche Dauer der Mitgliedschaft ist in der gleichen Zeitspanne von 25 auf 26 Jahre angestiegen.

Die Zahl der Eintritte mit 119 im Jahr 2008 und 186 im Jahr 2009 sowie der Austritte mit 289 Austritten in 2008 und 231 in 2009 zeigen die unterschiedliche Mitgliederentwicklung in den letzten zwei Jahren. Bereits während des Bundestagswahlkampfes, aber insbesondere nach der für die SPD schlimmen Wahlniederlage bei der Bundestagswahl und der Übernahme der Bundesregierung durch Schwarz-Gelb konnte die SPD bundesweit und so auch in Bremen verstärkte Eintrittszahlen bei gleichzeitig starkem Rückgang der Austritte verzeichnen. Die Dynamik der rückläufigen Mitgliederzahlen konnte damit in 2009 gegenüber den Vorjahren ganz erheblich abgebremst werden. Wichtige Aufgabe auf allen Gliederungsebenen ist nun, den neuen Mitgliedern vielfältige Angebote zur Mitarbeit und zur Beteiligung zu machen, sie wirklich in die politische Arbeit zu integrieren, um sie so fest an die Partei zu binden.

Weitere Statistiken zur Mitgliederentwicklung sind im Anhang dieses Jahrbuches dokumentiert.

In den letzten zwei Jahren hat es nur geringfügige Änderungen im Gliederungsaufbau innerhalb der Landesorganisation gegeben: Der Unterbezirk Bremen-Stadt gliedert sich ab 1. Januar 2010 in 31 Ortsvereine (2007: 33 Ortsvereine), der Unterbezirk Bremerhaven weiterhin in 9 Ortsvereine und die Zahl der Ortsvereine im Unterbezirk Bremen-Nord hat sich im Berichtszeitraum um einen auf nun 9 Ortsvereine reduziert.

Die Mitgliederzahlen der Unterbezirke betrugen am 31. Dezember 2009: Unterbezirk Bremen-Stadt – 3.213, Unterbezirk Bremen-Nord – 674, Unterbezirk Bremerhaven – 954. Die durchschnittliche Mitgliederzahl je Ortsverein lag am 31. Dezember 2009 im Unterbezirk Bremen-Stadt mit 33 Ortsvereinen bei 97 (kleinster Ortsverein ist Seehausen-Hasenbühren mit 14 Mitgliedern, größter Ortsverein ist Peterswerder-Steintor mit 256 Mitgliedern), im Unterbezirk Bremerhaven mit 9 Ortsvereinen bei 106 Mitgliedern (kleinster Ortsverein ist Geestemünde-Süd/Grünhöfe mit 72 Mitgliedern, größter Ortsverein ist Lehe-Nord/Weddewarden mit 171 Mitgliedern) und im Unterbezirk Bremen-Nord mit 9 Ortsvereinen bei 75 Mitgliedern (kleinster Ortsverein ist hier Hammersbeck mit 35 Mitgliedern, größter Ortsverein ist Burglesum mit 166 Mitgliedern).

Die Zahlen der Mitgliederentwicklung, die auch ganz unmittelbar mit der Finanzentwicklung verknüpft sind, können hinsichtlich des Organisationsaufbaus der Partei nicht weiter ausgeblen-

det werden. Es ist ganz offensichtlich, der Organisationsmantel, der in den 1970er Jahren für eine Zahl von mehr als 16.000 Mitgliedern geschneidert wurde, sitzt inzwischen sehr „schlabberig“, dies wird nochmals durch die in vielen Bereichen bei der Durchführung der Organisationswahlen im Frühjahr 2010 aufgetretenen nicht unerheblichen Schwierigkeiten – insbesondere auch im Bereich der Arbeitsgemeinschaften – belegt. Es soll an dieser Stelle nicht untersucht werden, warum bereits der Versuch der Diskussion zu einer Strukturreform in den letzten Monaten des Jahres 2009 gescheitert ist (vielleicht auch scheitern musste), trotz eindeutigem Arbeitsauftrag des Landesvorstandes an die von ihm auf seiner Klausur in Bad Bederkesa am 25. Oktober 2009 gemeinsam mit den Unterbezirksvorsitzenden eingesetzten Kommission „Inhaltliche Profilierung und strukturelle Modernisierung der SPD im Land Bremen“. Wichtig ist die Verständigung, dass sich in Zukunft alle konstruktiv am notwendigen Erneuerungsprozess beteiligen werden und es zu solidarisch von Unterbezirken und Landesorganisation getragenen Entscheidungen kommen soll. Die weitere Diskussion zur zukünftigen Organisationsstruktur wird in der Zweiten Hälfte des Jahres 2011 in Kenntnis des Ausgangs der Bürgerschaftswahl geführt. Dass notwendige Strukturreformen mutig angegangen und umgesetzt werden ist auch Voraussetzung dafür, dass die Landespartei, wie in der Vergangenheit durchaus geschehen, auch in Zukunft finanzielle Unterstützungen aus Berlin erhält.

27 Jahre war das Bremer Parteibüro im Stadtteil Findorff beheimatet. Der Standort, der zunächst als Provisorium gedacht war, bekam Tradition. Es wurde aber auch seit vielen Jahren immer wieder über eine Veränderung des Standortes diskutiert. Mehrere Anläufe führten aus den unterschiedlichsten Gründen nicht zu einem tatsächlichen Umzug. Nach intensiven Vorbereitungen in der zweiten Hälfte des Jahres 2007 hat der Landesvorstand am 11. Januar 2008 einstimmig den Umzug des Parteibüros beschlossen. Im Juni 2008 konnte das Parteibüro gemeinsam mit den Büros der Abgeordneten seine Arbeit in der Obernstraße aufnehmen. Am neuen Standort im Zentrum der Stadt sind wir nah bei den Menschen und die Wege zum Haus der Bürgerschaft, zum Rathaus und zum Büro der Bürgerschaftsfraktion sind kurz. Ärgerlich war sicher, dass sich unmittelbar an den Umzug ein größerer Umbau im Haus und insbesondere im Treppenhaus in der Obernstraße anschloss, der eigentlich hätte rechtzeitig zum Europawahlkampf abgeschlossen sein sollen, aber leider noch immer andauert. Dennoch hat sich die Funktionstüchtigkeit des neuen Bürostandorts auch in den Wahlkämpfen zur Europa- und Bundestagswahl 2009 bewiesen.

Die Stammbelegschaft in unseren Parteibüros wurde von 8 Stellen in 2003 auf nur noch 5,5 Stellen (1 Stelle im Bremerhavener Büro, 4,5 Stellen in der Obernstraße) im Jahr 2009 reduziert, dies bedeutet eine Personalreduktion in diesem Zeitraum von 31,25 Prozent. Eine weitere Personalreduktion bei unveränderten Anforderungen an die vielfältigen Leistungen, die die Parteibüros für die Gliederungen der Partei erbringen, ist nicht mehr darstellbar und auch unseren Beschäftigen nicht mehr abzuverlangen.

Die Partei und ihre Funktionärinnen und Funktionäre müssen sich nun darauf einstellen, dass der Personalabbau natürlich Konsequenzen für das Spektrum der von den Parteibüros zu erledigenden Aufgaben hat. Eine nicht einfache Situation, da die sinkende Zahl an Mitgliedern und die Altersstruktur der Mitgliedschaft eigentlich eine verstärkte Professionalisierung der Parteiarbeit und eine intensivere Unterstützung der ehrenamtlich Aktiven durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Partei zunehmend erfordert.

Im Jahr 2003 betrugen die Personalkosten 502.229 Euro im Jahr 2008 359.964 Euro, dies entspricht gegenüber 2003 einer Reduktion um 28,3 Prozent. In 2009 entstanden Personalkosten in Höhe von 380.818 Euro, bereinigt um die Kosten für Personalverstärkungen für die Wahlkämpfe in Höhe von 49.204 betrugen die Kosten für das Stammpersonal in 2009 331.614 Euro. Die Reduktion gegenüber 2008 erklärt sich aus der Auflösung von Rückstellungen im Jahr 2009 in Höhe von 30.960 Euro, ohne Berücksichtigung der Auflösung dieser Rückstellungen hätten die Aufwendungen für das Stammpersonal in 2009 mit 362.574 Euro geringfügig mehr betragen als 2008.

Die Kosten je Personalstelle betrugen im Jahr 2008 in der Landesorganisation Bremen lediglich 88 Prozent vom Bundesdurchschnitt. Es muss mit aller Deutlichkeit festgestellt werden, dass im Personalbereich keine weiteren Einsparpotentiale mehr vorhanden sind.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesorganisation sind engagiert und motiviert. Sie haben unseren Dank und unsere Anerkennung für ihre Arbeit sehr verdient.

Die Finanzsituation der Landesorganisation Bremen zwingt uns, in Zukunft weiter und noch verstärkt, sehr sorgsam und sparsam mit den Finanzmitteln der Partei umzugehen, damit Kampagnen, Wahlkämpfe und die allgemeine politische Arbeit sowie das hauptamtliche Personal und die Verwaltungsinfrastruktur finanziert werden können. In den nächsten Jahren geht es um nicht weniger als um die Absicherung der Funktionsfähigkeit unserer Landesorganisation als eigenständige Einheit.

Der Verlust des Europamandats, der Verlust von rund 52.000 Zweitstimmen bei der Bundestagswahl 2009 und die weiterhin rückläufigen Mitgliederzahlen werden in den kommenden Jahren zu Einnahmeausfällen von jährlich rund 50.000 Euro führen. Diese wären von der Landesorganisation alleine nicht zu schultern. Die Unterbezirke werden deshalb hieran durch Reduktion der Zuschüsse und der Verlagerung von Verwaltungskosten mit rund 12.500 Euro beteiligt. Die Finanzbeziehungen zwischen der Landesorganisation und den Unterbezirken sind damit für die Jahre 2010 und 2011 fest vereinbart. Wahlkampfzuschüsse wird es seitens der Landesorganisation im Jahr 2011 nicht geben können, die Gliederungen werden an den Kosten der Wahlkampfmaterialien beteiligt werden müssen.

Die Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen gingen im Berichtszeitraum von 392.639 Euro (2007) über 385.876 Euro (2008) auf 380.307 Euro (2009) zurück. Im Jahr 2006 betrugen die Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen noch über 400.000 Euro und damit fast 20.000 Euro mehr als 2009.

Angesichts des weiteren Mitgliederrückgangs, der sich ganz unmittelbar auf die Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen und mittelbar auch auf die Einnahmen aus staatlichen Mitteln auswirkt, muss sich in Zukunft viel intensiver um das Beitragswesen gekümmert werden.

Der durchschnittliche Mitgliedsbeitrag betrug am 31. Dezember 2009 10,53 Euro, er lag im Unterbezirk Bremen-Stadt bei 11,12 Euro, im Unterbezirk Bremerhaven bei 10,01 Euro und im Unterbezirk Bremen-Nord bei 8,44 Euro.

Mit einem Überschuss in Höhe von 46.909 Euro in 2008 und von voraussichtlich rund 4.000 Euro in 2009 in der Einnahmen-/ und Ausgabenrechnung trotz der genannten großen Projekte ist

einerseits die solide Haushaltsführung erkennbar, anderseits wird aber auch deutlich, dass eine Rückführung der Schuldlast nur schwer und eine Rücklagenbildung für zukünftige Wahlkämpfe schon gar nicht möglich ist.

Der Büroumzug im Jahr 2008 und die Wahlkämpfe zur Europa- und Bundestagswahl im Jahr 2009, die auch in finanzieller Hinsicht herausragenden Sonderprojekte in diesen zwei Jahren, sind jeweils in den vorgesehenen Budgets abgewickelt worden.

Die zum 31. Dezember 2009 vorhandenen Bankverbindlichkeiten von fast 100.000 Euro sind im Januar 2010 in ein zinsloses Darlehen beim Parteivorstand umgeschuldet worden.

Bundesweit ist es die Ebene der Länder und Bezirke, die erhebliche Finanzschwierigkeiten haben, gefolgt vom Parteivorstand. Die Gliederungen darunter – Unterbezirke, Kreisverbände und Ortsvereine verfügen nach wie vor über erhebliche Finanzreserven. Dies trifft auch im Land Bremen zu, wenn auch die Vermögen der Unterbezirke und Ortsvereine sehr ungleich sind: Die Geldbestände der Unterbezirke betrugen zum 31.12.2009 83.131 Euro und die der Ortsvereine 177.780 Euro. Die Landesorganisation wird sich aktiv an der Diskussion, die die Bundesschatzmeisterin zu den Parteifinanzen und zur Verteilung der Finanzmittel auf die Gliederungsebenen bis zum ordentlichen Bundesparteitag im Jahr 2011 führen will, beteiligen.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass in den Jahren 2008 und 2009 trotz der Sonderbelastungen durch den Büroumzug sowie der Europa- und Bundestagswahlkämpfe eine Reduktion des negativen Reinvermögens in Höhe von gut 50.000 Euro von -239.968 Euro auf -187.758 Euro gelungen ist. Bleiben die Rückstellungen für Personalmaßnahmen (Altersteilzeit, Überstunden- und Urlaubsansprüche) unberücksichtigt, hellen sich die Wolken bei einem Minus von dann noch -92.051 Euro etwas auf. Es macht aber auch klar, dass für den wichtigen Bürgerschaftswahlkampf im Jahr 2011 deutlich weniger Finanzmittel zur Verfügung stehen werden als noch 2007 tatsächlich ausgegeben wurden.

Die Rechenschaftsberichte für die Jahre 2008 und 2009 sind in diesem Jahrbuch dokumentiert.

Petra Krümpfer
Landesschatzmeisterin

Roland Pahl
Landesgeschäftsführer/Landeskassierer

Rechenschaftsbericht für das Jahr 2008

Einnahmen- und Ausgaben-Rechnung

Einnahmen		Ausgaben	
Mitgliedsbeiträge	385.876,41 €	Personalkosten	359.963,68 €
Sonderbeiträge	176.051,25 €	Verwaltungskosten	230.291,44 €
Spenden von nat. Personen	13.062,27 €	Politische Arbeit	116.612,70 €
Spenden von jur. Personen	1.050,00 €	Wahlkämpfe	4.596,62 €
Staatliche Mittel	162.677,88 €		
Einnahmen aus sonstigem Vermögen	57,01 €	Vermögensverwaltung inkl. Zinsen	8.612,41 €
Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffentlichungen und sonstiger mit Einnahmen verbundener Tätigkeit	40.091,11 €		
Zuschüsse von Gliederungen	7.205,30 €	Zuschüsse an Gliederungen	19.084,94 €
Sonstige Einnahmen	- €	Sonstige Ausgaben	- €
Gesamteinnahmen	786.071,23 €	Gesamtausgaben	739.161,79 €
		Überschuss/Defizit	46.909,44 €

Vermögensübersicht 2008

Geschäftsstellenausstattung	23.379,00 €	Rückstellungen	128.767,00 €
Insolvenzgeschütztes Werthuthaben	59.931,83 €	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	85.833,53 €
Geldbestände	4.171,57 €	Rückzahlungsverpflichtungen aus der staatlichen Teilfinanzierung	63,50 €
Forderungen an Gliederungen	986,42 €	Verbindlichkeiten gegenüber Gliederungen	50.000,00 €
Sonstige Vermögensbestände	4.418,43 €	Verbindlichkeiten	19.225,86 €
Besitzposten am 31.12.2008	92.887,25 €	Schuldposten am 31.12.2008	283.889,89 €
		Reinvermögen am 31.12.2008	- 191.002,64 €

Vorläufiger Rechenschaftsbericht für das Jahr 2009

Einnahmen- und Ausgaben-Rechnung

Einnahmen		Ausgaben	
Mitgliedsbeiträge	380.307,09 €	Personalkosten	331.613,88 €
Sonderbeiträge	181.806,60 €	Verwaltungskosten	173.209,06 €
Spenden von nat. Personen	50.023,74 €	Politische Arbeit	115.520,54 €
Spenden von jur. Personen	39.240,00 €	Wahlkämpfe	241.645,62 €
Staatliche Mittel	193.157,24 €	Personalkosten Wahlkämpfe	49.204,31 €
Einnahmen aus sonstigem Vermögen	435,20 €	Vermögensverwaltung inkl. Zinsen	7.660,58 €
Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffentlichungen und sonstiger mit Einnahmen verbundener Tätigkeit	42.707,79 €		
Zuschüsse von Gliederungen	58.256,06 €	Zuschüsse an Gliederungen	19.040,00 €
Sonstige Einnahmen	- €	Sonstige Ausgaben	3.905,05 €
Gesamteinnahmen	945.933,72 €	Gesamtausgaben	941.799,04 €
		Überschuss/Defizit	4.134,68 €

Vermögensübersicht 2008

Geschäftsstellenausstattung	20.593,00 €	Rückstellungen	98.007,00 €
Insolvenzgeschütztes Werthuthaben	52.003,87 €	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	97.006,32 €
Geldbestände	908,72 €	Rückzahlungsverpflichtungen aus der staatlichen Teilfinanzierung	- €
Forderungen an Gliederungen	1.455,60 €	Verbindlichkeiten gegenüber Gliederungen	44.792,17 €
Sonstige Vermögensbestände	2.213,09 €	Verbindlichkeiten	25.127,28 €
Besitzposten am 31.12.2008	77.174,28 €	Schuldposten am 31.12.2008	264.932,77 €
		Reinvermögen am 31.12.2008	- 187.758,49 €

Stand: 09.02.2010

Landesschiedskommission

Die Landesschiedskommission setzte sich in den Jahren 2008/2009 zusammen aus:

Dr. Hans-Christoph Hoppensack, Vorsitzender
Brigitte Melinkat, stellvertretende Vorsitzende
Klaus Becké, stellvertretender Vorsitzender
Walter Wilkens, Beisitzer
Ekkehard Grimm, Beisitzer
Bernd Schlemmermeyer, Beisitzer
Heinz Buschmann, Beisitzer.

Die Landesschiedskommission hatte kurz vor Ende der vorigen Wahlperiode 2006/2007 einen Fall zu entscheiden. Die Entscheidung konnte im letzten Bericht des Landesvorstands aber nicht mehr berücksichtigt werden. Deswegen wird darüber jetzt berichtet, zumal die Berufungsentscheidung der Bundesschiedskommission in dieser Wahlperiode ergangen ist.

Es ging um die Neuabgrenzung von Ortsvereinen, hier um eine Neugliederung der Ortsvereine Walle und Utbremen. Mit Beschluss vom 25.3.2008 wurde die Entscheidung des Unterbezirksvorstandes Bremen-Stadt aufgehoben. In der Begründung wurde dem Unterbezirksvorstand aufgegeben, das Verfahren der Neugliederung neu zu beginnen, alle berührten Ortsvereine einzubeziehen und eine abschließende eindeutige Regelung zu treffen.

Gegen diese Entscheidung hat der Unterbezirksvorstand Berufung bei der Bundesschiedskommission eingelegt. Diese hat die Berufung mit Beschluss vom 15.9.2008 zurückgewiesen und die Entscheidung der Landesschiedskommission im Ergebnis, wenn auch mit teilweise anderer Begründung bestätigt. Wegen der besonderen Bedeutung der Entscheidung für zukünftige Neugliederungen von Ortsvereinen in der Landesorganisation Bremen wird der Kern der Entscheidung der Bundesschiedskommission zu § 8 Absatz 2 des Organisationsstatuts wie folgt wiedergegeben:

Will der Vorstand eines Unterbezirks einen Ortsverein neu gliedern, so muss er – der Vorstand des Unterbezirks durch seinen Vorsitzenden – dem Vorstand des Ortsvereins mitteilen, welche territoriale Abgrenzung in Aussicht genommen wird und warum das so sein soll. In dem Verfahren anzuhören ist die betroffene Gliederung und nicht (nur) der Vorsitzende. Auch der gesamte Vorstand des Ortsvereins ist nicht befugt, sich ohne Befassung der Mitgliederversammlung zu so grundlegenden Entscheidungen wie dem territorialen Bestand des Ortsvereins zu äußern. Dazu muss der Ortsverein bei vernünftiger Betrachtung der satzungsrechtlichen Ladungsfristen einen ausreichenden Zeitraum zur Verfügung haben. Ein Zeitraum von einer Woche ist in jedem Fall unzureichend und führt zur Ungültigkeit der Neugliederungsentscheidung.

Nach § 8 Abs.2 Satz 1 und 2 OrgStatut darf der Vorstand eines Unterbezirks über die territoriale Gliederung der Ortsvereine nach politischer und wirtschaftlicher Zweckmäßigkeit befinden. Ihm allein kommt die Letztentscheidung zu. Zwingende verfahrensrechtliche Voraussetzung ist allein, dass allen betroffenen Gliederungen Gelegenheit zur Äußerung gegeben worden ist. Neugliederungsentscheidungen sind nur dann nicht ermessensfehlerhaft, wenn sie einem Konzept folgen, das ihre politische und wirtschaftliche Zweckmäßigkeit erkennen lässt. Die Neuab-

grenzung von Gliederungen der SPD kann und darf sich nicht in einer Beschlussfassung über die Zuordnung einzelner Mitglieder oder die Erfassung von Ortsteilen und Straßenzügen erschöpfen. Als vereinsrechtliche Grundlagenentscheidung muss sie alle sachlichen und rechtlichen Fragen, die durch die organisatorische Veränderung berührt werden, beantworten. Das bedeutet nicht nur, dass der für die Zuordnung der Mitgliedsbeiträge, die innerparteiliche Wahlberechtigung und die Mitwirkung an der politischen Willensbildung des Volkes maßgebliche Zeitpunkt bestimmt werden muss, zu dem die Neuabgrenzung wirksam werden soll. Vor allem ist gerade im Hinblick auf die Verantwortung der politischen Parteien für die Erzielung und Verwendung ihrer Einnahmen von entscheidender Bedeutung, mit einer Neugliederungsentscheidung auch über die wesentlichen Grundzüge der finanziellen und wirtschaftlichen Aufteilung der betroffenen Gliederungen mit zu befinden.

Dr. Hans-Christoph Hoppensack
Vorsitzender der Landesschiedskommission

Notizen

Bericht der SPD-Bürgerschaftsfraktion 2008 – 2009

Einleitung

Knapp drei Jahre ist die rot-grüne Regierungskoalition im Amt. Im Koalitionsvertrag haben wir zwei für uns wichtige Ziele verankert: Die Stärkung des Wirtschaftsstandortes und damit die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen sowie die Stärkung des sozialen Zusammenhalts. Die SPD-Bürgerschaftsfraktion legt nun den Bericht über ihre bisherige parlamentarische Arbeit in der laufenden Legislaturperiode 2007-2011 vor. Es wird deutlich: Die Aufträge des Koalitionsvertrages sind in weiten Teilen umgesetzt worden. Wir haben damit genau in den Handlungsfeldern eine Menge geleistet, die den Menschen in unseren Städten besonders wichtig sind. Und wir haben kontroverse Themen, wie beispielsweise in der Bildungspolitik mit dem bremischen Schulkonsens, an der Sache orientiert und erfolgreich bearbeitet.

Bremen steht nach dem Abschluss der Verhandlungen zur Föderalismusreform II vor einer neuen Etappe der Haushaltssanierung. Der weitere Prozess zur Konsolidierung der Finanzen unseres Landes wird ohne Zweifel mit schwierigen politischen Entscheidungen und für die Menschen in unseren beiden Städten mit spürbaren Belastungen verbunden sein. Rot-Grün hat es geschafft, Haushaltsdisziplin, aktive Wirtschaftspolitik und die Sicherung des sozialen Zusammenhalts in unseren Städten in eine tragfähige und nachhaltige Politik für unser Land zusammenzuführen. Diesen 2007 eingeleiteten Kurswechsel werden wir auch bis zur Bürgerschaftswahl 2011 konsequent fortsetzen. Denn nur so können wir die Selbstständigkeit dauerhaft sichern und damit Selbstbestimmung und Gestaltungskraft zum Wohle Bremens und Bremerhavens erhalten.

Björn Tschöpe
Fraktionsvorsitzender

Nach knapp drei Jahren Regierungszeit kann sich unsere politische Bilanz sehen lassen. Und trotzdem werden auch wir in Bremen angesichts der schwierigen Gesamtlage unserer Partei kämpfen müssen, um Vertrauen wieder zurück zu gewinnen. Das kann nur mit einer Politik gelingen, die die Ängste und Sorgen der Menschen ernst nimmt und die sich der Probleme, die diese Ängste und Sorgen verursachen, auch ganz konkret annimmt. Dies wird die Richtschnur unserer Arbeit auch für den Rest der Legislaturperiode bilden.

Schwerpunkte der Arbeit in den einzelnen Politikfeldern

Finanzpolitik

Finanzpolitisches Kernthema der Jahre 2008 und 2009 war die Verhandlung der Föderalismusreform-Kommission II. Mit dem im März 2009 erzielten Ergebnis und der damit verbundenen verfassungsrechtlichen Verankerung einer neuen Schuldenregel muss Bremen seinen Haushalt ab 2019 weitgehend ohne Neuverschuldung vorlegen. Zur Einhaltung der neuen Schuldengrenze wird Bremen für die Jahre 2011 bis 2019 jährlich 300 Mio. Euro erhalten (Gesamtsumme: 2,7 Mrd. Euro). Bremen verpflichtet sich zugleich, sein bestehendes strukturelles Defizit ab 2010 schrittweise, in zehn gleichen Anteilen, zurückzuführen. Die Zahlung der Hilfen ist daran geknüpft,

dass dieses Konsolidierungsziel jedes Jahr erreicht wird. Für die Einhaltung des Sanierungspfades und zum Abbau des strukturellen Defizits sind erhebliche Anstrengungen notwendig.

Dass bereits der bisherige Konsolidierungskurs Erfolge gebracht hat, wird in einem von einer Arbeitsgruppe im Rahmen der Beratung der Föderalismusreform-Kommission vorgelegten Bericht festgestellt. Bremen gibt in den konsumtiven Bereichen wie öffentliche Sicherheit/Polizei, Justiz, Schulwesen, Hochschulen und Wohnungswesen weniger aus als die anderen beiden Stadtstaaten. Lediglich bei den Investitions-, Zins- und Versorgungsausgaben liegt Bremen über dem Schnitt. Die SPD-Fraktion begrüßt ausdrücklich den vom Senat bereits unternommenen Umsteuerungskurs bei den Investitionen. Die weiterhin hohen Zinslasten unterstreichen aber, wie dringend Bremen auf Entschuldungshilfen, insbesondere einer noch offenen Altschulden-Regelung angewiesen ist.

Die Gestaltung des weiteren Konsolidierungsweges für das kommende Jahrzehnt ist eine große Herausforderung, der sich die SPD-Fraktion stellt. Dabei müssen die Rahmenbedingungen und mögliche Szenarien des Konsolidierungsweges Gegenstand der parlamentarischen Beratung sein, um verantwortungsvoll entscheiden zu können. Daher ist auf Initiative der SPD-Fraktion ein nichtständiger parlamentarischer Ausschuss eingesetzt worden, der sich mit der Umsetzung der Föderalismusreform II und den damit verbundenen Konsequenzen beschäftigt. Aus sozialdemokratischer Sicht haben sich durch die Finanz- und Wirtschaftskrise und durch die Steuerpolitik des Bundes die Rahmenbedingungen für die Umsetzung der Schuldenbremse und den Abbau der Staatsverschuldung geändert: Weitere Einnahmeausfälle sind für Bremen nicht akzeptabel. Ein Erfolg des Konsolidierungsweges kann aber nicht allein über weitere Sparanstrengungen erreicht werden. Es müssen neue Perspektiven der Einnahmeverbesserung entwickelt werden. Dabei sind auch die engen Handlungsspielräume des Landes und der Kommunen auszuschöpfen. Hierfür wird sich die SPD-Fraktion weiterhin mit den Themen Steuerhinterziehung, Abgabenbetrug, Schwarzarbeit, illegale Beschäftigung und Steuergerechtigkeit befassen.

Den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes haben wir im Rahmen der Sanierungspolitik in den letzten Jahren große Anstrengungen abverlangt. Uns Sozialdemokraten ist die politische Zustimmung zu diesen Einschnitten nicht leicht gefallen, weshalb wir in der Vergangenheit durchaus in den Beratungen sozial ausgewogene Veränderungen erzielen konnten. Vor dem Hintergrund der Haushaltsnotlage unseres Landes waren die getroffenen Entscheidungen jedoch alternativlos. Auch zukünftig werden wir bei den Personalausgaben sparen müssen. Pauschale Kürzungen nach dem „Rasenmäher-Prinzip“ lehnen wir jedoch ab. Denn größere Bürgernähe und Effizienz in der bremischen Verwaltung kann nur gemeinsam mit den Beschäftigten und Personalräten gelingen, die hier eine wichtige und unverzichtbare Arbeit leisten. Deswegen wollen wir uns weiterhin dafür einsetzen, dass Bremen sein fortschrittliches Personalvertretungsgesetz behält.

Im Rahmen der Tarifverhandlungen der letzten Jahre haben wir im Dialog mit den Gewerkschaften erreicht, dass die Tarife für alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst – ob Angestellte oder Beamte – angehoben wurden. Trotz Haushaltsnotlage haben wir uns dafür eingesetzt, damit die Bremer Beschäftigten im öffentlichen Dienst nicht von der Besoldungsentwicklung in den anderen Länder abgekoppelt werden. Besonderer Wert wurde schließlich auf Strukturverbesserungen im einfachen Dienst gelegt. Damit wurden auch bessere Beförderungsmöglichkeiten geschaffen.

Bremen ist in den vergangenen Jahren seiner Vorbildfunktion als größter öffentlicher Arbeitgeber gerecht geworden. Die angestrebte Ausbildungsquote im öffentlichen Dienst einschließlich der Sonderhaushalte, Eigenbetriebe und Gesellschaften von 7,5% ist nicht nur erreicht, sondern mit über 8% übertroffen worden. Auch die Förderung des Prozesses der Gewinnung, Einstellung und Integration von jungen Migrantinnen und Migranten erfolgreich verlaufen.

Bei den bremischen Gesellschaften haben wir für klare Verantwortlichkeiten und Transparenz gesorgt. Wir haben die politische Kontrolle verbessert, um bei Fehlentwicklungen schneller eingreifen zu können. Im Bereich der Wirtschaftsförderung wurde eine neue schlankere Gesellschafterstruktur geschaffen. Und auch im Bereich Immobilien ist aus drei Gesellschaften eine neue „Immobilien Bremen“ entstanden.

Wirtschafts- und Häfenpolitik

Seit Beginn der Legislaturperiode trägt die SPD die Ressortverantwortung in den Feldern Wirtschaft und Häfen. Eine sozialdemokratische Handschrift ist inzwischen deutlich erkennbar. Obwohl das Volumen öffentlicher Investitionen wegen der Beendigung der Sonderhilfen des Bundes verringert werden musste, ermöglichten gezielte Schwerpunktsetzungen zukunftsweisendes und standortstärkendes öffentliches Engagement. Das Strukturkonzept 2015 zeigt die Neuausrichtung der Wirtschaftspolitik und skizziert die künftigen Entwicklungslinien. Wesentliche Neuerung ist die explizit enge Verzahnung von Wirtschafts-, Wissenschafts- und Umweltpolitik. Die Fokussierung der Wirtschaftspolitik auf wissensbasierte, technologie- und innovationsorientierte Bereiche wird in diesem Konzept ebenso nachhaltig festgeschrieben wie das Ziel Arbeitsplätze zu schaffen und zu sichern.

Ein konkretes Beispiel für diese innovative Orientierung ist die Förderung der Windenergiewirtschaft im Land Bremen. Bremerhaven hat durch die Ansiedlung verschiedener Offshore-Windenergie-Firmen ein Fundament für eine industrielle Neuausrichtung gelegt. Der Bau eines Offshorehafens insbesondere für die Verladung von Schwerlastanlagen insbesondere der Windenergiewirtschaft ist beschlossen und stärkt die Position Bremerhavens im Standortwettbewerb. Auch der Wandel der SSW-Werft zum Stahlbauer der Windenergiebranche steht für diese Neuorientierung. Im Fischereihafen ist die Windenergiebranche inzwischen der neben der erfolgreichen Lebensmittelindustrie wichtigste Arbeitgeber. Auch in den Häfen hat die rasante Umschlagsentwicklung in den vergangenen Jahren Tausende neuer Arbeitsplätze geschaffen. Zwar erzwang die Weltwirtschaftskrise zuletzt Kurzarbeit und betriebsbedingte Entlassungen beim Gesamthafenbetriebsverein (GHB), doch gehen Prognosen davon aus, dass die Transportwirtschaft die erwartete Konjunkturbelebung frühzeitig spüren dürfte. Die schwierige Rettung des GHB gelang in gemeinsam getragener Verantwortung und engem Schulterschluss von Wirtschaft und Politik.

Als herausragender Häfen-/Logistik- und Handelsplatz ist das Land Bremen seit je her zugleich einer der bedeutendsten Industriestandorte in Deutschland. Begleitet vom Ausbau verwandter Forschungs- und Wissenschaftseinrichtungen (Bsp.: DFL, IMARE) haben sich eine Vielzahl von Unternehmen der Luft- und Raumfahrt, aber auch der Lebensmittelindustrie gut entwickelt. Als große Arbeitgeber prägen Betriebe der Auto- und Stahlproduktion die Stadt Bremen in besonderer Weise. Allerdings sind auch im industriellen Sektor Firmen durch Auftragsmangel und daraus resultierende Kurzarbeit von der aktuellen Krise stark betroffen.

Zukunftsweisende Investitionen bleiben jedoch auch im Konjunkturabschwung notwendig: Die Inbetriebnahme des CT IV wurde dringend erwartet, der seit Jahren überfällige Ausbau der Kaiserschleuse ist in Arbeit. Der Jade-Weser-Port wird gebaut und stärkt den maritimen Standort Land Bremen ebenso wie die Entwicklung maritimer wissenschaftlicher Infrastruktur (FuE-Meile). Universumausbau und Havenwelten erhöhen die touristische Attraktivität des Landes. Staatliche Investition lösen privates Engagement aus: Beispiele für solche Privatinvest initiierenden öffentlichen Engagements finden sich in der Überseestadt (Straßenbahn, verlängerte Schlachte), im Technologiepark (Campus Park) und im Bereich Gewerbeflächen/Ansiedlung (GVZ, Hansalinie, Fischereihafen).

Die Umstellung der Wirtschaftsförderung auf im Wesentlichen darlehensgestützte Förderung hat sich bewährt. Stärker als früher ist die Schaffung von Arbeitsplätzen Bedingung staatlicher Hilfe. Die Bremer Aufbau Bank (BAB) wurde zur echten Förderbank mit Verantwortung für die monetären Instrumente der Wirtschaftsförderung, die durch Konzentration der operativen Gesellschaften zur Wirtschaftsförderungsgesellschaft Bremen (WfB) gewandelte BIG bleibt für Kunden als „one stop shop“ erster Ansprechpartner. Förderschwerpunkte sind Existenzgründung und Innovation sowie die Entwicklung vorhandener Stärken. Der im Aufbau befindliche Einheitliche Ansprechpartner (EA) soll an Bremen interessierte Dienstleister EU-weit über alle relevanten Wirtschafts-, Arbeits- und Sozialrechtsfragen beraten, bzw. informieren.

Arbeitsmarktpolitik

Wirtschaftsförderung und öffentliche Investitionen haben dazu beigetragen, die Zahl der Arbeitsplätze im Land Bremen zu erhöhen, die Ausbildungsplatzlücke zu verkleinern und die Arbeitslosigkeit einzudämmen. Selbst unter Krisenbedingungen hat sich der Arbeitsmarkt als vergleichsweise stabil erwiesen. Im Zentrum der aktiven, weitgehend aus EU-Mitteln finanzierten bremischen Arbeitsmarktpolitik standen die berufsorientierte Qualifizierung von Arbeitslosen und die Schulung der in den Wachstumsbranchen wie Häfen und Windenergie benötigten Fachkräfte. Das Landesprogramm „Ausbildung und Jugend mit Zukunft“ bietet Hilfen zur Erlangung von Berufsabschlüssen und zur betrieblichen Integration junger Erwachsener.

Die Wirtschaftskrise hat die positive Entwicklung des Arbeitsmarktes zwar gestoppt, die erhebliche Nutzung von Kurzarbeit weist aber darauf hin, dass Firmen sich das Know how ihrer Belegschaften über den Abschwung hinaus zu sichern versuchen. Wenn Betroffene diese Zeit für Fortbildungen nutzen, wird dies mit öffentlichen Mitteln gefördert. Sind trotz aller Anstrengungen Insolvenzen unvermeidlich, wird geprüft, ob die Qualifikation der Belegschaft über Beschäftigungsgesellschaften gesichert werden kann. Auszubildende werden unterstützt, trotz Zusammenbruch ihres Betriebs einen Abschluss zu erreichen.

Qualifizierung ist wesentlicher Bestandteil auch der sogenannten Integrationsjobs. Das bis 2010 mit 13 Mio. Euro ausgestattete Landesprogramm „produktiv und integrativ“ bietet Langzeitarbeitslosen darüber hinaus die Chance einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung mit Gemeinwohlorientierung. Ein Chancengleichheitsprogramm unterstützt Frauen über bestehende Angebote hinaus in schwieriger persönlicher Lage erwerbstätig zu werden und in zukunftsträchtigen Berufsfeldern Fuß zu fassen.

Der in der Krise beschleunigten Lohnspirale nach unten begegnet die Bremer SPD-Fraktion mit der Durchsetzung eines neuen Tariftreue- und Vergabegesetz. Es schreibt Tariftreue im ÖPNV

und gemäß Entsendegesetz sowie, wo Tarifbindung EU-rechtlich nicht möglich ist, einen Mindestlohn von 7,50 Euro vor. Gegen den Widerstand vieler Skeptiker übernahm das Land Bremen damit eine Vorreiterrolle. Die von der Bremer SPD initiierte Bundesratsinitiative zur weitgehenden Gleichstellung von LeiharbeitnehmerInnen und Stammbelegschaft scheiterte an der konservativ-liberalen Mehrheit in der Länderkammer.

Wissenschaftspolitik

Die unter sozialdemokratischer Federführung gewachsene Wissenschaftslandschaft des Landes Bremen wird heute bundesweit als Erfolgsmodell wahrgenommen. Dies belegt nicht nur das erfolgreiche Abschneiden der Universität Bremen bei der Exzellenzinitiative, sondern insbesondere auch die hohe überregionale Mitfinanzierung durch Drittmittel. So konnte die Universität bei der Generierung von Drittmitteln weiter einen Spitzenplatz unter vergleichbaren Hochschulen ein. Auch wurden eine Reihe der außeruniversitären Forschungsinstitute neu in die überregionale Forschungsförderung einbezogen: MeVis wurde so z. B. in die Fraunhofergesellschaft überführt, IWES als Fraunhoferinstitut in Bremerhaven neu gegründet, das ZMT wurde als GmbH neu gegründet und ist bereits in die überregionale Finanzierung der Leibniz-Gemeinschaft übergegangen.

Die Wissenschaft leistet einen zentralen Beitrag zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur und der Beschäftigungslage und ist so ein wichtiger Motor des Strukturwandels. Für die SPD-Bürgerschaftsfraktion genießt die Förderung des Wissenschaftsbereichs daher auch weiterhin hohe Priorität. Intensiv hat sie im Ausschuss für Wissenschaft und Forschung die Umsetzung des Schwerpunktprogramms zur Verbesserung der Lehre und zur Finanzierung des Hochschulpaktes begleitet, für die von 2007 bis 2011 (vorbehaltlich des noch endgültig zu beschließenden Haushalts 2011) jeweils 7,5 Mio. Euro zusätzlich aufgewendet wurden und werden. Bremen hat anders als andere Bundesländer mit jeweils mehr als 5.300 Studienanfängern den Hochschulpakt voll erfüllt. Die SPD-Fraktion hat sich für die Beteiligung des Bereichs Hochschulen und Forschung am Konjunkturprogramm eingesetzt und so erreicht, dass für diesen Förderbereich 11,7 Mio. Euro aufgebracht werden. Sie hat über den Ausschuss für Wissenschaft und Forschung die Bemühungen zur Kooperation unter den Hochschulen in Bremen und im Umland unterstützt und begleitet engagiert die Weiterentwicklung der Lehrerausbildung, die aufgrund der Schulstrukturreform und neuer Entwicklungen in den Bundesländern erforderlich wird.

Die SPD-Fraktion tritt für die Förderung von Frauen im Wissenschaftsbereich und Forschung ein. Sie hat nicht nur die Beteiligung Bremer Hochschulen am Professorinnenprogramm des Bundes und der Länder unterstützt; die Universität Bremen hat hier wiederum eine Spitzenbewertung erreicht. Sie hat auch dafür gesorgt, dass Frauenförderung und der Gleichstellungsgedanke im künftigen Hochschulreformgesetz einen weitaus höheren Stellenwert und die Frauenbeauftragten der Hochschulen mehr Rechte haben werden.

Steht die Entfaltung der Begabungspotenziale eines jeden Einzelnen von jeher auf der Agenda der Sozialdemokratie, so ist es in dieser Legislaturperiode ein besonderes Anliegen der SPD-Fraktion, den Hochschulzugang für beruflich Qualifizierte zu öffnen und die Promotionschancen für Fachhochschulabsolventen zu verbessern. Die SPD-Bürgerschaftsfraktion hat dazu nicht nur Parlamentsinitiativen eingebracht, sondern sich auch dafür eingesetzt, im Zuge der bevorstehenden Novellierung des Hochschulreformgesetzes den Hochschulzugang für beruflich Qualifizierte weiter zu erleichtern.

Bildungspolitik

In den vergangenen Jahren hat die SPD-Bürgerschaftsfraktion den Schwerpunkt klar auf Bildung gelegt und sich dafür eingesetzt, dass viele zusätzliche Mittel für den Bildungsbereich aufgewandt werden. Der jüngste PISA-Test (PISA-E 2006) hat gezeigt, dass sich der Abstand zu den anderen Bundesländern verringert hat. Im Lesen ist der Anschluss gelungen, in Mathematik beinahe. In den Naturwissenschaften hängen die Bremer SchülerInnen allerdings deutlich hinterher und auch um die Chancengerechtigkeit ist es in Bremen noch immer nicht gut bestellt.

Der auf Initiative der Regierungsfraktionen eingerichtete Fachausschuss Schulentwicklung hat nach einjähriger intensiver Beratung im Oktober 2008 seine Empfehlungen vorgelegt. Die vorgesehene strukturelle Weiterentwicklung des Bremischen Schulsystems wird auch die CDU für die nächsten zehn Jahre mittragen. Zum 1. August 2009 ist das neue Schulgesetz in Kraft getreten, dessen wichtigste Bestandteile die Ermöglichung eines längeren gemeinsamen Lernens sowie die Reduzierung der Vielgliedrigkeit des Schulsystems sind. Wichtigste Neuerung ist die Umwandlung aller Schulzentren in Oberschulen, lediglich die acht vorhandenen durchgängigen Gymnasien bleiben mit ihren bestehenden Kapazitäten erhalten. Sie werden die SchülerInnen weiterhin auf einem Anforderungsniveau unterrichten und nach acht Jahren zum Abitur führen. Demgegenüber orientiert sich die Oberschule an der individuellen Leistungsfähigkeit und unterrichtet auf unterschiedlichen Anforderungsniveaus in innerer oder äußerer Leistungsdifferenzierung. Sie bietet alle Abschlüsse an und führt nach neun Jahren zum Abitur. An der Oberschule werden künftig – flächendeckend beginnend mit den Klassen 5 des Schuljahres 2011/2012 – ca. 80 % aller Bremer SchülerInnen länger gemeinsam lernen. Damit ist die SPD-Bürgerschaftsfraktion ihrer Forderung nach „einer Schule für alle“ einen wesentlichen Schritt näher gekommen. Mit der verpflichtenden Sprachstandserhebung bei allen Vierjährigen sowie der Sprachförderung aller Kinder, bei denen ein Förderbedarf festgestellt worden ist, ist eine weitere Forderung der Sozialdemokratie als zentraler Baustein der Schulreform im neuen Schulgesetz verankert worden.

Die SPD-Bürgerschaftsfraktion hat den weiteren Ausbau der Ganztagsschulen intensiv begleitet. In Bremen sind seit dem Schuljahr 2009/2010 15 Ganztagsschulen im Primarbereich und 27 Ganztagsschulen im SEK I-Bereich in Betrieb (Bremerhaven: 6 und 5), drei weitere Ganztagsschulen im Primarbereich wurden von der Deputation beschlossen. Bereits seit dem 1. Januar 2009 gibt es in den Ganztagsgrundschulen bei Vorlage von Arbeitslosen- bzw. Hartz IV-Bescheiden ein kostenloses Mittagessen. Darüber hinaus haben wir bei den jüngsten Haushaltsberatungen einen Fonds für besondere Sachmittelbedarfe von Grundschulen in sozialen Brennpunkten durchgesetzt, um Schulen bei der Anschaffung zusätzlich benötigter spezieller Lern- und Arbeitsmaterialien zu unterstützen oder SchülerInnen den Besuch außerschulischer Lernorte zu ermöglichen. Die SPD-Bürgerschaftsfraktion hat sich zudem dafür eingesetzt, das Sanierungsprojekt von öffentlichen Schulgebäuden fortzuführen. Im Jahr 2008 wurden 40,14 Mio. Euro in Baumaßnahmen in Schulen investiert, in Jahr 2009 flossen allein aus dem Konjunkturprogramm des Bundes sowie aus dem Gebäudesanierungsprogramm mehr als 37 Mio. Euro in die Sanierung von Schulen.

Innenpolitik

Ein Schwerpunkt unserer innenpolitischen Arbeit bleibt die Kriminalitätsbekämpfung. Im Vordergrund stehen dabei für uns nach wie vor die Bekämpfung der Jugendgewaltkriminalität-, der Alltagskriminalität in besonders betroffenen Stadtteilen und als neuer Schwerpunkt die Be-

kämpfung von Einbruchdiebstählen sowie die Wirtschaftskriminalität. Unsere Strategie beinhaltet die Bekämpfung von Ursachen, die Prävention, die Intervention sowie die Strafverfolgung, und ist delikts- und täterorientiert (Ersttäter, Schwellentäter und Intensivtäter). Die Maßnahmen im Einzelnen: Das ressortübergreifende Konzept „Stopp der Jugendgewalt“ befindet sich in der Umsetzung. Im Hinblick auf die Bekämpfung von Wirtschaftskriminalität haben wir den Entwurf eines bremischen Antikorruptionsgesetzes, um die Korruption im Bereich der öffentlichen Vergabe zurückzudrängen, erarbeitet und in erster Lesung in der Bürgerschaft beschlossen. Aktuell befindet es sich zur Beratung in der Deputation für Inneres. Ferner setzen wir uns dafür ein, dass die Dezernate für Wirtschaftskriminalität wieder zahlenmäßig und qualitativ angemessen besetzt werden.

Um die Sicherheit in Bremen weiter zu erhöhen, haben wir eine Novellierung des Gesetzes über das Halten von Hunden entwickelt und verabschiedet, durch die das Halten von Kampfhunden nahezu vollständig verboten werden konnte. Zusätzlich haben wir einen Änderungsantrag zu dem Gesetz entwickelt und in der Bürgerschaft beschlossen, der im Hinblick auf Kampfhundmischlinge die Beweislast dafür, dass es sich nicht um einen Kampfhund handelt, den Haltern auferlegt.

Unser besonderes Engagement gilt weiterhin der Arbeit der Polizei. Wir haben uns mit dem Phänomen der Zunahme schwerer Angriffe gegen PolizeibeamtInnen befasst und den Senator für Inneres durch eine parlamentarische Initiative ersucht, im Rahmen seines Vorsitzes der IMK bundesweit wissenschaftlich untersuchen zu lassen, ob die Zahl der Angriffe tatsächlich zugenommen haben und ob, wie vielfach aus Reihen der Polizei gefordert, eine Verschärfung des § 113 StGB, tatsächlich eine Verringerung der Angriffe erwarten lässt. Diese Studie ist im Januar 2010 gestartet.

Ferner setzen wir uns weiterhin nachdrücklich für eine bedarfsgerechte Einstellungspraxis und eine kompetente Ausbildung der PolizeibeamtInnen ein. Ab 2009 werden jährlich 100 junge Beamtinnen und Beamte ausgebildet. Wir setzen uns zudem dafür ein, die in Bremen mindestens benötigte Personalzielzahl von 2.600 Polizisten zu erreichen.

Integrationspolitik

Das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft ist in Bremen Realität und bedeutet für uns Herausforderung und Chance gleichermaßen. Mit einem Antrag der Bürgerschaft setzen wir uns auf Bundesebene für die Abschaffung des Optionszwanges bei der Einbürgerung ein, der zu einer frühzeitigen Entscheidung für oder gegen eine deutsche Staatsbürgerschaft zwingt. Deutliche Verbesserungen konnten wir im Bereich des Bleiberechts für geduldete Flüchtlinge in Bremen erreichen. Die Zahl der Menschen, die mit dem Status der Duldung leben, konnte zugunsten der Gewährung von Aufenthaltserlaubnissen deutlich verringert werden, so dass diese Familien nun nicht mehr dauerhaft auf soziale Transferleistungen angewiesen bleiben. Ziel muss es sein, bis zum Ende der Legislaturperiode ein Konzept zu entwickeln, die Zahl der Kettenduldung auf ein Minimum zu reduzieren und das Problem nachhaltig zu lösen.

Die parlamentarische Initiative, die Frist der sog. Altfallregelung des § 104 a und b) AufenthG um zwei Jahre zu verlängern, um zu verhindern, dass Familien, die aufgrund der Wirtschaftskrise aktuell nicht in der Lage sind den Unterhalt für ihre Familien allein zu bestreiten, wieder in den Status der Duldung zurückfallen, wurde im Rahmen der IMK weitgehend umgesetzt.

Das friedliche Zusammenleben der verschiedenen ethnischen Bevölkerungsteile ist eine zentrale Herausforderung der nächsten Jahre. Bestes Beispiel für unsere Beteiligung am globalen Wettbewerb um die besten Köpfe ist die Universität Bremen und die Jacobs-University-Bremen. Unter den „unter 20-Jährigen“ haben in wenigen Jahren die Menschen mit Migrationshintergrund die Mehrheit. Das ist Chance und Herausforderung für unser politisches Handeln. Bremen weist der Integration von Zuwanderinnen und Zuwanderern einen hohen Stellenwert zu. Bremen zählt laut IW-Integrationsmonitor zu den Bundesländern in denen ausländische Bevölkerungsanteile relativ erfolgreich in den Arbeitsmarkt integriert sind. Wir wissen, dass noch bestehende Integrationsprobleme in aller Regel keinen ethnischen Hintergrund haben, sondern aus Bildungsferne und Armut resultieren. Wir verbessern die Spracherwerbsmöglichkeiten der Migranten. Die geschieht insbesondere im Kinder- und Jugendbereich, in der die verstärkte Förderung der Sprachkompetenz Voraussetzungen für einen erfolgreichen Bildungsverlauf sein soll. Die SPD-Bürgerschaftsfraktion hat sich erfolgreich für eine Intensivierung die Sprachförderung schon im Kindergarten eingesetzt.

Bürgerbeteiligung, Beiräte und Petitionsrecht

Die Verbesserung von Teilhabemöglichkeiten für engagierte Bürgerinnen und Bürger ist Schwerpunkt unserer Arbeit in dieser Legislaturperiode. 2009 wurde das Gesetz zur Änderung der Landesverfassung mit dem Ziel, die Zugangsvoraussetzungen für Bürgerbegehren und Volksentscheide zu erleichtern, in der Bürgerschaft verabschiedet. Ferner haben wir im Rahmen der Wahlrechtsreform das Wahlalter auf 16 Jahre abgesenkt. Mit Blick auf die Einführung des Wahlrechts für EU-Bürger wurde eine Bundesratsinitiative auf den Weg gebracht.

Darüber hinaus haben wir auch in den letzten zwei Jahren die Arbeit der Beiräte als bürgernahe Entscheidungsgremien und wesentliche Instrumente lokaler Demokratie gefördert. Umgesetzt wurde bereits die Neuregelung der Ortsamtsleiterwahlen durch die Beiräte. Ein breit angelegter Diskurs hat eine weitere Reihe von Verbesserungen bei der Ausgestaltung der Rechte der Beiräte aufgezeigt, wie die Ausweitung der Entscheidungskompetenzen der Beiräte und die Einrichtung stadtteilbezogener Budgets. Das neue Beirätegesetz, durch das die Rechte der Beiräte gestärkt wurden, in stärkerem Maße als bisher Entscheidungsrechte eingeführt wurden, ein Stadtbudget entwickelt und das Rederecht für Beiräte in der Stadtbürgerschaft etabliert wurde, ist im Januar 2010 in der Stadtbürgerschaft beschlossen worden.

Das neue Petitionsgesetz, das im Sinne einer größeren Bürgerfreundlichkeit vereinfacht wurde und Massen-, Sammel- und Onlinepetitionen ermöglicht, wurde bereits Ende 2009 beschlossen. Das Bremer Petitionsgesetz ist damit eines der modernsten Deutschlands.

Reform des Abgeordnetenrechts

Die SPD-Fraktion entwickelt aktuell in positiver interfraktioneller Zusammenarbeit eine umfassende Reform des Bremischen Abgeordnetenrechts. Bestandteil der Reform ist die weitgehende Abschaffung der Inkompatibilität und die Entwicklung eines modernen Entschädigungssystems, das für mehr Gleichheit der Abgeordneten und eine höhere Transparenz sorgen soll. Verbunden damit ist schließlich die Erwartung, Einsparungen für den Bremischen Haushalt zu erzielen.

Justizpolitik

Im Bereich der Justiz- und Rechtspolitik engagierte sich die SPD-Fraktion in dieser Legislaturperiode insbesondere für eine bürgerfreundliche und effiziente Rechtspflege. Die Gerichte und

Staatsanwaltschaften wurden so ausgestattet, dass sie ihre Aufgaben weitgehend wirkungsvoll erfüllen können, die Verfahrensdauer liegt trotz hoher Belastung in den meisten Feldern unter dem Bundesdurchschnitt. Als erstes Bundesland hat Bremen den elektronischen Rechtsverkehr mit allen Gerichten und Staatsanwaltschaften eingeführt. Zu Beginn des Jahres 2009 konnte das Justizzentrum, das alle Gerichte an einem Standort verbindet, eingeweiht werden. Das detaillierte Sanierungskonzept für die Justizvollzugsanstalt Bremen wird planmäßig umgesetzt. Die Maßnahmen umfassen sowohl Innen- als auch Außensanierungen und Maßnahmen der instrumentellen Sicherheit (Mauer- und Zaunanlage, Schlösser etc.). Die Bedingungen im Frauenvollzug konnten durch die Verlegung in die JVA Fuchsberg bereits verbessert werden. Wir haben zudem für die Erhaltung des bürgerfreundlichen Widerspruchverfahrens und den weitgehenden Erhalt der Prozesskostenhilfe gesorgt. Die öffentliche Rechtsberatung durch die Arbeitnehmerkammer wird auch künftig fortgeführt. Zur effektiven Bekämpfung der Kriminalität durch nachhaltige Ermittlungen und unverzügliche Strafverfahren wurden bei der Staatsanwaltschaft mehrere Sonderdezernate eingerichtet und personelle Verstärkungen vorgenommen. Beim Landgericht wurden drei zusätzliche Strafkammern eingerichtet, durch die der Bestand noch nicht erledigter Verfahren zügig abgebaut und die eingehenden Strafsachen schnell zum Abschluss gebracht werden. 2009 haben wir gemeinsam mit dem Justizressort das erste Bremische Untersuchungshaftvollzugsgesetz erarbeitet und erster Lesung in der Bürgerschaft beschlossen.

Bau- und Stadtentwicklungspolitik

Die Stadtentwicklungspolitik Bremens wird seit 2008 auch nach sozialdemokratischen Gesichtspunkten neu ausgerichtet. Ein Ergebnis war die neue Wohnungsbaukonzeption, die der Senat im Mai 2009 vorgelegt hat. Gemäß des GEWOS-Gutachtens fehlen in Bremen bis zum Jahr 2020 15.000 neue, adäquate Wohnungen. Für rund 9.000 Wohnungen sind mögliche Bauflächen bereits heute identifizierbar. Wir betreiben eine Politik der Innenverdichtung, um diesen Wohnungsbedarf zu decken. Der demografische Wandel erfordert eine Stadt der kurzen Wege. Ältere Menschen brauchen eine gute infrastrukturelle Versorgung. Dafür werden zukünftig die Außenbereiche entlastet und Grünflächen erhalten. Das neue Wohnungsbaukonzept bedeutet ein Ende des Flächenfraßes. Folgerichtig wurde nach jahrelanger Diskussion der städtebauliche Entwicklungsbereich „Osterholzer Feldmark“ aufgehoben. Dieser Naturraum bleibt erhalten und wird für künftige Generationen bewahrt.

Stadtteilzentren und Innenstadt weiterzuentwickeln und die Nahversorgung der Bevölkerung in den Quartieren zu gewährleisten, sind erklärtes politisches Ziel der SPD-Bürgerschaftsfraktion. Dazu wurde 2009 das Zentren- und Nahversorgungskonzept der Stadt Bremen beschlossen. Es soll die polyzentrische Struktur Bremens sichern und gleichzeitig den Schwerpunkt der weiteren Einzelhandelsentwicklung auf die zentralen Versorgungsbereiche legen. Die städtebauliche Weiterentwicklung hat die SPD-Bürgerschaftsfraktion auch anderweitig beschäftigt und beeinflusst. Die beiden Stadtteilzentren Alte Neustadt/Buntentor und Walle werden ab 2010 im neuen Bundesprogramm „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“ gefördert und fortentwickelt. Darüber hinaus wurde 2009 beschlossen, im Rahmen des wieder aufgelegten Bundesprogramms „Städtebaulicher Denkmalschutz West“ die Alte Neustadt (Güldenhausquartier und Hohentorspark) zu unterstützen.

Für die Gesamtentwicklung Bremens und Bremerhavens ist das Programm „Wohnen in Nachbarschaften – WiN“ von hoher Bedeutung. Die Kommunen leisten in Gebieten mit hohem Förder-

bedarf wirksame Hilfe zur Selbsthilfe und unterstützen Betroffene, neue Lösungswege zur Quartiersverbesserung zu finden. In den Haushalten 2008/09 haben wir es erreicht, dass die WiN-Mittel auf 1,5 Millionen Euro aufgestockt wurden. Zugleich wurden die Bundesmittel Soziale Stadt in voller Höhe abgerufen. Für die Haushalte 2010/2011 konnten wir in den Haushaltsberatungen eine nochmalige Erhöhung der WiN-Mittel um 250.000 Euro durchsetzen. Viele Quartiere konnten nachhaltig entwickelt und stabilisiert werden. Diese positiven Wirkungen sozialdemokratischer Politik sprechen für sich und verlangen, dass das Programm auch nach Auslaufen der jetzigen Förderperiode Ende 2010 fortgesetzt wird.

Für Blockdiek wurde der Beschluss gefasst, den Familientreff an der Grundschule Düsseldorfer Straße zu einem Quartiersbildungszentrum auszubauen. Im Herbst 2009 wurde in Huchting der Grundstein für ein Quartiersbildungszentrum an der Robinsbalje gelegt, das neben erweiterten Nutzungsmöglichkeiten für die Grundschule und das Kindertagesheim eine Beratungsstelle enthalten wird. Das Sportzentrum in Bremen-Marßel wird ebenfalls zu einem Quartierszentrum ausgebaut. Die Bau-Deputation hat im Herbst 2008 den Neubau eines Versammlungsbereiches, einer Bewegungshalle und eines Geräteraums für die bestehende Sporthalle beschlossen.

In noch größerem Maßstab werden die Bürgerinnen und Bürger im neuen Sanierungsgebiet Huckelriede/Sielhof unterstützt, welches 2008 eingerichtet wurde. Allein bis 2012 sollen 10,5 Millionen Euro in das Fördergebiet fließen, mehrheitlich bremische Landesmittel. Davon werden Bau- und Sanierungsmaßnahmen bezahlt, aber ebenso ein Quartiersmanager und sozialintegrative Maßnahmen.

Der Nutzen abstrakter Rechtsvorschriften und die Notwendigkeit ihrer Aktualisierung sind für den Laien gelegentlich schwer erkennbar. Im vergangenen Jahr wurde etwa die Bremische Landesbauordnung überarbeitet. Diese Novellierung hatte praktischen Wert. Ein Beispiel: Der Landesgesetzgeber hat eine Rauchwarnmelderpflicht für alle Gebäude in Bremen und Bremerhaven ab dem 1. Januar 2016 festgeschrieben. Nach Aussagen der Landesfeuerwehr erhöht diese Maßnahme deutlich die Überlebenschance der Bewohner, wenn es mal brennt. Andererseits gibt sie den Eigentümern genügend Zeit, Altgebäude nachzurüsten. Die SPD-Bürgerschaftsfraktion sieht hierin die praktische Möglichkeit, Leben zu retten, jenseits aller versicherungstechnischen Fachdiskussionen. Darum unterstützen wir die Einbaupflicht und hoffen, dass einsichtige Hauseigentümer nicht bis zum Stichtag mit der Nachrüstung warten, sondern bereits heute handeln. So wie die städtische Wohnungsbaugesellschaft GEWOBA, die beispielhaft voran geschritten ist und bereits 2009 ihren kompletten Wohnungsbestand mit Rauchwarnmeldern ausgestattet hat.

Verkehrspolitik

Der Lückenschluss des Bremer Autobahnrings mit dem Bau der A 281 ist für die wirtschaftliche Entwicklung Bremens von entscheidender Bedeutung. Die sozialdemokratische Bürgerschaftsfraktion setzt sich für eine zügige und für die Anwohner in den entsprechenden Gebieten verträgliche Lösung ein. Durch einen intensiven Dialog mit allen Betroffenen haben wir diesen Prozess aktiv gefördert. Der Bauabschnitt 3.2 wird seit März 2009 gebaut. Nach dem Entscheid des Bundesverwaltungsgerichts im Sommer 2010 zum Planfeststellungsbeschluss des Bauabschnitts 2.2 können die nächsten Realisierungsschritte zügig angegangen werden.

Nach Jahren der Diskussion ist uns der Einstieg in ein einheitliches Tarifgebiet für die Stadtgemeinde Bremen gelungen. Beim neuen Regio-S-Bahn-System wird es keinen Unterschied mehr

machen, ob die Nutzerinnen und Nutzer in Bremen oder Bremen-Nord wohnen. Alle werden den gleichen Tarif zahlen. Dadurch wird der Öffentliche Personennahverkehr noch attraktiver und der Zusammenhalt der beiden Stadtgebiete weiter gefestigt. Ein Teil des neuen Regio-S-Bahn-Systems ist die Farge-Vegesacker Eisenbahn (FVE). Deren zweite Ausbaustufe wurde im Herbst 2009 auf den Weg gebracht. Die Strecke wird bis Ende 2011 elektrifiziert, der Haltepunkt „Turnerstraße“ zu einem Kreuzungsbahnhof ausgebaut und der Bahnhof Vegesack mit einem neuen Weichensystem für den S-Bahn-Betrieb fit gemacht. Der Landesanteil beträgt knapp drei Mio. Euro. Die hervorragenden Fahrgastzahlen sowie die guten Bewertungen nach 24 Monaten Betrieb machen dies zu einer lohnenden Investition.

Die Bremische Bürgerschaft hat im August 2009 dem neuen Dienstleistungsvertrag per Direktvergabe mit der Bremer Straßenbahn AG (BSAG) zugestimmt. Hier wurden entscheidende Weichenstellungen getroffen. Langfristig werden die Zuschüsse der Stadtgemeinde deutlich sinken, bis 2020 um fast 15 Mio. Euro jährlich. Zugleich wurde für diese Periode ein Netzausbau von 27 Km festgeschrieben. Die Bremer Innenstadt ist damit zukünftig für noch mehr Menschen noch schneller erreichbar. Das Umland wird noch stärker in die öffentliche Schieneninfrastruktur Bremens integriert.

Die Linie 1 nach Mahndorf soll bereits 2012 in Betrieb gehen. Gleiches Zieldatum gilt für die Verlängerung der Linie 4 nach Lilienthal. Die Planfeststellungsverfahren für die Verlängerungen der Linie 8 bis Stuhr/Weyhe und der Linie 1 nach Mittelshuchting sollen 2010 in der Bau-Deputation beraten werden, sind also ebenfalls auf einem guten Weg. Die Bauarbeiten der Linienverlängerungen 2 und 10 werden Mitte des neuen Jahrzehnts beginnen und noch vor dessen Ende werden dort Züge rollen.

Bahnhöfe fungieren nicht nur als Zugang zum Schienenverkehr, sondern sind ebenso Aufenthaltsorte und „Visitenkarten“. Das Land Bremen engagiert sich darum besonders stark für die umfassende Sanierung und barrierefreie Umgestaltung des Bremerhavener Hauptbahnhofs. Diese hat im November 2009 begonnen. Die Fertigstellung ist bis zur „Sail“ im August 2010 vorgesehen. Am Bremer Hauptbahnhof sind schon 2008 umfangreiche Arbeiten gestartet. Der Abschluss aller Verbesserungen ist rechtzeitig zu den offiziellen Feierlichkeiten am Tag der deutschen Einheit 2010 in Bremen vorgesehen.

Sozialpolitik

Die Bekämpfung von Armut und einer weiteren sozialer Auseinanderentwicklung unserer Stadtteile ist ein wesentliches Anliegen der rot-grünen Koalition. Die städtische Mobilität ist dabei von hoher Bedeutung. Die SPD-Bürgerschaftsfraktion hat sich auf der Basis einer entsprechenden Fraktionsbeschlusslage für die Einführung eines Sozialtickets namens „Stadtticket“ auf der Grundlage des BSAG Job-Tickets eingesetzt. Das Ticket ist seit 1. Januar 2010 erhältlich. 2009 wurde der erste Armuts- und Reichtumsbericht im Lande Bremen seitens des Senats unter parlamentarischer Begleitung der SPD-Bürgerschaftsfraktion erstellt und mit konkreten Umsetzungsforderungen an den Senat versehen.

Bereits zu Beginn der Legislaturperiode im Herbst 2007 haben wir in der Sozialdeputation neue Mietobergrenzen für Menschen im Sozialhilfe-, ALG II-Bezug und in der Altergrundsicherung beschlossen. Die neuen Regelungen sind in der übernahmefähigen Miethöhe differenziert nach Stadtteilen und beinhalten einen Wohnungssicherungszuschlag für Menschen, die mit Eintritt

des Leistungsbezugs schon in ihrer Wohnung leben. Seit 2009 werden den Betroffenen in Fällen, in denen die bundesweit gültige Wohngeldtabelle von den Richtwerten der Bremer Regelung abweicht, der jeweils höhere Satz erstattet. Zudem werden viele soziale Faktoren, etwa schulpflichtige Kinder oder Behinderungen berücksichtigt, die eine Abweichung von der jeweiligen Mietobergrenze rechtfertigen. So soll der sozialen Entmischung der Stadtteile entgegengewirkt werden. Die Zahl der Umzugsaufforderungen bzw. der Aufforderungen, die Mietkosten zu senken, konnte so massiv reduziert werden – es gibt nur noch eine geringe Zahl an Fällen. Zurzeit wird ein aktuelles Gutachten zur Wohnungssituation in Bremen (GEWOS-Gutachten) erstellt.

Die SPD-Bürgerschaftsfraktion hat Bundesinitiativen des Senats unterstützt, die zum Ziel haben, die staatliche Hilfe für Kinder aus Familien mit Bezug von Arbeitslosengeld II und Sozialhilfe neu zu berechnen und den Senat dazu aufgefordert, sich auf Bundesebene weiterhin für eine bessere Absicherung des Regelbedarfes in den Grundsicherungsleistungen einzusetzen. Bei einer Neubemessung sollen u.a. die speziellen Bedarfe von Kindern als Grundlage dienen. Außerdem soll geprüft werden, in welchen Bereichen Sachleistungen besser als Geldleistungen geeignet sind, eine chancengerechte Teilhabe von Kindern am gesellschaftlichen Leben zu gewährleisten. Zudem soll der Zeitraum zur turnusmäßigen Überprüfung der Eckregelsätze für Erwachsene verkürzt werden. Das Bundessozialgericht hat jüngst die Bremer Position bestätigt, indem es klar stellte: Statt das Sozialgeld pauschal auf 60 Prozent des Arbeitslosengelds II festzulegen, hätte die Bundesregierung genau bestimmen müssen, wie groß der Bedarf von Kindern und Jugendlichen sei. Kurzfristig konnte erreicht werden, dass der Regelsatz für Kinder von 6 bis 13 Jahre seit 1. Juli 2009 von bisher 60% auf 70% steigen wird, das wären beim derzeitigen Eckregelsatz 35 Euro mehr pro Monat. Zudem erhalten automatisch am 1. August jeden Jahres Eltern mit Kindern in Klasse 1 bis 10 einen Betrag von 100 Euro pro Kind und Schuljahr ausgezahlt. Im Februar 2010 wir ein Grundsatzurteil des Bundesverfassungsgerichts zu den Regelsätzen erwartet.

Wir haben mit vielfältigen Maßnahmen daran mitgewirkt, die Kinder- und Jugendhilfe verbessert: Dazu gehört mehr Personal und mehr personelle Nähe zum Kind. Ein kommunales Kinder- und Jugendschutztelefon ist nun rund um die Uhr zu erreichen. Die Verstärkung selbstbestimmter und eigenaktiver Kinder- und Jugendangebote ist ein weiterer Schwerpunkt der Kinder- und Jugendhilfe in Bremen. Ein wichtiges Instrument in diesem Bereich ist das Anpassungskonzept für die stadtteilbezogene Kinder- und Jugendarbeit (APK). Die finanzielle Verteilung der Mittel des APK auf die Stadtteile besteht aus einer Sockelfinanzierung und einem sozialen Verteilungsschlüssel. In Bremen steht das Kinder- und Jugendangebot auf sicheren Füßen: Die Finanzierung ist nicht nur gegenwärtig sichergestellt – auch für die Zukunft sind keine Kürzungen geplant. Ganz im Gegenteil, so erhält der Etat eine Aufstockung von 200.000 im Jahr 2010 und von 400.000 im Jahr 2011.

Sowohl durch parlamentarische Haushaltsbeschlüsse als auch in der Deputation hat die SPD-Bürgerschaftsfraktion den Ausbau der Tagesbetreuung der unter Dreijährigen weiter vorangetrieben. In jährlichen Ausbaustufen wird bis 2013 der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz sichergestellt. Bis 2011 wir es knapp 1000 neue Plätze in Kitas geben. Dazu 180 in der Kindertagespflege und 144 in Sozialpädagogischen Spielkreisen. In der ersten Ausbaustufe standen die sozial benachteiligten Stadtteile im Zentrum des Ausbaus. Die anderen folgen sukzessive. Das Konjunkturprogramm hilft bei der Sanierung und dem Ausbau von Kitas. Die Betreuungszeiten und die Ferienbetreuung in den Kitas (3-6 Jahre) sind massiv erweitert worden. Alle Eltern haben die Möglichkeit, ihre Kinder mindestens fünf Stunden betreuen zu lassen (inklusive eines

Mittagessens). Kinder aus Familien mit geringem Einkommen bekommen das Mittagessen gratis. Zudem wurden die Zuwendungen an Elternvereine erhöht. Eine kontinuierliche Qualitätssteigerung findet u.a. durch Personalverstärkung in den Kitas statt. Allein in 2008 und 2009 hatte der Gesamtbereich ein Finanzvolumen von jeweils gut 87 Millionen Euro. Im Rahmen des Konjunkturprogramms sind noch einmal zusätzliche Mittel in Höhe von 11 Mio. Euro für Sanierungsmaßnahmen in den Kindergärten bereitgestellt worden. Dies bedeutet: Neue Räume, größere Spielplätze, Lärmschutz, energetische Maßnahmen und leistungsfähigere Küchen für die Bremer Kinder. Die Elternvereine profitieren ebenso wie die freien Träger und Kita Bremen. Unser Ziel ist ein Rechtsanspruch auf einen Betreuungsumfang von sechs Stunden täglich und eine deutliche Verbesserung der vorschulischen Bildung.

Seniorenpolitik

Die SPD-Bürgerschaftsfraktion arbeitet an der Entwicklung Bremens und Bremerhavens zu attraktiven Wohnorten mit seniorengerechter Infrastruktur, der Vergrößerung des barrierefreien Wohnungsangebotes, dem Ausbau der Serviceleistungen für Senioren sowie der pflegerischen, vor allem ambulanten und geriatrischen Versorgung. Die Standards des geltenden Heimrechts dürfen im Bremischen Heimgesetz nicht angetastet werden, zugleich setzen wir uns für weitgehende bürgerorientierte Transparenz der Situation in den Heimen ein und beziehen die gesetzlichen Regelungen auch auf neue Wohnformen und entsprechende Angebote. Zurzeit befindet sich der Entwurf des „Bremischen Wohn- und Betreuungsgesetzes“ (BremWBG) in der Diskussionsphase mit den Verbänden. Mit fachpolitischer Unterstützung der SPD-Bürgerschaftsfraktion wurden in 2009 drei Pflegestützpunkte im Lande Bremen eröffnet. Aufgabe der drei neuen Pflegestützpunkte – Bremerhaven, Bremen-Nord und Bremen-Stadt - ist es, Betroffene und Angehörige über Pflegeleistungen und -einrichtungen umfassend, neutral, unabhängig und kostenlos zu informieren und zu beraten. Die Kosten und das Personal übernehmen die Kranken- und Pflegekassen sowie das Land Bremen, die Stadtgemeinde Bremen und die Stadt Bremerhaven.

Gleichstellungspolitik

Sozialdemokratisches Engagement hat seit Beginn der Legislaturperiode die Gleichstellungspolitik im Land Bremen wesentlich geprägt. SPD-Initiativen haben dazu beigetragen, in allen Ressorts Pilotprojekte einer geschlechtersensiblen Haushaltspolitik (Gender Budgeting) zu praktizieren und Frauenförderung in den Gesellschaftsverträgen der öffentlichen Gesellschaften zu verankern. Das Landesgleichstellungsgesetz gilt inzwischen nicht mehr nur in den Verwaltungen, sondern auch für die Gesellschaften. Die ZGF und zahlreiche Frauenberatungsstellen wurden abgesichert. Im Hochschulreformgesetz soll der Einstieg in das Kaskadenmodell erfolgen. In der Gesundheitspolitik fokussiert die SPD-Fraktion geschlechterbedingt differenzierte Krankheitsverläufe beispielsweise bei Herzinfarkten und Bypass-Operationen. In der Arbeitsmarktpolitik fließen rund 10 Mio. Euro (ESF) in Projekte, die zu mindestens zu 70% auf Frauen oder die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zielen.

Gesundheitspolitik

Die SPD-Fraktion setzt sich nachdrücklich für eine wohnortnahe gesundheitliche Versorgung der Menschen im Lande Bremen ein. Bremen und Bremerhaven verfügen über eine Vielzahl an leistungsstarken Krankenhäusern für die wohnortnahe Versorgung sowohl der Bremer Bevölkerung als auch der Menschen des Umlandes. Das Land Bremen hat in der vergangenen Legislaturperiode rd. 59 Millionen Euro in Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen der Krankenhäuser investiert.

Das Rückgrat der bremischen Krankenhausgesellschaft bilden die unter dem Dach der Holding „Gesundheit Nord“ verbundenen vier kommunalen Kliniken. Diese haben insgesamt mehr als 7000 Beschäftigte. Die Kliniken haben sich auch qualitativ verbessert, wie der Qualitätsbericht und die Zertifizierungen zeigen und es auch im Klinikführer öffentlich transparent gemacht wird. Um diese Kliniken wettbewerbsfähig in die Zukunft zu führen, wurde ein Strategiekonzept entwickelt, das durch vermehrte Kooperation der Krankenhäuser untereinander, die Bildung von Gesundheitszentren mit integrativen Versorgungskonzepten und die Zusammenfassung von patientenfernen Dienstleistungen die Qualität und Wirtschaftlichkeit der Versorgung noch steigern soll. Ein ganz wesentlicher Baustein dieser Zukunftssicherung ist die zügige Umsetzung des Masterplans für das Klinikum Bremen-Mitte, damit sowohl eine hochwertige Medizin angeboten werden kann als auch entsprechende Arbeitsplätze in Bremen gesichert werden. Auch der Weg einer dezentralen, wohnortnahen psychiatrischen Versorgung wurde weiterverfolgt, ebenso wie auch Präventionsprogramme zur gesunden Ernährung. Der Bau eines Mütterzentrums in Bremerhaven wird von der Fraktion unterstützt.

Im Bereich des Kindeswohls wurden auf Initiative der SPD-Bürgerschaftsfraktion verbindliche Früherkennungsuntersuchungen bei Kindern eingeführt sowie die Substitutionsrichtlinien und Verfahrensvorgaben für den Umgang mit drogenabhängigen/substituierten Eltern qualifiziert. Dazu gehört auch eine stärkere Vernetzung der Angebote zum Schutz vor Misshandlung. In den Koalitionsvereinbarungen wurde der Ausbau des Bremer Familienhilfeprogramms durch Hebammen und die aufsuchende Beratung in benachteiligten Wohnquartieren durch den kinder- und jugendärztlichen Dienst aufgenommen.

Die Gesundheitswirtschaft des Landes Bremen ist eine Zukunftsbranche mit besonderer Bedeutung für den Technologie- und Innovationsstandort sowie den Arbeitsmarkt Bremen. Die SPD-Bürgerschaftsfraktion unterstützt Institutionen, die sich in diesem Bereich engagieren. Neben den Krankenhäusern haben beispielsweise wissenschaftliche Einrichtungen wie etwa das BIPS, die Pflegeforschung an der Universität Bremen oder das Institut für Public Health neue Impulse für die Gesundheitswirtschaft geben.

Sportpolitik

Im Zuge der Haushaltsberatungen 2009 ist es der SPD-Bürgerschaftsfraktion gelungen, den Sporthaushalt weitgehend auskömmlich zu finanzieren, trotz der schwierigen Haushaltslage des Landes. Zum einen sind 250.000 Euro zur Deckung des Defizits bei der Vereinsförderung bereitgestellt worden. Das Geld soll speziell dem Kinder- und Jugendsport zugute kommen und stammt aus Impuls-Mitteln. Zum anderen wird der Sporthaushalt durch diverse kleine Optimierungen und Umschichtungen finanziell entlastet. Das schafft Luft für die eigentliche Aufgabe des Sporthaushalts: Gelder für die aktiven Sportlerinnen und Sportler in Bremen zur Verfügung zu stellen. Der Bremer Sport hat zudem mit 3,5 Mio. Euro einen relevanten Anteil am Konjunkturpaket II erhalten. Dadurch konnte der Sanierungsstau bei den öffentlichen Sportstätten stark reduziert werden. 2,4 Mio. Euro fließen in den Ausbau der Leichtathletikanlage Obervieland zu einer Wettkampfanlage Typ A sowie in den Bau von Kunstrasenplätzen. Die weiteren 1,1 Mio. Euro werden für die Sanierung des Freibads Blumenthal verwandt, ebenso 900.000 Euro aus dem Gebäudesanierungsprogramm.

Wir haben den Sport als wichtigen Ort der Begegnung erkannt und darum die Projekte „Sport gegen Gewalt“ und „Integration durch Sport“ finanziell gestärkt. Auch inhaltlich haben wir uns

mit dem Thema beschäftigt, insbesondere beim 32. Sportforum der SPD-Bürgerschaftsfraktion und der LAG Sport der SPD Bremen im April 2009. Um das neue System der Wettmittelvergabe hat es einige Diskussionen gegeben. Doch für die Änderung des Bremer Glücksspielgesetzes spricht, dass jetzt bereits zu Jahresbeginn verlässliche Finanzzusagen vorliegen. Der Bremer Sport kann exakter und damit besser planen. Zudem wurden die Wettmittel auf der Höhe der Einnahmen 2009 für zwei Jahre festgeschrieben. Dabei sinken die Wettmitteleinnahmen seit vielen Jahren kontinuierlich und erheblich. Eine Regelung, die unserer Ansicht nach fair ist und der gesellschaftlichen Bedeutung des Sports Rechnung trägt.

Umwelt- und Energiepolitik

Nachdem in der Vergangenheit große Fortschritte bei der Qualität von Luft und Wasser erzielt wurden, ist der in unserer Stadt auftretende Lärm nach wie vor die Ursache für eine Beeinträchtigung der Lebensqualität vieler Menschen und kann sogar Erkrankungen hervorrufen. Die SPD-Bürgerschaftsfraktion hat sich in den letzten zwei Jahren verstärkt dem Thema Lärmschutz gewidmet und dabei einige Erfolge erzielt. Erstmals wurde für Bremen eine Lärmkartierung erstellt und ein darauf abgestimmter Lärmaktionsplan erarbeitet, der künftig regelmäßig fortgeschrieben wird. Auf unsere Forderung hin wurde ein Förderprogramm zum Einbau von Schallschutzfenstern initiiert. Als weitere konkrete Maßnahmen werden nun z. B. Pflaster gegen Asphalt ausgetauscht, punktuelle Tempolimits eingeführt und zusätzliche Lärmschutzwände insbesondere an Bahnstrecken errichtet. Bremen hat als Küstenland ein hohes Eigeninteresse an einer Begrenzung des Klimawandels. Wir haben uns konsequent für eine Erhöhung der Energieeffizienz und den Ausbau der erneuerbaren Energien in Bremen eingesetzt. Trotz der angespannten Haushaltslage werden die bremischen Förderprogramme zur CO2-Einsparung fortgesetzt. Der Aufbau der Offshore-Windenergie-Infrastruktur in Bremerhaven schafft nicht nur dringend benötigte Arbeitsplätze, sondern trägt zu einer sicheren und bezahlbaren Energieversorgung bei.

Medienpolitik

Mit der Novellierung des Radio-Bremen-Gesetzes haben wir eine konkrete Auftragsdefinition gemäß der europäischen Vorgaben erreicht sowie eine moderne Gremienstruktur geschaffen. Die Beteiligung von Frauen wurde verbindlicher geregelt und deutlich ausgeweitet. Wir setzen uns in Bremen und in den Gremien im Bund und den Ländern für einen Erhalt Radio Bremens als eigenständige Rundfunkanstalt ein. Die Weiterentwicklung der Anstalt unter Einbeziehung neuer Medien bleibt auch zukünftig unser Ziel. In den vergangenen beiden Jahren haben wir uns zudem verstärkt dem Thema Datenschutz und neue Technologien gewidmet, u.a. mit Veranstaltungen zum Einsatz von Wahlcomputern und dem Umgang mit persönlichen Daten im Internet.

Bundes- und Europaangelegenheiten, Entwicklungszusammenarbeit und internationale Kontakte

Im Bereich Entwicklungszusammenarbeit haben wir uns insbesondere auf die Möglichkeiten des „Fair Trade“ und einer entsprechenden Umstellung des bremischen Beschaffungswesens konzentriert. So wurde auf unser Drängen hin ein Verbot für den Einkauf von Waren aus Kinderarbeit in das neue Tariftreue- und Vergabegesetz mit aufgenommen. Die Bürgerschaftsfraktion hat mehrere öffentliche Veranstaltungen u.a. als Beitrag zur Fairen Woche 2009 zu diesem Thema durchgeführt. Im Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten setzen wir uns für ein starkes Bremen in Europa ein. Bremenrelevante Themen werden dort frühzeitig von uns behan-

delt und für die weitere Behandlung in der Bürgerschaft vorbereitet. Dabei standen in den letzten beiden Jahren insbesondere der Vertrag von Lissabon und seine Umsetzung im Fokus unserer Arbeit.

Kulturpolitik

Mit der Einführung des Kulturtickets zum 1. Januar 2010 konnten wir einen weiteren wichtigen Punkt des Koalitionsvertrags umsetzen. Dabei handelt es sich um ein unbürokratisches Instrument, welches sich gezielt an jene richtet, die sonst aus finanziellen Gründen auf Kultur verzichten müssen. Es muss weiterhin das Ziel sozialdemokratischer Politik sein, möglichst vielen Menschen kulturelle Teilhabe zu ermöglichen. Ein weiterer wichtiger Baustein zur Erreichung dieses Zieles sind die zahlreichen beliebten Veranstaltungen unter dem Motto „umsonst und draußen“ wie die Breminale oder La Strada, deren Finanzierung wir in den letzten Jahren gesichert haben und auch weiter fortführen werden. Das Bremer Theater ist nach dem finanziellen Tiefschlag des letzten Jahres dank der Anstrengungen seiner Belegschaft und unseres Sanierungskonzeptes wieder auf einem guten Kurs. Riskante Großveranstaltungen dürfen nicht mehr mit öffentlichen Mitteln gefördert werden. Nach langen Jahren der Planung konnte der Erweiterungsbau der Kunsthalle endlich realisiert werden. Wenn das Museum im nächsten Jahr wieder öffnet, wird Bremen über eines der herausragendsten Kunstmuseen in Norddeutschland verfügen und damit noch mehr Besucherinnen und Besucher aus ganz Deutschland anziehen.

Björn Tschöpe
Fraktionsvorsitzender

Bericht des Präsidenten des Senats

Liebe Genossinnen und Genossen!
Es soll an dieser Stelle kein vollständiger Überblick über sämtliche Aktivitäten des Senats gegeben werden. Vielmehr will ich mich auf einen stichwortartigen Überblick und die Grundzüge und Schwerpunkte der Senatsarbeit konzentrieren.

Zu Beginn möchte ich mich für die hervorragende Arbeit bedanken, die Renate Jürgens-Pieper, Ingelore Rosenkötter und Ulrich Mäurer in ihren Ressorts und im Senat leisten. Die Erfolge, auf die der Senat stolz zurück blicken kann, sind ganz wesentlich ihrer engagierten Arbeit zu verdanken. Bedanken möchte ich mich auch bei Ralf Nagel, der eine sehr gute Arbeit im Senat geleistet hat, sowohl als Senator für Wirtschaft und Häfen als auch als Senator für Justiz. Ralf hat eine neue berufliche Herausforderung gesucht und gefunden. Wir wünschen ihm für seinen weiteren Lebensweg alles Gute. Zum Schluss möchte ich mich bei Martin Günthner bedanken, der mit großem Respekt vor dem Amt die Nachfolge von Ralf angetreten hat. Seine bisherige Arbeit, eine offene und engagierte Art, auf die Menschen zuzugehen und Probleme anzupacken und präsent zu sein, zeigen uns, dass wir gemeinsam die richtige Wahl getroffen haben.

Bürgermeister Jens Böhrnsen
Präsident des Senats
der Freien Hansestadt Bremen

Liebe Genossinnen und Genossen, die Senatsarbeit hat eine solide Grundlage. Wir haben mit dem Koalitionsvertrag, der vom Landesparteitag beschlossen wurde, feste Zielsetzungen für das Regierungshandeln der Rot-Grünen Koalition gesetzt, an denen wir auch in dem zurückliegenden Jahr intensiv gearbeitet haben. Wir tun erstens alles, um die wirtschaftlichen Chancen Bremens und Bremerhavens zu nutzen, um mehr soziale und existenzsichernde Arbeitsplätze zu erhalten und neu zu schaffen. Wir haben zweitens einen klaren Schwerpunkt auf die Stärkung des sozialen Zusammenhalts in unseren Städten gelegt. Und drittens arbeiten wir intensiv an der Sicherung der Selbständigkeit und der finanziellen Lebensgrundlagen unseres Stadtstaates.

Um mit dem letzteren anzufangen: Bund und Länder haben sich auf die Schuldenbremse geeinigt und diese in das Grundgesetz hineingeschrieben. Aus Sicht Bremens ist das Ergebnis der Föderalismuskommission ein Erfolg. Erstmalig ist die Lage Bremens vom Bund und den anderen Ländern anerkannt worden. Bremen erhält mit 300 Mio. Euro pro Jahr den höchsten Konsolidierungsbeitrag.

Wir müssen jetzt das aktuelle Haushaltsdefizit von rund einer Milliarde Euro bis zum Jahr 2020 in zehn gleichen Schritten abbauen. Dies ist nicht nur wegen der Schuldengrenze im Grundgesetz notwendig. Wir spüren täglich, wie uns die wachsende Verschuldung die Handlungsfähigkeit einschränkt. Wir zahlen schon jetzt jedes Jahr mehr als 600 Millionen Euro Zinsen an die Banken. In diese Richtung darf es nicht weiter gehen.

Der vor uns liegende Weg ist nicht einfach und erfordert Mut und Kraft. Aber wir nehmen die Herausforderung an. Der Weg zur haushaltspolitischen Konsolidierung ist ohne Alternative. Die Fortsetzung der Klage vor dem Bundesverfassungsgericht bringt nichts. Ganz abgesehen davon, dass

auch bei einem positiven Urteil mit Sicherheit erhebliche Eigenleistungen zu erbringen wären, Erfolgsvoraussetzung wäre der ernsthafte Versuch, die Kommissions-Ergebnisse umzusetzen, da das BverfG nur als ultima ratio überhaupt entscheiden würde. Ebenso sind Hoffnungen auf weitere Verhandlungen völlig irreal – derzeit steht niemand für Verhandlungen mit uns zur Verfügung.

Wer über eine Schuldengrenze spricht, darf über die Einnahmesicherung nicht schweigen. Wir wissen, dass mehr Fairness bei der Verteilung der Steuereinnahmen und die Lösung der Altschuldenproblematik auf die Tagesordnung der nächsten Jahre gehören. Und zwar nach ganz oben und nicht nur in Bremen. Der Bund hat ein Rekorddefizit veranschlagt, viele Kommunen stehen vor vollkommener Handlungsunfähigkeit. Wir müssen politischen Druck gegen die Steuerpläne der Schwarz-Gelben auf Bundesebene erzeugen. Bremen wird darüber hinaus im Bundesrat versuchen, Mehrheiten gegen die unerträglichen Geschenke an Unternehmenserben, Hoteliers oder andere Lobbyisten der schwarz-gelben Koalition zu Lasten von Ländern und Kommunen zu schmieden.

Welcher Schritt liegt unmittelbar vor uns? Der Senat hat jetzt einen Entwurf vorgelegt, wie der Haushaltsentwurf für das Jahr 2011 entsprechend der Notwendigkeiten angepasst werden soll. Da bereits 50 Millionen gegenüber dem Vorjahr eingespart wurden, müssen jetzt noch rund 46 Millionen Euro zusätzlich erbracht werden. Grob Dreiviertel der Summe will der Senat durch geringere Ausgaben und ein Viertel durch Mehreinnahmen erwirtschaften:

Rund zehn Millionen Euro sollen bei den Personalausgaben eingespart werden. Dazu müssen im nächsten Jahr zusätzlich zu dem bereits eingeplanten Abbau von 130 Stellen weitere 70 Stellen einspart werden. Gleichzeitig wollen wir unsere politischen Prioritäten erhalten, deshalb sind Lehrkräfte, Polizei und Feuerwehr sowie die Kindergärten vom Stellenabbau ausgenommen. Auszubildende sollen generell übernommen werden.

Sieben Millionen Euro müssen im Bereich der konsumtiven Ausgaben erbracht werden. Dies ist nicht einfach, da in vielen Bereichen Gelder festgelegt und vertraglich oder gesetzlich verpflichtet sind. Mit den Einsparungen muss die Verwaltung bei sich selber anfangen. Alle Möglichkeiten, Ausgaben kostengünstiger zu erledigen,müssen genutzt werden. Dazu gehört beispielsweise die Frage, welche Einrichtungen oder Verwaltungsbereiche zusammengelegt werden können oder wo durch zusätzlichen Technikeinsatz effizienter gearbeitet werden und bei den Verwaltungskosten mit weniger ausgekommen werden kann. Dabei gehen wir lieber an Positionen wie Reisekosten heran, als dort zu kürzen, wo es die Bürgerinnen und Bürger direkt zu spüren bekommen. Die Investitionsmittel werden um zehn Millionen abgesenkt. Damit wird der gegenüber dem Bundesverfassungsgericht angekündigte Sanierungskurs mit der Zielzahl von 420 Millionen Euro auf Stadtstaatenebene fortgesetzt. Wir werden auch unsere Möglichkeiten nutzen und auch die Einnahmen steigern. Bremen zieht jetzt mit Berlin und Hamburg gleich und erhöht die Grunderwerbssteuer von 3,5 auf 4,5 Prozent. Dadurch werden Mehreinnahmen von 11 Millionen Euro erwartet.

Auch Bremerhaven muss bei dem Sanierungsweg einbezogen werden. Nur gemeinsam kann der Sanierungsweg gelingen. Seit dem Sommer 2009 führt der Senat Gespräche mit der Stadtgemeinde Bremerhaven über mögliche Sanierungsleistungen und den Anteil an den jährlichen Zinshilfen in Höhe von 300 Millionen Euro.

Die Opposition tut sich derzeit eher mit großem Getöse hervor als mit konstruktiver Sacharbeit. Was zählt, ist die Schlagzeile, um etwas anderes geht es nicht. Während die einen erklären, wir

würden Bremen kaputt sparen, erklären die anderen, wir müssten mit dem Sparen jetzt endlich ernst machen. Der gleiche Herr Röwekamp, der mit uns gemeinsam dem Bundesverfassungsgericht dargelegt hat, warum die Gewoba sowohl aus stadtplanerischer als eben auch aus fiskalischer Hinsicht im Eigentum Bremens bleiben sollte, weil sie mehr Rendite abwirft, als durch den Verkauf an Zinsen eingespart werden kann, fordert jetzt den Verkauf.

Weder den Kopf in den Sand stecken kommt für uns in Frage, noch Selbstmord zu begehen aus Angst vor dem Tod. Wir werden die Herausforderung annehmen, verantwortlich sparen und gleichzeitig und erkennbar unsere Prioritäten für mehr und gute Arbeitsplätze und für den sozialen Zusammenhalt unserer Städte setzen. Und wir werden den Menschen sagen: Bremen und Bremerhaven können sich weder CDU, FDP noch die Linken leisten, wenn wir weiter selbst gestalten wollen, wenn wir unseren Zwei-Städte-Staat erhalten wollen.

Wir haben die Hilfen der anderen Länder und des Bundes auch deshalb bekommen, weil wir darlegen konnten, außerordentlich sparsam gewirtschaftet zu haben in den letzten Jahren. Trotzdem ist es uns gelungen, durch Umschichtungen innerhalb des Haushaltes die im Koalitionsvertrag gesetzten Schwerpunkte und Aufträge auch anzugehen. Das kann man beispielhaft an den folgenden Punkten erkennen:

- Neuaufstellung der Wirtschaftsförderung: Die Gesellschaften BIG, HVG und bmg wurden zur „Wirtschaftsförderung Bremen“ zusammengefasst. Das spart Geld, das nun für Wirtschaftsförderung ausgegeben werden kann. Und nach zwei Jahren rot-grün ist das Prinzip wieder klar: Die Politik gibt die Inhalte vor, die Gesellschaften sind dafür da, diese zügig, effizient und transparent umzusetzen.

- Umstellung der Förderung auf Darlehensbasis: Subventionen des Landes werden im Grundsatz nur noch als Darlehen und nicht mehr als Zuschuss vergeben. Und dies mit Erfolg: Im Jahr 2008 wurden mit Hilfe der Wirtschaftsförderung 1.060 neue Arbeitsplätze geschaffen und mehr als 4.700 Arbeitsplätze gesichert.

- Entwicklung neuer Förderschwerpunkte: Die Kreativwirtschaft, die lokale Ökonomie in den Stadtteilen und die Innovationsförderung werden mit neuen Förderprogrammen gestärkt. Die Stadtteilinitiativen als Beitrag zur Stärkung der lokalen Ökonomie werden bis zum Jahr 2013 abgesichert.

- Initiative zur Durchsetzung von Mindestlöhnen: Die Zahlung von Mindestlöhnen bei öffentlicher Beauftragung ist weitgehend umgesetzt. Zudem ist eine Bundesratsinitiative zur Durchsetzung des Mindestlohns von 7,50 Euro gestartet worden.

- Zusammenführung von Wohnen und Gewerbe: Die Überseestadt ist ein boomender Stadtteil. Die Umgestaltung des Europahafens wird jetzt fertig, die neue Parkanlage erlebt den ersten Sommer. Der EWE-Tower wächst in den Himmel. Die Schlachte führt jetzt als Bummelboulevard direkt bis in die Überseestadt. Parallel entstehen erste Wohngebäude.

- Schwerpunkte in Bremerhaven: Ein Zentrum für den Bau von Anlagen für die Offshorewindenergie ist im Fischereihafen entstanden und damit mehrere hundert neue Arbeitsplätze. Der Masterplan Fischereihafen wird schrittweise realisiert, um den Fischereihafen als bedeutendes

Zentrum der Fischerei- und Lebensmittelindustrie und des Tourismus weiter zu profilieren. In der Aquakulturforschung schaffen wir die Voraussetzung, in einem Zukunftsfeld eine bundesweite Spitzenposition einzunehmen. Mit der Fertigstellung der Havenwelten wird der Tourismus für die weitere Entwicklung der Stadt eine noch bedeutendere Rolle bekommen. Mit dem Staatsvertrag Luneplate wächst Bremerhaven und bekommt neben den Ausgleichsflächen auch neue Flächen für die boomende Windkraftbranche.

- Umsetzung des Konjunkturprogramms: Zur Bekämpfung der negativen Auswirkungen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise ist ein Konjunkturprogramm mit dem Schwerpunkt der nachhaltigen und energetischen Sanierung der öffentlichen Infrastruktur entwickelt worden und wird derzeit umgesetzt. Die Konjunkturprogramme des Bundes werden genutzt, um möglichst beschäftigungswirksame Maßnahmen zügig auf den Weg zu bringen. Wir stehen mit den Unternehmern und Gewerkschaften in einem engen Dialog, um gemeinsam die aktuelle Krise so durchzustehen, dass Strukturen erhalten und möglichst viele Arbeitsplätze gesichert werden. Die Bremer Aufbaubank hat ihr Instrumentarium zur Krisenbewältigung augeweitet.

- Weiterentwicklung der Häfen: Der Ausbau CT IV wurde beendet, die Grundsteinlegung beim Jade-Weserport ist erfolgt, die Hafenanbindung wird vorangetrieben und die Kaiserschleuse neu gebaut und erweitert.

- Schließung des Autobahnringes um Bremen: Das Planfeststellungsverfahren für den Bauabschnitt 2.2 ist beschlossen, gemeinsam mit Niedersachsen setzt sich der Senat für eine schnelle und bürgerfreundliche Umsetzung des 5. Bauabschnitts ein. Der 4. BA wird vorangetrieben, um schnellstmöglich den Ringschluss sicherzustellen.

- Ausbau des ÖPNV: Die Verlängerung der Straßenbahnlinien 1, 2, 4, 8 und 10 sind beschlossen und werden nach und nach umgesetzt. Mit einem neuen Kontrakt wird die Qualität des ÖPNV bei gleichzeitig langfristig sinkenden Zuschüssen gesichert.

- Im Verkaufsverfahren swb konnten wir eine langfristige Sicherung bremischer Interessen erreichen. Dies betrifft in erster Linie, die Unabhängigkeit des Unternehmens, die Sicherheit der Arbeitsplätze, den Ausbau des Unternehmens als regionaler ökologisch orientierter EVU und die Mitspracherechte Bremens bei etwaigen Weiterveräußerungen.

- Sprachförderung wurde verbindlich gemacht: Flächendeckende Sprachtests werden durchgeführt, anschließen wird sich eine einjährige verpflichtende Sprachförderung für fünfjährige Kinder vor der Einschulung. Alle Kinder, die Unterstützung brauchen, bekommen Sprachförderung. Das bedeutet eine Verdopplung der bisherigen Angebote.

- Weiterentwicklung der Schulen: Das Land Bremen erhält eine neue, vereinfachte Schulstruktur. Die Vorgaben des Koalitionsvertrages – mehr soziale Gerechtigkeit und längeres gemeinsames Lernen – waren Grundlage für die Reform. Zur Weiterentwicklung der Schulen ist ein Bildungskonsens über die Koalition hinaus erzielt worden. Das Schulgesetz ist auf den Weg gebracht. Es sieht für die Sekundarstufe I nur noch zwei gleichwertige Schularten vor: Die Oberschule bietet alle Abschlüsse sowie das Abitur nach neun Jahren an. Sie kann das Abitur allerdings auch nach acht Jahren anbieten. Das Gymnasium bietet das Abitur nach acht Jahren an. Die ersten neun Schulen beginnen mit der Reform bereits im Schuljahr 2009/2010.

- Integration behinderter SchülerInnen: Das Land Bremen ist das erste Bundesland, das die UN-Konvention zur vollständigen Integration behinderter Menschen in einem Gesetz festschreibt. Auf Elternwunsch werden Schülerinnen und Schüler mit Behinderungen in allgemeinbildenden Schulen unterrichtet.

- Ausbau der Ganztagsangebote: In den zwei Jahren wurden insgesamt acht Ganztagsschulen entwickelt, fünf in der Stadtgemeinde Bremen und drei in Bremerhaven. Für Bau, Umbau und Betrieb werden im Haushalt 10 Millionen Euro eingesetzt. Die bestehenden Ganztagsschulen wurden besser ausgestattet.

- Programm zur Verbesserung der Lehre: Dafür haben wir 7,5 Millionen Euro pro Jahr im Wissenschaftshaushalt zu Verfügung gestellt. Dieses Programm wird auch zukünftig fortgesetzt. Studiengebühren wird es nicht geben für ein Erststudium. Bremen hat den Hochschulpakt und die Exzellenzinitiative und den Pakt für Forschung unterzeichnet.

- Erfolg beim Hochschulpakt II: Gemeinsam mit anderen Stadtstaaten haben wir erreicht, dass die überproportionalen Ausbildungsleistungen noch stärker berücksichtigt werden. Bremen darf die Ausgangszahl des Jahres 2005 (5256 Studienanfänger und -anfängerinnen) um 7,5 Prozent absenken und kann damit während der Phase II des Hochschulpaktes in den Jahren 2011 – 2015 mehr Bundesmittel einwerben, sofern es gelingt, die Anfängerzahlen auf dem bisherigen Niveau zu halten.

- Ausbau der Forschung: In den vergangenen zwei Jahren hat das Land Bremen zwei neue Fraunhofer-Institute etablieren können. Das gemeinnützige Forschungszentrum MeVis Research (computerbildgestützte Medizin) erhielt im Mai 2008 die Zusage und erhält bis 2013 insgesamt 5,6 Millionen Euro an Drittmitteln. Bremerhaven wird sich bundesweit als führender Standort für Forschung und Entwicklung von Offshore-Windenergie etablieren. Die Vorarbeiten sind geleistet: Ende 2008 wurde der Startschuss für das Fraunhofer-Institut für Windenergie und Energiesystemtechnik (IWES) gegeben.

- Konsequente Kindeswohlsicherung: Das Personal ist erheblich aufgestockt worden, der neu eingerichtete Kinder- und Jugendnotruf ist rund um die Uhr erreichbar, 450 Fachkräften sind im Kinderschutz qualifiziert worden, die U-Untersuchungen sind verbindlich gemacht. Zudem sind mehrere präventive Programme wie TippTapp, Pro Kind umgesetzt und mehr Familienhebammen im Einsatz.

- Ausbau in der Kinderbetreuung: die Betreuungsstunden wurden angehoben, für bedürftige Kinder ein kostenloses Mittagessen eingeführt und zusätzliche neue Plätze für die Kleinsten (unter 3-jährige) geschaffen. 500 Plätze wurden von 5 auf 6 Stunden Betreuungszeit ausgeweitet. Wir haben eine Ferienbetreuung für alle Kinder eingeführt, auch für Kinder deren Eltern nicht berufstätig sind. Gleichzeitig wurde die Qualität der Kitas durch zusätzliches Personal weiter verbessert.

- Ausbau der WiN-Gebiete: Huckelriede und das Schweizer Viertel sind zusätzlich in die WiN-Förderung aufgenommen worden.

- Ausbau der Sportstätten: Im Zusammenhang mit dem Konjunkturprogramm der Bundesregierung ist es gelungen, erhebliche Mittel für die Sanierung und Renovierung der Sportstätten

zur Verfügung zu stellen. Durch eine effektive Kombination der Mittel ist es gelungen, dem Sport für die kommenden drei Jahre eine erhebliche finanzielle Unterstützung zu sichern. Damit erhalten auch die Leichtathleten wieder neue Wettkampfmöglichkeiten.

- Konsequent gegen Jugendgewalt: Es ist ein ressortübergreifendes Programm gegen die Jugendgewalt erarbeitet worden, das jetzt umgesetzt wird. Zur Stärkung ressortübergreifender Ansätze ist jährlich zusätzlich eine Mio. Euro vorgesehen.

- Kampf gegen Rechts: Erstmals seit vielen Jahren wurde wieder ein Bericht über den Rechtsradikalismus in Bremen erarbeitet, der nicht nur die Entwicklungen dieser politischen Szene im Land Bremen deutlich macht, sondern auch umfangreiche Gegen-Aktivitäten und Strategien zur Bekämpfung des Rechtsradikalismus aufzeigt.

- Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger erhöht: Die Einrichtung der Waffenverbotszone Diskomeile trägt dazu bei, dass junge Bremerinnen und Bremer wieder ungefährdeter ihrem Freizeitvergnügen nachgehen können. In Bremen-Nord ist durch anhaltende Polizei-Präsenz und die Praktizierung der Null-Toleranz-Strategie die Kriminalitätsentwicklung eingedämmt und das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger verbessert worden. Im Ostertor-/Steintor-Viertel wird durch vermehrte Polizei-Präsenz die Belästigung der Anwohner durch Drogendealer spürbar vermindert.

- Aufstockung bei der Polizei: Nachdem bereits mit Beginn der Legislaturperiode die Zahl der Polizeianwärter auf 78 pro Jahr erhöht wurde, gelang eine weitere Stärkung der Polizei durch eine Steigerung der Zahl der Auszubildenden auf 100 in diesem und den beiden kommenden Jahren.

- Zukunftssicherung der kommunalen Kliniken: Das Sanierungsprogramm für die GeNo ist beschlossen und wird umgesetzt, die Gesellschaft und die vier Einzelkliniken werden zukunftsträchtig weiter entwickelt und die notwendigen Zukunftsinvestitionen sind gesichert. Der Neubau am Standort Mitte ist als öffentliches Vorhaben auf den Weg gebracht.

- Konsequente Frauenförderung: Das Landesgleichstellungsgesetz gilt seit 2008 auch für Gesellschaften – wo Bremen die Mehrheit der Anteile besitzt, werden Frauenförderpläne mit verbindlichen Zeit- und Zielvorgaben erstellt, die Ausbildungsplatzvergabe quotiert, eine Frauenbeauftragte gewählt und Frauen, wo unterpräsentiert, bei gleicher Einigung bevorzugt eingestellt.

- Übersee-Museum noch attraktiver: Mit dem Übersee-Museum wurde ein neues inhaltliches Konzept vereinbart, umso für eine noch bessere Besucherakzeptanz zu sorgen. Ein erster großer Erfolg gelang mit der Ausstellung „Sitting Bull“, die rund 65.000 Besucher anlockte.

- Stabilisierung der Weserburg: Die Finanzlage der Weserburg konnte durch die Gewinnung einer privaten Zuwendung langfristig auf eine solide Basis gestellt werden. Gleichzeitig will das Museum den mit den Ausstellungen „Immendorff“ und „Newton“ eingeschlagenen Weg weitergehen.

- Ausbau der Kunsthalle gesichert: Sehr frühzeitig hat Bremen seinen Anteil am Erweiterungsbau der Kunsthalle fest zugesagt und so die Grundlage für die erfolgreiche Einwerbung der Bundesmittel und somit Sicherheit für den Umbau des Hauses geschaffen.

- Kulturschwerpunkt bei Kindern und Jugendlichen: Bei der Projektmittelvergabe haben wir einen Schwerpunkt auf Angebote für Kinder und Jugendliche gesetzt, um so einen breiten und möglichst frühen Zugang, auch für Jugendliche aus eher bildungsfernen Schichten, zur Kultur zu ermöglichen.

- Erhalt des Sendesaals: Im Zusammenspiel mit engagierten Bremerinnen und Bremern ist es gelungen, das Kulturdenkmal „Sendesaal“ zu erhalten und der Öffentlichkeit dort weiter schöne Stunden der Musik bieten zu können.

- Sanierung der JVA: Das Sanierungskonzept sieht eine grundlegende Modernisierung der Infrastruktur der gesamten Anstalt vor. Im Zentrum der Modernisierung steht dabei die Neuerrichtung eines Zentralgebäudes, das künftig alle wesentlichen Funktionen von der Zentralen Pforte über die Verwaltung bis hin zur Krankenstation in einem Gebäude bündeln soll. Weiteres Kernelement der Sanierung ist die Verbesserung der Haftbedingungen. Schließlich wird die Außensicherung der Anstalt mit der Errichtung eines detektierten Innenzauns einschließlich einer Kameraüberwachung an den bundesweit üblichen Sicherheitsstandard angepasst. Im August dieses Jahres soll mit den ersten Bauarbeiten begonnen werden.

Liebe Genossinnen und Genossen!
Dieser Bericht erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Gleichwohl zeigt er, wir haben viel erreicht, wir müssen uns nicht verstecken. Zum Abschluss möchte ich mich ganz herzlich bei euch allen bedanken. Dank für die kritisch-solidarische Begleitung der Arbeit des Senats, Dank für die vielen Ideen und Anregungen, und Dank vor allem dafür, dass das sozialdemokratische Profil dieser Regierung aufgrund eurer Arbeit, aufgrund des guten Koalitionsvertrages und der weiterführenden Entwicklung unsrer Positionen in den verschiedenen Gremien der Partei und der Fraktion deutlich erkennbar war und ist.

Das muss auch zukünftig so sein, denn vieles liegt noch vor uns. Ein Gemeinwesen ist dann lebenswert, wenn jede und jeder Einzelne eine Chance hat, in Würde und Freiheit zu leben. Wir wollen eine Gesellschaft, in der alle, unabhängig von ihrer Herkunft, von dem Stadtteil, in dem sie leben, und vom Geldbeutel, über den sie oder die Eltern verfügen, gleiche Chancen und Perspektiven haben. Wir wollen eine Gesellschaft, in der jeder und jede Arbeit findet, zu sozialen und fairen Bedingungen. Eine solche Gesellschaft zu schaffen, an ihrer Realisierung zu arbeiten, ist eine große Aufgabe.

Die Lebenssituation von Menschen, Familien, von Kindern in unseren Städten, die in Armut leben, die Arbeit suchen und keine finden oder die Angst um ihren Arbeitsplatz haben, lässt uns nicht kalt. Hier müssen wir auch zukünftig ansetzen und mit vielen konkreten Schritten zeigen, dass wir diese Lebenssituationen verändern wollen, dass wir niemanden aus dem Blickfeld verlieren und vergessen. Dafür möchte ich ganz herzlich um die Unterstützung von euch allen bitten. Denn das packen wir nur gemeinsam, dafür braucht es alle Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten. Und das geht nicht von heute auf morgen. Wer nachhaltige Veränderungen anstrebt, braucht Zeit. Die rot-grüne Koalition hat gezeigt, dass sie die richtige ist, um diese Aufgaben gemeinsam anzugehen. Sie ist ein Erfolgsmodell, auf das wir auch nach der Wahl 2011 setzen sollten.

Bürgermeister Jens Böhrnsen
Präsident des Senats der Freien Hansestadt Bremen

Notizen

Berichte der Arbeitsgemeinschaften und Foren

Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in der SPD (Jusos) . . . . . Seite 57

Arbeitsgemeinschaft 60plus (AG 60plus) . . . . . Seite 60

Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF) . . . . . Seite 62

Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) . . . . . Seite 64

Arbeitsgemeinschaft Selbstständige in der SPD (AGS) . . . . . Seite 67

Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen (ASJ) . . . . Seite 68

Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB) . . . . . Seite 69

Landesarbeitsgemeinschaft Sport (LAG Sport) . . . . . Seite 71

Wissenschaftsforum der Sozialdemokratie in der Region Bremen-Nordwest . . . . . Seite 74

Forum Eine Welt (Ausschuss für internationale Angelegenheiten) . . . . . Seite 76

Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokraten im Gesundheitswesen (ASG) . . . . . Seite 78

Notizen

Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in der SPD (Jusos)

Landeskonferenzen

Auf der Landeskonferenz der Jusos im März 2008 wurde Tim Cordßen erneut zum Juso-Landesvorsitzenden gewählt. Thematischer Schwerpunkte der Landeskonferenz waren neben der Beratung und der Beschlussfassung des Arbeitsprogramms unter anderem Anträge zum Thema „Gute Arbeit“, zur Bekämpfung der Kinderarmut und gegen die Bahnprivatisierung.

Gäste auf der Landeskonferenz waren der Landesvorsitzende Uwe Beckmeyer, der Staatsrat für Soziales Joachim Schuster, die DGB-Vorsitzende Helga Ziegert, sowie die stellvertretenden Juso-Bundesvorsitzenden Jan Schwarz und Jendrik Schröder, mit denen wir über die Themen der Landeskonferenz diskutierten.

Aus Anlass der beiden Wahlkämpfe in 2009 fand im November 2008 eine Landeskonferenz statt, auf der die Bremer Jusos umfangreiche Anforderungen an das künftige Bundestagswahlprogramm beschlossen und Sarah Ryglewski als Listenkandidatin für die Bundestagswahl nominiert. Im Vorfeld kündigte Tim Cordßen außerdem seinen Rücktritt als Juso-Landesvorsitzender zur Landeskonferenz an, so dass auf dieser Landeskonferenz Teile des Vorstandes neu gewählt wurden. Zur neuen Juso-Landesvorsitzenden wurde die bisherige Stellvertreterin Sarah Ryglewski gewählt. Neuer Stellvertreter wurde Marius Löber. Als Beisitzerin neu in den Landesvorstand gewählt wurde Larissa Krümpfer.

An dieser Stelle sei Tim noch einmal für sein fast zehnjähriges Engagement bei den Jusos in verschiedenen Funktionen, davon fünf Jahre als Landesgeschäftsführer und knapp drei Jahre als Landesvorsitzender, gedankt.

Eine weitere Landeskonferenz fand im Mai 2009 statt, auf der die Delegierten für den Juso-Bundeskongress gewählt wurden. Außerdem wurden Anträge zur Einführung eines elternunabhängigen BAföGs, zur Stärkung der Medienkompetenz von Jugendlichen und zur stärkeren Berücksichtigung von Gesundheitsthemen an Schulen beschlossen.

Inhaltliche Schwerpunkte

Die Themen der Landeskonferenz, Arbeitsmarktpolitik, Kinderarmut und öffentliche Daseinsvorsorgung, wurden im Jahr 2008 weiter vertieft. Sehr erfreulich ist, dass es uns gelungenen ist, unsere Positionen auch in der Partei zu verankern. So wurden unsere Anträge „Für gute Arbeit und Ausbildung“ und zur Bahnprivatisierung mit großer Mehrheit auf den Landesparteitagen beschlossen. Auch die Beschlusslage der Bremer SPD zur Kinderarmut geht auf einen Juso-Antrag zurück. Darüber hinaus haben sich die Jusos aktiv in die Debatten der Bremer SPD zur Bildungspolitik und Alterssicherung eingebracht.

Im Jahr 2009 standen vor allem die Themen im Vordergrund, die auch die Europa- bzw. die Bundestagswahl bestimmten. Darüber hinaus haben wir uns Anfang 2009 mit der Arbeitsversicherung als Modell zur Weiterentwicklung der sozialen Sicherungssysteme beschäftigt.

Wahlkämpfe 2009

Neben der Begleitung der Kandidatinnen und Kandidaten zur Europa- und Bundestagswahl haben die Jusos eine Vielzahl eigener Wahlkampfaktivitäten durchgeführt, die sich insbesondere an junge Menschen richteten.

Besonders hervorzuheben sind unsere beiden SchülerInnenzeitungen zur Europa- bzw. Bundestagswahl, die von aktiven Juso-SchülerInnen erstellt wurden und an insgesamt zehn Schulen im Land Bremen verteilt wurden. Die Resonanz der SchülerInnen war überwiegend positiv. Gleiches gilt für die Verteilung eines Flyers zum Thema „Gute Ausbildung" mit dem SchülerInnen und Auszubildende an insgesamt fünf berufsbildenden Schulen erreicht wurden.

Trotz der schwierigen politischen Ausgangslage ist es uns gelungen, eine große Zahl von aktiven Jusos für beide Wahlkämpfe zu mobilisieren. Wesentlich dazu beigetragen haben zwei gut besuchte Auftaktveranstaltungen. Insbesondere Neumitglieder und Jusos, die bis dahin noch nicht aktiv waren, nutzten die Möglichkeit, mit den Kandidatinnen und Kandidaten zur Europa- und Bundestagswahl ins direkte Gespräch zu kommen und auch die übrigen WahlkämpferInnen kennenzulernen. Viele dieser Genossinnen und Genossen sind auch über die Wahlkämpfe hinaus dabei geblieben.

Bildungsmaßnahmen

Höhepunkt unserer Bildungsaktivitäten war eine Bildungsreise nach Brüssel Anfang April 2008, die viel dazu beigetragen hat, unsere Mitglieder fit für den Wahlkampf zu machen. Auf dem Programm standen, u. a. ein Besuch des Europäischen Parlaments, der SPE und der Bremer Vertretung.

Ende 2008 fand ein Verbandswochenende in Springe statt, welches sich vor allem an neuere Jusos richtete und Grundlagen der Juso-Arbeit sowie die Themenfindung für 2009 zum Inhalt hatte.

Wichtigste Aktivität 2009 war ein gemeinsames Seminar der Bremer und Braunschweiger Jusos zur Programmgeschichte der SPD und zur Funktionsweise des Kapitalismus. Außerdem informierten wir uns bei einem Vertreter einer örtlichen Bürgerinitiative über die Gefahren des nahen Atommüllendlagers Asse II.

Hochschulpolitisches Engagement

An der Uni engagieren sich die Jusos weiterhin in der linken Bündnisliste „Asta für Alle", die auch bei den Wahlen zum Studierendenrat (SR) im Jahr 2009 wieder zur stärksten Kraft im Studierendenparlament der Bremer Universität geworden ist. Neben der Arbeit im SR waren die Studentenproteste des vergangenen Jahres ein wichtiges Thema bei „AStA für Alle". Auch an der Hochschule Bremen studieren derzeit aktive Jusos, so dass der Aufbau einer Hochschulgruppe derzeit in der Überlegung ist.

SchülerInnen-Arbeit
Im Wahlkampf hat sich gezeigt, dass es eine zunehmende Nachfrage nach Angeboten für Schüler bei den Jusos gibt, so dass sich der nächste Juso-Landesvorstand mit dem Aufbau einer solchen Struktur beschäftigen wird.

Sarah Ryglewski
Juso-Landesvorsitzende

Arbeitsgemeinschaft 60plus

Im Jahr 2009 war die Arbeit der AG 60plus/Land so wie die Arbeit in den drei Unterbezirken in der Hauptsache geprägt von Aktivitäten zur Europawahl und zur Bundestagswahl.

Auf der politischen Schiene wurde in der Hauptsache das Thema „Alterssicherung“ aus dem Vorjahr weiter verfolgt. Der maßgeblich von 60plus initiierte Antrag „Altersarmut verhindern, Alterssicherung solidarisch finanzieren und Lücken schließen“ der am 28. November 2008 während des Landesparteitages beschlossen wurde, wurde während des Landesparteitages am 01.04.2009 voll inhaltlich in den Bremer Beitrag „Bremer Impulse“ zum Bundestagswahlprogramm aufgenommen und fand sich in wesentlichen Teilen auch in diesem Programm wieder.

Der „Tag der älteren Generation“ am 1. April 2009 wurde in den drei Unterbezirken unterschiedlich begangen. In Bremen-Stadt wurde traditionell der 60plus-Infostand neben dem „Haus der Bürgerschaft“ aufgebaut. Dieser wurde von den Jusos tatkräftig unterstützt, und zeitweise war eine Reihe von SPD-Fraktionsmitgliedern zugegen.In Bremen-Nord fand direkt an diesem Tag keine Veranstaltung statt, aber einige Tage später hatten die 60plus-Mitglieder während einer SPD-Großveranstaltung in der „Strandlust“ Gelegenheit, ihre Positionen darzustellen. Außerdem haben 60plus-Mitglieder auf der Bre-Nor im Vorfeld der Europawahl für die SPD geworben.

Auch in Bremerhaven standen die 60plus-Aktivitäten bereits zu diesem Zeitpunkt ganz im Zeichen der beiden Wahlen. In mehreren Veranstaltungen, u.a. in der Bremerhavener Stadthalle wurde für Karin Jöns und Uwe Beckmeyer geworben. Ein Besuch der Feuerwehrschule wurde von 60plus organisiert. Unabhängig vom Tag der älteren Generation hat 60plus Bremerhaven Kontakte zur AG 60plus in Langen aufgebaut und pflegt mit diesen Genossinnen und Genossen einen regen Meinungsaustausch.

An den Tagen 8. und 9. August 2009 wurde der alle zwei Jahre stattfindende 60plus-Bundeskongreß diesmal in Erfurt ausgerichtet. 60plus Bremen war mit vier Delegierten beteiligt: Iselin von Ehrenstein, Ilse Bitomsky, Karl-Otto Harms und Bernd Grottke. Während dieses Kongresses wurde der 60plus-Bundesvorstand neu gewählt. Die Kandidatur von Bernd Grottke als Beisitzer für den Bundesvorstand scheiterte an zu wenig Stimmen. Während des Kongresses ist der oben genannte Antrag als inhaltlicher Leitantrag zu dieser heiß diskutierten Thematik genommen worden. In Erfurt hatten wir gutes Wetter. Zur Besichtigung dieser schönen Stadt blieb allerdings recht wenig Zeit.

Zu einem späteren Termin hat der 60plus-Bundesvorstand eine fünfköpfige Arbeitsgruppe zur Thematik „Alterssicherung“ eingesetzt und für das Land Bremen Bernd Grottke benannt. Die Gruppe soll für kommende Wahlen diese Problematik mit dem Ziel von Vorschlägen bearbeiten. Weiter fanden in 2009 drei 60plus-Bundesausschußsitzungen in Kassel statt, an denen Bernd Grottke teilnahm.

Mit Beginn der „heißen Phase“ des Bundestagswahlkampfes Anfang August 2009 wurden wir von 60plus ebenfalls aktiv. In allen drei Unterbezirken haben wieder 60plus-Mitglieder an den

Infoständen der Ortsvereine und sonstigen Wahlveranstaltungen der SPD teilgenommen. In Bremen-Stadt hat 60plus für Besuche von Carsten Sieling in Altenwohnheimen besonders der Bremer Heimstiftung und des ASB, organisatorische Zuarbeit geleistet. Am 24. September, drei Tage vor der Wahl, fand vor dem Haus der Bürgerschaft ein 60plus-Infostand statt, an dem es viele Diskussionen mit Bürgerinnen und Bürgern gegeben hat und bei dem es wieder tatkräftige Unterstützung seitens der Jusos gab. Erstmals wurde der Stand nicht traditionell mit Schirm und Tapetentisch, sondern mit einer Bodenzeitung als Hauptblickpunkt eingerichtet. Unser Eindruck war, dass diese Darstellungsart von den Passanten gut angenommen wurde. An den Standbesetzungen des zentralen Infostandes der SPD in der Stadtmitte in der Woche vor der Wahl nahm auch eine Reihe von 60plus-Mitgliedern teil.

Am 9. Dezember 2009 wurde das Jahr bei einer 60plus-Landesdelegiertenkonferenz im Innside-Hotel bei einer Tasse Kaffee und einem Stück Kuchen verabschiedet.

Bernd Grottke
AG 60plus-Landesvorsitzender

Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (ASF)

Am 5. März 2008 wurden folgende Genossinnen in den Landesvorstand der ASF gewählt: Annegret Ahlers (Vorsitzende), Ulrike Schlüter und Gisela Schwarz (stellvertretende Vorsitzende), Serpil Briese (Schriftführerin) und die Genossinnen Eva Acs, Sybille Böschen, Nada Brkic, Gisela Hülsbergen, Semra Inan, Petra Krümpfer, Anneke Schmitt-Wenkebach, Gabriele Schüssler und Annegret Thom (Beisitzerinnen). Der Landesvorstand der ASF tagte monatlich in Bremen. Auf der 18. ordentlichen Bundeskonferenz der ASF vom 13. bis 15. Juni 2008 in Kassel wurde Annegret Ahlers wieder zur Beisitzerin in den ASF- Bundesvorstand gewählt.

Im Juni 2008 stimmte der ASF-Vorstand mit weiteren interessierten Frauen im Rahmen einer Klausur die Themenschwerpunkte für die gemeinsame Arbeit der nächsten beiden Jahre ab. Die frauenrelevanten Aussagen der Koalitionsvereinbarung auf ihre Wirksamkeit und Umsetzung hin kritisch zu beobachten, war ein besonderes Anliegen der ASF. Im Einzelnen ging es zum Beispiel um die Steigerung des Frauenanteils in Aufsichtsräten und Leitungspositionen im öffentlichen Sektor, wo bis Ende 2009 erfreuliche Entwicklungen zu verzeichnen sind.

Allerdings wurden in der Partei bei der Entscheidung über Kandidaturen für den Bundestag, den Fraktionsvorsitz in der Bremischen Bürgerschaft und der Spitze der Landesorganisation Frauen nicht (ausreichend) berücksichtigt.

In Gesprächen und Treffen mit der Senatorin für Frauen, der LAG Frauenpolitik von Bündnis 90/ Die Grünen und der ZGF wurden frauenpolitische Themen erörtert. Der weiteren politischen Vernetzung dienten auch gemeinsame Veranstaltungen der ASF in den Unterbezirken.

Die Neujahrsempfänge der ASF auf dem Theaterschiff unter dem Motto „Frauen an Bord“ wurden jeweils im Januar mit gutem Zuspruch durchgeführt. Begrüßt wurde eine große Anzahl interessierter Frauen von der Senatorin Ingelore Rosenkötter und der Europaabgeordneten Karin Jöns.

Auf dem 32. Evangelischen Kirchentag vom 22.-24. Mai 2009 in Bremen hatten der Arbeitskreis der Christinnen und Christen in der SPD und der ASF-Bundesvorstand einen gemeinsamen, gut frequentierten Stand. Frauen des ASF-Landesvorstandes haben diesen Stand aktiv durch Präsenz und mit einem frauenbezogenen politischen Ratespiel unterstützt.

An den Aktionen zum Bundestagswahlkampf der SPD im September 2009 haben sich die Genossinnen der ASF in den Unterbezirken beteiligt. Zusätzlich stellte der ASF-Landesvorstand Material für die Aktion „Aufstiegssprossen“ zur Verfügung.

Am traditionellen Schafferinnenmahl der ASF im Haus der Bürgerschaft nahm im Jahre 2008 Heide Simonis als prominenter Gast teil. Beim 35. Schafferinnenmahl in 2009 diskutierten Mütter mit ihren Töchtern über das Thema „Feminismus“, zu dem die Buchautorin Susanne Klingner referierte. Unser Dank gilt den 1. Schafferinnen Petra Krümpfer (2008) und Ingeborg Mehser (2009) für ihren besonderen Einsatz. Mit dem erfolgreichen Ablauf dieser Veranstaltungen wurde vielen Frauen aus dem Lande Bremen, die (noch) nicht Parteimitglieder sind,

Einblicke in die politische Arbeit und der Besuch der Bremischen Bürgerschaft ermöglicht.

Zur Vorsitzenden des Bremer Frauenausschusses wurde Gisela Hülsbergen wiedergewählt, Beisitzerinnen sind Renate Meyer-Braun und Heike Noeme Fricke. Diese engagierten SPD-Frauen wirken an der Spitze des Landesfrauenrates an der politischen Willensbildung mit. Die zentrale Veranstaltung mit der Wahl der „Frau des Jahres“ findet jährlich im Rahmen des internationalen Frauentages am 8. März im Bremer Rathaus statt. Dort stellt auch die ASF ihre Arbeit und ihre Themen vor.

Die gute Beteiligung an unseren Sitzungen – besonders auch durch Frauen, die noch nicht dem Vorstand angehören – hat uns sehr gefreut. Wir erhielten dadurch viele Anregungen und hoffen nun auf aktive Mitarbeit im neuen Vorstand der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen.

Annegret Ahlers
ASF-Landesvorsitzende

Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA)

Der AfA-Landsvorstand 2008/2009 bestand aus

dem Landesvorsitzenden	Wolfgang Jägers
den stellvertretenden Landesvorsitzenden	Manfred Axmann (Bremerhaven)
	Hartmut Krenzer (Bremen-Stadt)
	Jutta Riegert (Bremen-Nord)
den Beisitzern	Maren Bullermann (Bremen-Stadt)
	Ramiro Czock (Bremen-Stadt)
	Brigitte Dettmer (Bremen-Nord)
	Ingrid Eichhorst (Bremerhaven)
	Heinz Sommer (Bremen-Stadt).

Der Landesvorstand wurde gewählt auf der Arbeitnehmerkonferenz am 28. Februar 2008.

Der AfA Landesvorstand hat in den vergangenen zweiJahren regelmäßig getagt, fast immer gemeinsam mit dem Vorstand des AfA UB Bremen. Das ist aus praktischen Gründen so gewesen und diente auch dazu, Termine einzusparen. Alle AfA Aktivitäten laufen ehrenamtlich. Dafür gebührt allen, die mitgearbeitet haben, der Dank unserer Partei!

Zu den Sitzungen kommen u. a. VertreterInnen aus/von (die Aufzählung ist nicht vollständig): Gesamtpersonalrat, Airbus, Gesundheit Nord (kommunale Krankenhäuser), Feuerwehr, swb, Gesellschaften des Landes/der Stadt, Handwerk, IG BAU Branchengruppe, GEWOBA, Deutsche Bahn, BSAG, BremerhavenBus, BLG, Schlecker, HVG etc.

Unterstützt wurden wir vom Parteibüro in der Person von Tim Cordßen. Da die Mittel unserer Partei immer knapper werden, gab es Diskussionen über das Budget auf AfA Landesebene und in den UBs. Wir sind sehr sparsam mit den uns zur Verfügung gestellten Mitteln/Materialien umgegangen. Ohne das Engagement von AfA Funktionären bei der Einwerbung von Unterstützung, hätte es viel schlechter ausgesehen. So gibt es, naturgemäß für die AfA, eine enge Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften und einigen Betriebsgruppen.

Beteiligung an den Wahlkämpfen/Europawahl/Bundestagswahl

Die Partei hat in weiten Kreisen ihrer Stammwählerschaft das Vertrauen verloren. Das drückt sich nicht nur dadurch aus, dass eine andere Partei gewählt wird, sondern auch dadurch, dass „unsere Leute“ gar nicht mehr zur Wahl gehen.

Hier hat die AfA eine wichtige Bindungsfunktion – wir sind sicher, ohne AfA wären die Ergebnisse für die SPD deutlich schlechter gewesen. Wir waren an den Infoständen und in den Betrieben für unsere Partei aktiv.

Teile unserer Parteiführung erkennen, wie wichtig eine funktionierende AfA für die Partei ist. Nur so kann das Vertrauen, besonders in die Arbeitnehmerschaft, wieder hergestellt werden. Die AfA

wird weiterhin in die Arbeitnehmerschaft hineinwirken. Dazu braucht sie die Unterstützung der Partei.

Korrekturen an der Gesetzgebung zu dem Thema „Agenda 2010“ sind dringend notwendig. Die Rente mit 67 muss weg. Das ist die Position der AfA und ein Thema, um die Arbeitnehmer wieder zur Partei zu holen.

Weitere Themen, mit denen wir uns beschäftigt haben (die Aufzählung ist nicht vollständig):

- Lage in den Bremischen Betrieben / Lage der ArbeitnehmerInnen, z.B.
  Karstadt, Mercedes, Handwerk, Ausbildung, Öffentlicher Dienst, BSAG, Bremische Häfen, Konjunkturpaket II, Tariftreuegesetz, Energieerzeugung in Bremen, Sonntagsöffnung Cherbourgerstr. Bremerhaven, EDS, Siemens / Mdexx, Landesfinanzen/Krise, AWO, Telekom, Bauwirtschaft, Tarifverhandlungen, Streiks

Ergebnisse: Diverse Anträge, Stellungnahmen, Gespräche

Betriebs- und Personalräte sagen uns in Gesprächen:
Wir wissen, dass ihr (Partei / Land) nicht alles regeln könnt. Wir freuen uns aber sehr uns erkennen an, dass die SPD / AfA mit uns spricht.
Solidarität ist ein Grundwert an sich.
Es gibt regelmäßige AfA- und Betriebs- und Personalrätetreffen mit der SPD Bürgerschaftsfraktion (Teilnehmerzahl: zwischen 30 und 50 Personen).

Der AfA Landesvorstand trifft sich regelmäßig mit dem Senator für Wirtschaft und Häfen, Ralf Nagel, zum Austausch von Meinungen und zu Arbeitsschwerpunkten.

Vorsitzender der AfA auf Bundesebene ist Otmar Schreiner MdB (Saarland).
Mitglied im AfA Bundesvorstand ist Wolfgang Jägers.
Der AfA Bundesvorstand tagt in der Regel monatlich.
Dem AfA Bundesausschuss gehört Hartmut Krenzer an. Der Bundesausschuss trifft sich regelmäßig, drei Mal Jährlich, mit dem AfA Bundesvorstand.
Beide Vertreter der Bremer AfA haben an den meisten in Berlin stattfindenden Sitzungen teilgenommen und haben sich, z. B. durch Anträge in den Kommissionen und bei der Vorbereitung der AfA Bundeskonferenz, aktiv an der Arbeit auf Bundesebene beteiligt.
Die AfA Bundesvorstandsmitglieder aus den Bundesländern Niedersachsen, Bremen, Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern haben vor einigen Jahren verabredet, regelmäßig AfA Regionalkonferenzen durchzuführen. Zweck dieser Konferenzen ist es, Themen aufzunehmen, zu behandeln, in Anträge zu fassen und in unserer Partei in praktische Politik umzusetzen. Natürlich geht es auch um die Außenwirkung, besonders in Wahlkampfzeiten.

Die letzte Regionalkonferenz fand in Braunschweig statt. Das Thema auf dieser Konferenz war „Bundestagswahl“, Gesprächspartner war Hubertus Heil. Wir haben eine Zwei-Jahres-Planung für diese Konferenzen verabredet. Das nächste Mal treffen wir uns in Schleswig-Holstein. Zur Bürgerschaftswahl in Bremen wird eine Konferenz im Lande Bremen im März 2011 stattfinden.

Ausblick 2010 – 2012
Die AfA im Land Bremen wird ihre Arbeit fortsetzen. Sicher mit anderen Personen in der Führung. Nachwuchs wird auch bei uns gesucht – und wir werden fündig werden.

Die AfA wird den eingeschlagenen Weg, mehr in die Betriebe zu gehen, fortsetzen. Hier geht es auch um Vertrauen. Die Verbindung zu den Gewerkschaften ist gut, die AfA ist im Gewerkschaftsrat des SPD Landesvorstandes vertreten, der einen regelmäßigen Gedankenaustausch mit den DGB Gewerkschaften führt.

Mein persönlicher Dank gilt allen, die an unserer Idee mitgewirkt haben. Es macht Spaß, in der AfA zu arbeiten und es lohnt sich, für unsere Interessen zu kämpfen.

Der Genosse Hartmut Krenzer wird nicht mehr als AfA-UB-Vorsitzender in Bremen zur Verfügung stehen. Er geht in den Ruhestand, bleibt uns aber in unserer AfA erhalten. Ihm danke ich ganz besonders und herzlich für die geleistete Arbeit und seine freundschaftliche Unterstützung.

Wolfgang Jägers
AfA-Landesvorsitzender

Arbeitsgemeinschaft Selbstständige in der SPD (AGS)

Die AGS im Lande Bremen hat für den Zeitraum 2008 bis 2010 nachstehende Mitglieder in den geschäftsführenden Vorstand gewählt: 1. Vorsitzender: Manfred Oppermann, MdBB; stellvertretende Vorsitzende: Andreas Kottisch, MdBB (Bremen-Stadt), Hans-Jörg Troebner (Bremerhaven), Werner Stitz (Bremen-Nord), Schriftführerin: Levka Muratidis. Darüber hinaus wurde der Vorstand durch die Wahlen von BeisitzerInnen komplettiert (nachzulesen unter www.ags-bremen.de).

Die AGS hat im abgelaufenen Berichtzeitraum neben den regelmäßigen AGS-Treffs, die alle fünf bis sieben Wochen montags ab 19:00 Uhr in der „Lemon Lounge", Am Wall 164, 28195 Bremen, stattfinden, eine Reihe von Veranstaltungen organisiert und durch-geführt. So wurde von uns eine große, öffentliche Veranstaltung zum Thema „Energiepolitik", mit über 100 TeilnehmerInnen, durchgeführt. Die von unserem Mitglied Hans-Jürgen Wolff geplante und organisierte Veranstaltung fand großes öffentliches Interesse. Weiter organisiert die AGS schon seit vielen Jahren die traditionellen Schoppengespräche mit den Schaustellern auf der Bremer Osterwiese und dem Bremer Freimarkt. Darüber hinaus ist die AGS gemeinsam mit der SPD-Abgeordnetengemeinschaft Bremen-Stadt Mitveranstalter der Veranstaltungsreihe „Städtischen Hafenrunde". Hier laden wir in unregelmäßigen Abständen VertreterInnen der bremischen Hafenwirtschaft ein, um uns nicht nur mit ihnen über aktuelle Themen rund um den Hafen auszutauschen, sondern weil wir auch jede Veranstaltung unter ein Schwerpunkthema stellen, zu dem wir meist prominente Gäste als Referenten gewinnen können. Diese Veranstaltungsreihe findet in der Hafenbranche großen Zuspruch, was sich in den TeilnehmerInnenzahlen widerspiegelt.

Schlussbemerkung: Es ist nichts Ungewöhnliches, das sich Selbstständige und leitende Mitarbeiter in der SPD und dort in der AGS engagieren. Im Jahre 1863 gründete Ferdinand Lassalle den „Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein", aus dem die SPD hervorging. Wilhelm Liebknecht, August Bebel, Otto Wels und sehr viele andere Selbstständige stellten innerhalb der SPD eine vorantreibende Kraft dar. Auch der erste Vorsitzende der SPD-Fraktion in der Bremischen Bürgerschaft war ein Selbstständiger. Der Wahlbremer Friedrich Ebert war es, der später der erste demokratisch gewählte Reichspräsident wurde.

Bei Interesse an einer Mitarbeit in der AGS einfach melden unter E-Mail: info@ags-bremen.de.

Manfred Oppermann
AGS-Landesvorsitzender

Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen (ASJ)

Auf der Jahreshauptversammlung am 6. März 2008 wurde der Vorstand neu gewählt. Er besteht seither aus folgenden Genossinnen und Genossen:

Landesvorsitzender:	Dr. Klaus-Dieter Schromek	
Beisitzerinnen und Beisitzer:	Leyla Acar	Dr. Jochen Bachmann
	Lutz Bäckermann	Tim Brinkmann
	Adolf Claussen	Anja Dillenburger
	Thomas Ehmke	Nicole Gronemeyer
	Wolfgang Grotheer	Horst Isola
	Tanja Kühn	Dr. Andreas Mackeben
	Brigitte Melinkat	Dr. Alexander Pallas
	Dr. Claudia Schilling	Anneke Schmitt-Wenkebach

Am 6. November 2008 haben wir im Konsul-Hackfeld-Haus mit dem Genossen Joachim Stünker eine Veranstaltung zur Patientenverfügung und zur Vorsorgevollmacht durchgeführt. Joachim war rechtspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Mitglied des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestages und einer der Väter eines interfraktionellen Gesetzentwurfes zu dieser Thematik. Der von ihm dort vorgestellte und diskutierte Entwurf ist dann in der abgelaufenen Legislaturperiode auch Gesetz geworden.

Im Rahmen unserer monatlich stattfindenden, erweiterten Vorstandssitzungen haben wir uns mit zahlreichen weiteren Themen befasst. Infolge der Föderalismusreform waren und sind viele Regelungen auf der Landesebene zu schaffen, für die zuvor der Bund die Gesetzgebungskompetenz hatte. Genannt seien etwa das Beamten-, das Versammlungs- oder das Untersuchungshaftvollzugsrecht. Wir haben die Entwürfe mit den zuständigen Fachleuten aus den jeweiligen Ressorts und auch mit den zuständigen Senatoren und StaatsrätInnen diskutiert, Stellungnahmen erarbeitet und so unsere Sichtweise in die Gesetzgebungsverfahren eingebracht. Ein besonders enger und fruchtbarer Kontakt hat sich in den vergangenen zwei Jahren zum Justiz- und auch zum Innenressort entwickelt. Die Senatoren Ulrich Mäurer und Ralf Nagel sind wiederholt unseren Einladungen gefolgt und mit uns in einen offenen und vertrauensvollen Austausch getreten. Wir begrüßen das sehr und hoffen, die engen und guten Kontakte in den kommenden Jahren fortsetzen und ausbauen zu können.

Unsere Vorstandssitzungen stehen allen Interessierten offen, worauf wir immer wieder hinweisen. Als besonders erfreulich beobachten wir nun schon seit vielen Jahren, dass sich unsere Treffen zu einer beliebten Plattform der rechtspolitischen Diskussion in unserer Partei entwickelt haben. Junge und auch ältere Genossinnen und Genossen aus dem gesamten Spektrum der juristischen Berufe finden den Weg zu uns und fühlen sich bei uns wohl.

Dr. Klaus-Dieter Schromek
Landesvorsitzender der ASJ

Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB)

Längeres gemeinsames Lernen – Eine gerechtere Schule für Bremen

Wissen und umfassende Bildung werden immer wichtiger, um die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts bewältigen zu können. Eine gute Bildung und ein höherer Schulabschluss sind grundlegend für die Aufstiegsperspektiven und Teilhabemöglichkeiten eines Menschen. Nur wer über eine solide Grundbildung verfügt, wird auch durch lebenslanges Lernen im weiteren Verlauf seiner Biographie mit dem rasanten Wandel in der Arbeitswelt Schritt halten können. Ein hohes Qualifikationsniveau Vieler entscheidet über die Zukunftsfähigkeit unseres demokratischen Gemeinwesens und die Wettbewerbsfähigkeit unserer Volkswirtschaft. Die Herstellung gleicher Chancen auf gute Bildung ist eine öffentliche Aufgabe, für die der Staat die Verantwortung trägt. Das heißt, Bildung muss allen Menschen kostenlos zur Verfügung stehen. Die soziale Spaltung im Bildungssystem muss überwunden werden. Das bedeutet, möglichst lange möglichst alle Schüler gemeinsam zu unterrichten.

Das genannte Motto „Längeres gemeinsames Lernen – Eine gerechtere Schule für Bremen“ umfasst somit die Schwerpunktarbeit der AfB in den letzten beiden Jahren. Die Abschaffung der Orientierungsstufe hatte zuvor in Bremen zu einer neuen Unübersichtlichkeit der Schularten und einer vorzeitigen Trennung der Schüler geführt. Die schon in den Jahren davor eingeführte Konkurrenz zwischen den Schulen unter der Überschrift „freier Elternwille“ führte zu immer mehr sozialer Separation.

Mit dem Wechsel des Koalitionspartners und einer neuen Bildungssenatorin stieg die Chance auf Durchsetzung eines Schulsystems, das mehr Chancengerechtigkeit bietet und die schon davor auf den Weg gebrachte Qualitätsentwicklung weiter vertiefen kann. Unser langjähriges Ziel, ein Gesamtschulsystem bis Klasse 10 zu schaffen, war trotz großer Unterstützung der Mitglieder unserer Arbeitsgemeinschaft auch in der neuen politischen Konstellation nicht durchsetzbar.

Die AfB arbeitete auf verschiedenen Ebenen der Partei an einem Kompromiss mit, der zumindest einen Schritt in die richtige Richtung – möglichst viele Schüler mit möglichst viel gemeinsamem Unterricht – darstellen sollte.

Ein Zwei-Säulen-Modell wurde so auf den Weg gebracht, das den unten genannten Anforderungen genügen sollte:

1. Es handelt sich um einen Zwischenschritt auf dem Weg zur Schule für alle.
2. Frühe Selektion soll verhindert werden. Die „gute Schule“ soll das Lernen weiter individualisieren, um einen pädagogisch überzeugenden Umgang mit der zunehmenden Heterogenität zu ermöglichen.
3. Die Grundschule und die Oberschule als „Schulen für alle“ müssen finanziell erkennbar besser ausgestattet werden.
4. Die Oberschule wird durch die Strukturen der bisherigen Gesamtschulen definiert. Weitere Differenzierungen werden nicht zugelassen.
5. Die Arbeit der Grundschule darf nicht durch eine Aussageverpflichtung mit Selektionsfolge

(Kompetenzstufen zum Übergang in Gy usw.) in ihrem Weg zu Notenfreiheit und Individualisierung beschädigt werden.
6. Der Gymnasialanteil soll verringert werden und der Weg zum Abitur in den Oberschulen soll klar erkennbar sein.

Dieser erste wichtige Schritt ist mit der Einführung der Oberschule insgesamt verträglich gemacht worden. Die Strukturdiskussionen in den Regionen, die Frage der Oberstufen (durchgehende Systeme, Stufenmodell) an Oberschulen, die Aufnahmeverfahren, Ganztagsschule und weitere Detailprobleme haben die Arbeit des letzten Jahres geprägt. Hinzu kamen Diskussionen zu jeweils aktuellen schulpolitischen und pädagogischen Fragen.

Dem AfB-Landesvorstand gehörten in der Wahlperiode 2008/2009 an:

Landesvorsitzender:	Hermann Tietke † 16.12.2009
Stellvertreter:	Norbert Rüppell
Beisitzerinnen und Beisitzer:	Brigitte Lückert
	Susanne Martens
	Sylviane Stephan
	Eva Quante-Brandt
	Christoph Steinberg

Der Vorstand tagte in der Regel monatlich, die Sitzungen waren parteiöffentlich (Einladung nach Aufnahme in die Gästeliste). Mitgliederversammlungen fanden dreimal pro Jahr statt, dazu kamen die Teilnahme an Veranstaltungen anderer Organisationen und Einrichtungen. Die AfB Bremen ist auch eingebunden in die Arbeit der AfB auf Bundesebene und die Arbeit anderer Einrichtungen mit bildungspolitischem Schwerpunkt

Die schwere Erkrankung unseres Vorsitzenden Hermann Tietke im Jahr 2008 nur wenige Monate nach seiner Wiederwahl hat die Arbeit der AfB zurückgeworfen. Mit aller ihm möglichen Kraft und unter sehr hohen persönlichen Belastungen hat Hermann Tietke nach einem halben Jahr schrittweise die Aufgaben als Vorsitzender wieder übernehmen können. Sein plötzlicher Tod am Ende des Jahres 2009 hat uns tief getroffen und eine große Lücke gerissen. Die Arbeitsgemeinschaft für Bildung wird Hermann Tietke und seine Ziele nicht vergessen.

Norbert Rüppell
(Stellvertretender Landesvorsitzender AfB 2008/2009)
Landesvorsitzender der AfB seit 17.03.2010

Landesarbeitsgemeinschaft Sport (LAG Sport)

Integration durch Sport – 32. Sportforum

Die demografische Entwicklung in Bremen und Bremerhaven geht einher mit einem stetig wachsenden Anteil von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Der organisierte Sport hat für die Integration eine herausragende Bedeutung. Nicht nur im Rahmen des Nationalen Integrationsplans wird ihm auf diesem Gebiet ein besonderer Stellenwert zugesprochen sondern auch in der Bremer Koalitionsvereinbarung (KOA) von SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Ins Zentrum der neueren Diskussion um Integrationsmöglichkeiten rückt nicht nur das aufzunehmende Vereinsmitglied, sondern auch der aufnehmende Sportverein.Diesen Zusammenhang aufgreifend veranstaltete die LAG Sport ihr 32. Sportforum unter dem Thema „Sportförderung stärken – Integrationspotenziale der Sportvereine als Chance nutzen". Die Brisanz des Themas zeigte sich unter anderem an der großen Teilnehmerzahl aus Politik, Sportverbänden und -vereinen, dem Schul- und Hochschulsport, der Universität, Kultur und Migrantenverbände. So konnte in der historischen „Stadtwaage" in Bremen das Thema aus unterschiedlichen Blickwinkeln umfassend diskutiert werden. Im Eröffnungsvortrag wurde durch Prof. Dr. Gunter A. Pilz (Leibniz Universität Hannover), einer der renommiertesten Konflikt- und Gewaltforscher Deutschlands, herausgestellt, dass „Integration durch Sport" kein Selbstläufer sei. Sport per se bewirke nicht zwangsläufig den Integrationsprozess. Integration ist nicht naturwüchsig, sondern ist Arbeit und kostet Geld. In der Verknüpfung von Sport und Sozialarbeit sieht PILZ eine wesentliche Grundlage, um die sinnvolle „interaktive Integration" umsetzen zu können. Mehr Informationen unter www.lagsport-bremen.de

Vor dem Hintergrund der Ergebnisse des Sportforums lag es nahe, „vor Ort" mit VertreterInnen der Sportvereine ins Gespräch zu kommen. Von den Stützpunktvereinen in Bremen konnten inzwischen drei besucht werden. So gab es Gespräche der LAG Sport bei der SG Marßel, beim TuS Komet Arsten und beim TSV Osterholz Tenever (OT) Bremen. Durch das große ehrenamtliche Engagement konnte in Ansätzen eine „interaktive Integration" in den Vereinen umgesetzt werden. In allen Gesprächen wurde deutlich, dass es noch vielfältiger kontinuierlicher Bemühungen auch finanzieller Art bedarf, um nachhaltige Erfolge vorweisen zu können.

Sportvereinszugehörigkeit darf nicht abhängig von der sozialen Herkunft sein

Dem Sportverein kommt bei der Realisierung der von Bürgermeister Jens Böhrnsen angestrebten solidarischen Stadtgesellschaft eine zentrale Bedeutung zu: Die Freiwilligkeit des Beitritts, die gemeinsame und selbst bestimmte Regelung von Interessen und das ehrenamtliche Engagement spielen für die Entwicklung demokratischen Bürgersinns eine wichtige Rolle. Gerade in der heutigen Zeit, die durch Entsolidarisierungsprozesse gekennzeichnet ist, sind die Leistungen der Solidargemeinschaft „Sportverein" unverzichtbar. Damit ist Sportpolitik immer auch als Beitrag zur Sozial-, Jugend-, Kultur- und Gesundheitspolitik zu sehen. Die Aufnahme in einen Sportverein, so die LAG Sport, darf daher nicht abhängig sein von der sozialen Herkunft und/oder dem Geldbeutel der einzelnen Haushalte. Die Koppelung zwischen sozialer Stellung und Sportvereinszugehörigkeit muss abgebaut und die Staffelung von Vereinsbeiträgen („Kids in die Clubs") weiter vorangetrieben und auf alle Zuwanderer und Geringverdiener ausgedehnt werden. Vor dem Hintergrund dieser Bedeutung der Sportvereine und -verbände für das Gemeinwohl macht es auch bei knappen Kassen keinen Sinn am oder im Sport zu sparen sondern nur mit dem Sport. Die LAG Sport wendet sich gegen die Reduzierung der Mittelvergabe aus Wettmitteln an den Sport.

Ersatzlösung für das multifunktionale Weser-Stadion

Die LAG Sport konnte sich beim TuS Komet Arsten über den Fortschritt der Baumaßnahmen zu einer Mini-Ersatz-Leichtathletikanlage informieren. Es wurde bedauert, dass die Entscheidung für zwei kleinere Anlagen gefällt wurde Die Konzentration der Leichathletik in einem angemessenen Stadion wäre nach Ansicht der LAG Sport nicht nur für die Weltklasseathleten in Bremen sinnvoller sondern auch kostengünstiger.

Weitere Treffen und Gespräche fanden statt

Beim ATS Buntentor e.V., der den Turnhallentrakt der leerstehenden Schule an der Kornstraße als Teileigentum übernehmen möchte und darin die Unterstützung der LAG Sport hat.

Im Freibad Blumenthalraf zur Besichtigung und anschließender Diskussion mit Vertretern des Kuratoriums Freibad Blumenthal e.V., um über Perspektiven des Standorts zu befinden. Die LAG Sport empfiehlt, das Freibad Blumenthal als Ort der sportiven Begegnung und Aufwertung des Stadtteils zu modernisieren. Was für den Umbau des Weser Stadions am Osterdeich recht war, sollte im strukturschwachen Bremen-Nord nicht zu teuer sein.

Überdies wurde darüber diskutiert – aber nicht befunden – ob es sinnvoll sei, die Bremer Bäder GmbH aus dem Sporthaushalt auszugliedern, um dem Sport mehr Planungssicherheit zu geben.

Im Bereich des Schul-/Vereinssport schließt sich die LAG Sport den Forderungen der Sportministerkonferenz (Warnemünde, 2008) nach mehr Sportunterricht vor allem an den Grundschulen an und fordert mit dem Runden Tisch Schulsport die Realisierung der für den Grundschulbereich ausgewiesenen 3 Unterrichtsstunden Sport durch qualifizierte SportlehrerInnen. Des Weiteren fordert die LAG Sport die unverzügliche Stellenbesetzung des Schulsportreferenten, die seit August 2009 vakant ist. Mit Blick auf den Sportlehrerbedarf in Bremen wurde nach Möglichkeiten gesucht, die SportlehrerInnenausbildung über Sponsoren an der Universität Bremen zu erhalten.

Im Bereich der Olympiade in Peking 2008 waren wir uns darüber einig, dass mit Blick auf die Menschenrechtsverletzungen in China, das IOC gefordert ist, bei zukünftigen Vergaben auf die Einhaltung der Menschenrechte mehr Wert zu legen.

Überdies hatte sich die LAG Sport für den Verbleib der drei Weltklasseathleten, Carolin Nytra, Jonna Tilgner und Sebastian Bayer in Bremen eingesetzt.

Weitere Aktivitäten im Überblick

Die LAG Sport beteiligte sich mit an einem Versorgungsstand am Bremen-Marathon und ist inzwischen auch über www.lagsport-bremen.de im Internet „einsehbar“. Die Arbeitsrichtlinien der LAG Sport von 1974 werden bedingt durch die Entwicklung der Mitgliedszahlen der Partei in Zusammenarbeit mit der Landesorganisation überarbeitet.

Kooperationen
Zum Schluss möchten wir für die gute Zusammenarbeit den Gliederungen der Partei und der Fraktion danken. Ohne die Kooperationen hätte unsere Arbeit so nicht umgesetzt werden können. Allerdings warten wir nach wie vor auf die Einladung zu den Vorbesprechungen der Sportdeputationen bzw. auf eine Reaktion zu unseren Anfragen.

Nicht zuletzt gilt unser Dank dem LSB und den Sportvereinen und -verbänden für den Dialog Gesprächsrunden und konstruktiven Arbeitssitzungen. Wir werden weiter Flagge zeigen!

Fred Brauweiler
Vorsitzender LAG Sport

Wissenschaftsforum der Sozialdemokratie in der Region Bremen-Nordwest

Das Wissenschaftsforum organisiert SPD-Mitglieder und Nichtmitglieder aus dem Land Bremen und dem Nordwesten Niedersachsens, die an wissenschaftspolitischen Fragen interessiert sind. Es versteht sich als Bindeglied zwischen Öffentlichkeit, Wissenschaftseinrichtungen und der Partei.

Dem Vorstand gehörten in der Wahlperiode an:

Vorsitzender:	Gerhard Zacharias (Bremen)
Stellvertreter/innen:	Sybille Böschen (MdBB, Bremerhaven)
	Dr. Mario Domann-Käse (Bremen)
Beisitzer/innen:	Daniela Behrens (MdL, Bokel)
	Uwe Gundrum (Bremen)
	Dr. Bärbel Kühn (Bremen)
	Manuela Mahnke (MdBB, Bremerhaven)
	Jan Soernsen (Bremen)
sowie als	
kooptierte Mitglieder:	Olaf Lies (MdL, Sande)
	Dr. Julia Schmidt-Häuer (Bremen)
	Thorsten Schulz (Oldenburg)

Arbeitsschwerpunkte in den Jahren 2008/2009 waren einerseits Probleme der Lehre und der Neuordnung des Studiums im Rahmen des Bologna-Prozesses, andererseits die Beutung des Wissenschaftssektors für die Entwicklung der Region. Zu beiden Themen wurden Positionspapiere verabschiedet.

Im Positionspapier „Qualitätsoffensive Studium – Lehren und Lernen im Mittelpunkt“ werden nicht nur die Unterfinanzierung der Hochschulen und Probleme bei der Studienfinanzierung thematisiert, sondern der Prozess des Lehrens und Lernens, seine Ziele und die daran beteiligten Akteure werden in den Mittelpunkt gerückt. In der Veranstaltung „Abschied von Humboldt? Lehren und Lernen in Zeiten von Bachelor und Master“ wurde das Papier vorgestellt und mit einer breiten Öffentlichkeit diskutiert.

Das Positionspapier „Wissenschaft im Land Bremen – Standortfaktor für gesellschaftlichen Fortschritt, Wirtschaftskraft und Lebensqualität“ liefert Argumente für die Bedeutung der Wissenschaftseinrichtungen des Landes Bremen, nicht nur für die Wirtschaft, sondern ebenso für die kulturelle und soziale Entwicklung. Auch dieses Papier war Gegenstand einer öffentlichen Veranstaltung mit dem Thema „Arbeitsplätze sichern – Zukunft gestalten“. Im spannenden Dialog zwischen den Querschnittsbereichen Informationstechnologie und personenbezogene Dienstleistungen, wurden Entwicklungen und Trends des Arbeitsmarkts und der Gesellschaft diskutiert. Schon in der Jahreshauptversammlung 2008 des Forums in der Hochschule für Künste, stand die Finanzierung des Wissenschaftsstandorts Bremen/Bremerhaven in der Nordwest-Region im Mittelpunkt der Debatte mit der Senatorin für Finanzen Karoline Linnert.

In einem Fachgespräch zum Hochschulzugang konnten dessen organisatorische Probleme (zentrale Servicestelle zur Abgleichung von Zulassungsanträgen) sowie neue Zulassungskriterien (z.B. Masterstudium, Ausweitung örtlicher Zulassungsbeschränkungen) unter anderem mit dem zuständigen Vizepräsidenten der HRK und Rektor der Universität Bremen, Prof. Dr. Wilfried Müller, diskutiert werden.

Am Europawahlkampf war das Wissenschaftsforum mit der Veranstaltung „Einwanderung nach Europa – zwischen Blue Card und Boat People“ beteiligt. Die ehemalige Bundesministerin für Wissenschaft und Forschung, Edelgard Bulmahn, und die europapolitische Sprecherin der SPD-Bürgerschaftsfraktion, Ulrike Hiller, diskutierten mit dem Publikum die Frage, welche Einwanderungspolitik die EU und Deutschland betreiben bzw. betreiben sollten.

Überregional lieferte das Forum Stichworte für das Programm zur Bundestagswahl. Auch der Kontakt zum zentralen Wissenschaftsforum beim SPD-Parteivorstand, sowie den 14 weiteren regionalen Foren, wurde gehalten. Aktuell befassen sich Projektgruppen des Forums mit der Lehrerausbildung, der Wissenschaftsfinanzierung sowie den gewachsenen Länderkompetenzen im Personalbereich nach der Föderalismusreform.

Weitere Informationen unter:
www.wissenschafsforen.de/Regionale Foren/Bremen-Nordwest

Gerhard Zacharias
Vorsitzender des Wissenschaftsforums der Sozialdemokratie in der Region Bremen-Nordwest

Forum Eine Welt
Ausschuss für internationale Angelegenheiten

Der Ausschuss für internationale Angelegenheiten (AIA) ist ein Arbeitsgremium, das internationale Themen zu drängenden, außenpolitischen Fragen erarbeitet und befördert. Er existiert bereits seit 1972. Ziel des Ausschusses – auf Bundesebene als Forum Eine Welt Bremen (FEW) organisiert – ist es, inhaltliche Diskussionen und internationale Themen aus der globalisierten Welt vermehrt in die Gliederungen der Partei und an die Basis zu bringen. Hierfür haben wir das umfangreiche Wissen und die vielfältigen Erfahrungen der zahlreichen Mitglieder des AIA genutzt, aber auch externe Vertreter zu den Sitzungen eingeladen.

Das Forum soll auch ein Schaufenster internationaler Politik und dem damit verbundenen Diskurs in Bremen sein. Wir möchten daher engagierten und interessierten Einzelpersonen, wiewohl auch Nicht-Regierungs-Organisationen, die Möglichkeit geben, sich mit uns gemeinsam für die zentralen sozialdemokratischen, politischen Ziele, wie die Schaffung sozialer Gerechtigkeit, die Bekämpfung globaler Armut, die soziale und ökologische Gestaltung der Globalisierung sowie einer aktiven Friedenspolitik, einzusetzen. Die globalisierte Welt, mit ihren Chancen, Risiken und auch realen Krisen und Katastrophen, kann als Überschrift über die zahlreichen Diskussionen, Referate und Anträge gesetzt werden, die in den vergangenen zwei Jahren in unseren Sitzungen behandelt oder beschlossen wurden.

Das Jahr 2008 hatte als Schwerpunkt den afrikanischen Kontinent. Eine Arbeitsgruppe hat ein entsprechendes Konzept erarbeitet, das verschiedene zu behandelnde Schwerpunkte vorschlug. Zu Beginn des Jahres beschäftigte uns das Thema „Biosprit“ und die Folgen aus der Förderung landwirtschaftlich erzeugter Biomasse nach dem Erneuerbare Energien Gesetz (EEG). Wir forderten die Bundestagsfraktion auf, sich für ein Moratorium einzusetzen, da die Folgen der Umnutzung des Regenwaldes in Produktionsstätten für „Energieprodukte“ (so genannter Bioethanol/Biodiesel) dramatisch sind. Die fatalen Konsequenzen für die Umwelt: Der exzessive Einsatz nachwachsender Rohstoffe als Ersatz für Benzin und Energieträger in Kraftwerken kann die Umwelt zerstören, wenn Regenwald vernichtet, indigene Völker vertrieben und Tierarten ausgerottet werden. Er hat durch eine Verringerung von lebensmittelerzeugender Landwirtschaft sogar zu einer Explosion der Lebensmittel-Preise geführt. Hierzu haben wir eine gut besuchte Veranstaltung in Zusammenarbeit mit dem BiZ und Robin Wood im Übersee-Museum durchgeführt.

Es fand ein regelmäßiger Austausch mit Ulrike Hiller von der Bürgerschaftsfraktion über die jeweiligen Arbeitsvorhaben und Planungen statt. Die Zusammenarbeit wird auch über diesen Berichtszeitraum weitergeführt werden; gemeinsame Veranstaltungen sind gut vorstellbar. Imke Sudmann berichtete über die Flüchtlingsproblematik an den EU-Außengrenzen am Beispiel der Ukraine. Die Situation für die betroffenen Menschen ist extrem hart. Die Tendenz zur weiteren Abschottung der EU vor Immigranten nimmt zu.

Der Krieg in Afghanistan hat uns veranlasst, bereits Ende 2008 eine Entschließung zum militärischen Engagement Deutschlands in Afghanistan abzustimmen. Wir forderten von der Bundestagsfraktion endlich klare Zielsetzungen und eine Exit-Strategie zu formulieren. Am zweiten

Weihnachtstag 2008 begann ein dreiwöchiger Angriff Israels auf den Gaza-Streifen. Dieser Angriff trug den Namen „Gegossenes Blei“ und forderte etwa 1.300 palästinensische und 13 israelische Opfer. Das Forum Eine Welt forderte daher die deutsche Politik auf, eine aktive und fördernde Rolle in der Vermittlung um einen dauerhaften Frieden zu übernehmen.

Helmut Hafner berichtete im Februar 2009 auf einer Veranstaltung über die Zusammenarbeit des „Offiziellen Bremens“ mit der islamischen Gemeinde des Landes Bremen. Die Kooperation sei durchaus verbesserungswürdig, die Politik kümmere sich nicht im erforderlichen Maße um dieses Thema.

Die Veränderungen und die Wirklichkeit in der Entwicklungszusammenarbeit war immer wieder ein Thema unserer Zusammenkünfte. Unter anderem betrachteten wir kritisch den Trend, finanzielle Aufwendungen über das Bundesumweltministerium oder das Auswärtige Amt abzuwickeln, in der Form von Budgethilfen, die u. E. nicht ausreichend überwacht werden. Aus der praktischen EZ-Arbeit berichtete Stefan Reuter von BORDA.

Weitere Themen waren unter anderem die Lage in Namibia, die Situation in der Türkei unter besonderer Berücksichtigung der Staatsgründung durch Kemal Atatürk und die Berichterstattung deutscher Medien, Aufnahme von Uiguren in Deutschland, Desertec, Bedingungsloses Grundeinkommen. Für unsere weitere Arbeit wünschen wir uns eine bessere Wahrnehmung von entwicklungspolitischen und internationalen Themen, nicht nur bei den Bürgern, sondern insbesondere auch in der Partei. Sigmar Gabriel hat mehrmals entsprechendes gefordert. Mit unserem Engagement wollen wir unseren Beitrag dazu leisten, eine sozialere und gerechtere Welt zu erreichen.

Martin Töben
Sprecher Forum Eine Welt/Ausschuss für internationale Angelegenheiten

Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokraten im Gesundheitswesen (ASG)

Wachsende Probleme für eine dauerhaft qualifizierte Gesundheitsversorgung der Bevölkerung haben die Themen der Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokraten im Gesundheitswesen (ASG) in den Jahren 2008/2009 stark beschäftigt. Die Bremer Krankenhauspolitik stand dabei oft im Mittelpunkt. Fragen zur Entwicklung der Holding Gesundheit Nord, vor allem zur Selbständigkeit, Leistungsfähigkeit und Wirtschaftlichkeit der kommunalen Krankenhäuser wurden oft diskutiert und mit Betroffenen besprochen. Eine zentrale Frage der ASG war und ist: Wie kann eine Krankenhausversorgung für die Bevölkerung und für Patienten im Land Bremen auch in Zukunft qualifiziert und dauerhaft gesichert werden? Zur gefährlichen Unterfinanzierung der Krankenhäuser auch im Land Bremen, durch Koppelung der Budgets an die Grundlohnsumme und aufgrund reduzierter Investitionsförderungen der Länder, auch in Bremen, hat die ASG ein Forderungspapier verabschiedet. Zur Gefährdung der Versorgungsqualität und Sicherheitsrisiken durch Personalabbau in Krankenhäusern, ist im März 2009 der ASG-Antrag „Mindeststandards zur Sicherung der Personalausstattung und der Versorgungsqualität“ auf dem Landesparteitag beschlossen worden.

Im Juli 2008 hat die ASG eine gut besuchte, öffentliche Veranstaltung zur Krankenhauspolitik mit dem Thema „Krankenhausversorgung im Dilemma zwischen Kostendruck und Qualität“ durchgeführt. Den Plan der EU-Kommission zur Lockerung des Werbeverbots für rezeptpflichtige Arzneimittel hat die ASG im Mai 2009 diskutiert und ihn abgelehnt. Partei und Senat sowie die deutschen SPD-Vertreter im Europäischen Parlament wurden aufgefordert, dieser Ablehnung zu folgen und gegen die Freigabe der Direktwerbung für rezeptpflichtige Arzneimittel politisch aktiv zu werden. Mit Prof. E. Greiser hat die ASG die Bremer Lärmstudie „Lärm und soziale Bedingungen als Determinanten für Krankheit in Bremen“ erarbeitet und die Umsetzung vorangetrieben. Abgestimmt mit den Ressorts Umwelt und Gesundheit, ist die Lärmstudie erfolgreich beim Berliner Umweltministerium beantragt und angenommen worden.

Zur Bundestagswahl ist im September 2009 eine öffentliche Veranstaltung mit Beiträgen von Prof. M. Simon und Dr. Thomas Spies, gesundheitspolitischer Sprecher der SPD Hessen, zum Thema „Zukunft der Krankenhausversorgung zwischen Kostendruck und Versorgungsqualität Qualifizierte Krankenhausversorgung dauerhaft sichern“ durchgeführt worden.

Die schwierige wirtschaftliche Lage der Krankenhäuser und die daraus erwachsende Gefährdung der Behandlungsqualität, sowie Auswirkungen des Personalabbaus, sind ebenso wie mögliche Folgen des Medizinischen Zukunftskonzepts der Holding wichtige Themen in den Sitzungen und in Gesprächen mit Staatrat Dr. Schulte-Sasse und Dr. Hansen, GenO, sowie Betriebsräten gewesen.

Weitere wichtige gesundheitspolitische Themen, mit denen sich ASG beschäftigt hat:

- Stärkung der Rechte von Patienten, unter Betonung der Vorrangrolle, die in der Praxis und politisch viel zu wenig beachtet werden. Möglichkeiten zur Verbesserung der Versorgungsqualität von Patienten durch veränderte Rahmenbedingungen.

- Fortentwicklung und Veränderungen bei den kommunalen Kliniken der Stadt Bremen, Ausgestaltung der regionalen Psychiatrieversorgung. Entwicklungen und Gefahren der Privatisierung, die aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen abgelehnt wird. Verstärkte Leistungs- und Qualitätskontrollen, Kampf gegen Korruption in allen Leistungsbereichen, vor allem in der Arzneimittelversorgung.

Die solidarische und paritätisch finanzierte Gesundheitsversorgung, die für alle Bürgerinnen und Bürgern eine gute medizinische Versorgung bereitstellt, muss dauerhaft gesichert bleiben. Sie wird stark gefährdet durch die gefährlichen und unsozialen gesundheitspolitischen Vorstellungen der Bundesregierung. Was gegen diese Entsolidarisierung aus sozialdemokratischer Sicht zu tun ist, hat die ASG angefangen zu diskutieren. Sie wird sich 2010 damit besonders beschäftigen und Gegenkonzepte erarbeiten (Kritik der Kopfpauschale, Vorteil Bürgerversicherung, Ablehnung der Kapitaldeckung in der Pflegeversicherung usw.). Zu aktuellen Themen der Gesundheitspolitik und zur Krankenhauspolitik des Senats wird die ASG weiter Position beziehen. Sie wird der Partei erarbeitete Positionen und Forderungen rechzeitig für die Bürgerschaftswahl im Mai 2011 vorlegen.

Wilfried Bolles
ASG-Landesvorsitzender

Notizen

Anhang

Dokumentation: Bremer Konsens zur Schulentwicklung . . . . . **Seite 83**

Wahlergebnisse:

Bundestagswahl, 27. September 2009 . . . . . **Seite 87**

Europawahl, 7. Juni 2009 . . . . . **Seite 90**

Statistiken zur Mitgliederentwicklung . . . . . **Seite 91**

Notizen

Bremer Konsens zur Schulentwicklung

Die Vorsitzenden der in der bremischen Bürgerschaft vertretenen Parteien der SPD, der CDU, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN und die FDP sind sich einig, dass es angesichts der großen Herausforderungen im bremischen Schulsystem nötig ist, den Jahrzehnte alten Streit über die Schulentwicklung zu beenden. Sie wollen allen Beteiligten, den Schulleitungen, den Lehrkräften, den Schülerinnen und Schülern sowie ihren Eltern signalisieren, wenn sie sich jetzt in den gemeinsam verabredeten Reformprozess begeben, dass ihnen seitens der Politik eine verlässliche Zeit zugesichert wird, sich qualitativ weiterzuentwickeln.

Das Ansehen des Bildungsstandortes Bremen soll gestärkt und die gemeinsamen Anstrengungen der Schulen, eine kontinuierliche Schul- und Qualitätsentwicklung zu betreiben, sollen unterstützt werden.

Dabei haben sich die Parteien schon beim Schulentwicklungsplan auf die nachfolgenden Empfehlungen geeinigt:

- die Merkmale einer guten Schule
- die Sprachstandsfeststellung und Sprachförderung vor der Einschulung
- die Zusammenarbeit von Elementar- und Primarbereich
- Flexibilisierung der Einschulung
- die Stärkung der Grundschule – vermehrte Förderanstrengungen
- mit der Heterogenität umgehen – professionell fördern
- Sprachförderung von Migrantinnen und Migranten
- Förderung besonders begabter Schülerinnen und Schüler
- Teamschulen entwickeln
- Leitungsstrukturen anpassen – Anreize bieten
- Die Weiterentwicklung der sonderpädagogischen Förderung
- Entwicklungs- und Umwandlungsprozesse

Darüber hinaus vereinbaren die Vorsitzenden unbeschadet ihrer bundes- oder landespolitisch beschlossenen Positionen, die im Schulentwicklungsplan vorgesehene strukturelle Schulentwicklung im Land Bremen über die nächsten 10 Jahre und verabreden nach 8 Jahren eine Bilanzierung des Erreichten.

Angesichts der Ergebnisse der PISA-Studie 2006 sind weitere Anstrengungen der Schulen nötig sind, das Lernniveau in allen Schulen zu heben und insbesondere für die qualitative Weiterentwicklung des Schulsystems zu sorgen. Dafür benötigen die Schulen Zeit, Handlungsspielräume und Verlässlichkeit, die durch den politischen Konsens gesichert werden sollen.

Konsens besteht insbesondere über das oberste Ziel, die Leistungsfähigkeit des bremischen Schulsystems so zu verbessern, dass wir national und international den Anschluss finden sowie die soziale Kopplung zwischen Elternhaus und Schulerfolg weiter reduzieren. Dazu soll das Schulsystem landeseinheitlich vereinfacht werden, zwei Wege zum Abitur nach 12 und 13 Jahren anbieten und das Elternrecht der freien Schulwahl erhalten bleiben.

Dabei sind sich die Vorsitzenden einig, dass die Schulen auf ihrem Weg zu mehr Eigenständigkeit unterstützt werden sollen. Dafür sollen mindestens die durch zurückgehende Schülerzahlen freiwerdenden finanziellen Mittel wie in anderen Bundesländern auch dem Bildungssystem zugute kommen.

In Ergänzung zu diesen Empfehlungen und zur Präzisierung bei ihrer Umsetzung wird festgehalten:

1. **Grundschulen** haben einen durch die Stadtgemeinde festgelegten Einzugsbereich. Eltern können Grundschulen anwählen, wenn dort noch Plätze frei sind, wenn es eine Ganztagsgrundschule ist oder wenn ein besonderes Sprach- oder Sportangebot dort vorhanden ist. Die Wahlmöglichkeit der Eltern nach der Grundschule ist gesetzlich gesichert.
Eine Kooperation bis hin zu einem Verbund zwischen Grundschulen und Schulen der Sekundarstufe I ist inhaltlich und vom Lehrereinsatz wünschenswert. Eine darüber hinausgehende Zusammenlegung von Grundschulen und Oberschulen und die freie Anwählbarkeit bedürfen des politischen Konsenses der Unterzeichner.

2. Der Unterricht in der **Oberschule** wird auf unterschiedlichen Anforderungsniveaus mit einem genehmigten, eigenständigen Differenzierungskonzept gestaltet, das sowohl äußere als auch innere Differenzierung ermöglicht. Die Oberschule führt entsprechend zur Berufsbildungsreife, zum mittleren Abschluss und zum Abitur.

3. Der Unterricht im **Gymnasium** führt auf einem Anforderungsniveau zum Abitur, die Schüler erwerben mit Versetzung in Klasse 9 die Berufsbildungsreife. Es wird sichergestellt, dass sie, wenn sie die Abiturprüfung nicht bestehen, je nach Leistungsbild einen mittleren Abschluss oder eine Fachhochschulreife zuerkannt bekommen. Im Grundsatz gilt kein Abschluss ohne Prüfung.
Reicht die Aufnahmekapazität an einem Gymnasium nicht, so werden die Kinder, deren Leistung in Deutsch und Mathematik über den bundesweit festgelegten Leistungsstandards liegt, aufgenommen. Das Verlassen einer Schulart geschieht danach nur noch auf Antrag der Eltern.

4. Eltern, die ein Kind mit **sonderpädagogischen Förderbedarf** haben, können künftig wählen, ob ihr Kind eine allgemeinbildende Schule oder ein eigenständiges Zentrum für unterstützende Pädagogik besuchen soll. Bei der Wahl des Besuchs einer allgemeinbildenden Schule wird die Schule entsprechend ihrer personellen, sächlichen und räumlichen Ausstattung zugewiesen.

5. Die Gestaltung des Schulwesens ist **Landesaufgabe**, entsprechend legt das Land fest, welche Schularten im Land eingerichtet werden. Die **Stadtgemeinden entscheiden über das Schulangebot**, d.h. welche und wie viele Schulen sie „unter Berücksichtigung pädagogischer und finanzieller Notwendigkeiten" einrichten wollen. Dabei müssen die Stadtgemeinden die Schulweglänge und die von Schülern angestrebten Bildungsgänge berücksichtigen. Die acht bestehenden durchgängigen Gymnasien der Stadtgemeinde Bremen bleiben mit ihren Schülerkapazitäten in der Sek. I erhalten.

6. Die Befreiung der Schulen von Ziffernnoten bleibt, wie bisher, auf Antrag der Schulen in der Sek. I geregelt. Die Zeugnisordnung bleibt unverändert.

7. Alle **Gesamtschulen, Integrierten Stadtteilschulen, Sekundarschulen und Schulzentren** wandeln sich spätestens 2011 jahrgangsweise in Oberschulen um. Damit ist der strukturelle Prozess 2017 abgeschlossen. Sie erhalten dabei Unterstützung durch Beratung, Fortbildung und Hospitationsmöglichkeiten.

8. Die **berufliche Bildung** trägt mit durchlässigen und aufeinander aufbauenden Bildungsgängen zur Steigerung der Bildungsbeteiligung bei. Deshalb soll ein zentrales Informationssystem zielgerichtet über berufliche Bildungswege unterrichten, die doppelqualifizierenden Bildungsgänge bei Bedarf ausgebaut werden und für Schüler, die in Gefahr sind, keinen Abschluss im allgemeinbildenden Schulsystem zu erlangen, der neue Bildungsgang **Werkschule** eingerichtet werden.

9. Im weiteren Verfahren soll mit den Schulen in freier Trägerschaft ein Konsens gefunden werden.

10. Diese Vereinbarung steht unter dem Vorbehalt der Zustimmung der Vorstände der beteiligten Parteien.

Bremen, 19. Dezember 2008

Uwe Beckmeyer
Landesvorsitzender der SPD

Susan Mittrenga
Landesvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen

Thomas Röwekamp
Landesvorsitzender der CDU

Dr. Magnus Buhlert
Stv. Landesvorsitzender der FDP

Notizen

Wahlergebnisse

Bundestagswahl 2009 – Erststimmen: Land Bremen

Land Bremen	Bundestagswahl 2009		Bundestagswahl 2005		Veränderungen 2009 zu 2005	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%
Wähler/ Wahlbeteiligung	343.027	70,3	367.282	75,5	-24.255	-5,20
SPD	121.467	35,96	184.817	51,13	-63.350	-15,17
CDU	92.441	27,37	96.120	26,59	-3.679	0,78
Grüne	48.549	14,37	35.147	9,72	13.402	4,65
FDP	24.437	7,23	13.514	3,74	10.923	3,49
Die Linke	42.873	12,69	25.658	7,10	17.215	5,59
NPD	4.626	1,37	5.513	1,53	-887	-0,16
Einzelbewerber	1.480	0,44	681	0,19	799	0,25

Bundestagswahl 2009 – Erststimmen: Stadt Bremen

Stadt Bremen	Bundestagswahl 2009		Bundestagswahl 2005		Veränderungen 2009 zu 2005	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%
Wähler/ Wahlbeteiligung	287.625	71,39	305.260	76,21	-17.635	-4,82
SPD	100.535	35,47	151.852	50,51	-51.317	-15,04
CDU	77.172	27,23	79.498	26,44	-2.326	0,79
Grüne	43.482	15,34	32.140	10,69	11.342	4,65
FDP	20.397	7,20	11.077	3,68	9.320	3,52
Die Linke	35.466	12,51	21.398	7,12	14.068	5,39
NPD	3.766	1,33	4.240	1,41	-474	-0,08
Einzelbewerber	1.248	0,44	451	0,15	797	0,29

Bundestagswahl 2009 – Erststimmen: Stadt Bremerhaven

Stadt Bremerhaven	Bundestagswahl 2009		Bundestagswahl 2005		Veränderungen 2009 zu 2005	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%
Wähler/ Wahlbeteiligung	55.402	65,11	62.022	72,18	-6.620	-7,07
SPD	20.932	38,53	32.965	54,22	-12.033	-15,69
CDU	15.269	28,10	16.622	27,34	-1.353	0,76
Grüne	5.067	9,33	3.007	4,95	2.060	4,38
FDP	4.040	7,44	2.437	4,01	1.603	3,43
Die Linke	7.407	13,63	4.260	7,01	3.147	6,62
NPD	860	1,58	1.273	2,09	-413	-0,51
Einzelbewerber	232	0,43	230	0,38	2	0,05

Bundestagswahl 2009 – Erststimmen: Wahlkreise

	Wahlkreis 55 Bremen I		Wahlkreis 56 Bremen II - Bremerhaven		Land Bremen	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%
Wähler/ Wahlbeteiligung	188.189	7347	154.838	66,78	343.027	70,30
SPD	Carsten Sieling		Uwe Beckmeyer			
	62.588	33,72	58.879	38,70	121.467	35,96
CDU	Rita-Maria Mohr-Lüllmann		Bernd Neumann			
	53.255	28,69	39.186	25,76	92.441	27,37
Grüne	Marieluise Beck		Klaus-Dieter Möhle			
	31.564	17,00	16.985	11,16	48.549	14,37
FDP	Torsten Staffeldt		Oliver Möllenstädt			
	13.587	7,32	10.850	7,13	24.437	7,23
Die Linke	Klaus-Rainer Rupp		Inga Nitz			
	21.226	11,43	21.647	14,23	42.873	12,69
NPD	Klaus Baade		Horst Görmann			
	2.012	1,08	2.614	1,72	4.626	1,37
MLPD	Wolfgang Lange		X			
	343	0,18	X	X	343	0,10
RRP	X		Uwe Gäthje			
	X	X	1.563	1,03	1563	0,46
Einzelbewerber	Jan Hövener		X			
	709	0,38	X	X	709	0,21
Einzelbewerber	X		Martin Tangeten			
	X	X	423	0,28	423	0,13
Einzelbewerber	Wolf-Dieter Könnecke		X			
	348	0,19	X	X	348	0,10

Bundestagswahl 2009 – Zweitstimmen: Wahlkreise

	Wahlkreis 55 Bremen I		Wahlkreis 56 Bremen II - Bremerhaven		Land Bremen	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%
Wähler/ Wahlbeteiligung	188.189	73,47	154.838	66,78	343.027	70,30
SPD	52.387	28,15	50.032	32,80	102.419	30,25
CDU	46.284	24,87	34.680	22,74	80.964	23,91
Grüne	32.556	17,49	19.727	12,93	52.283	15,44
Die Linke	24.883	13,37	23.486	15,40	48.369	14,28
FDP	21.021	11,30	14.957	9,80	35.968	10,62
NPD	1.567	0,84	2.045	1,34	3.612	1,07
PBC	485	0,25	397	0,26	855	0,25
MLPD	133	0,07	83	0,05	216	0,06
DVU	373	0,20	657	0,43	1.030	0,30
REP	247	0,13	330	0,22	577	0,17
Piraten	4.564	2,45	3.610	2,37	8.174	2,41
RRP	1.617	0,67	2.527	1,66	4.144	1,22

Bundestagswahl 2009 – Zweitstimmen: Land Bremen

Land Bremen	Bundestagswahl 2009		Bundestagswahl 2005		Veränderungen 2009 zu 2005	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%
Wähler/ Wahlbeteiligung	343.027	70,3	367.282	75,5	-24.255	-5,20
SPD	102.419	30,25	155.366	42,93	-52.947	-12,68
CDU	80.964	23,91	82.389	22,76	-1.425	1,15
Grüne	52.283	15,44	51.600	14,26	683	1,18
Die Linke	48.369	14,28	30.570	8,45	17.799	5,83
FDP	35.968	19,62	29.329	8,10	6.639	11,52
NPD	3.612	1,07	5.341	1,48	-1.729	-0,41
Piraten	8.174	2,41	X	X	X	X
RRP	4.144	1,22	X	X	X	X
Sonstige	2.678	0,78	7.326	2,03	-4.648	-1,25

Bundestagswahl 2009 – Zweitstimmen: Stadt Bremen

Stadt Bremen	Bundestagswahl 2009		Bundestagswahl 2005		Veränderungen 2009 zu 2005	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%
Wähler/ Wahlbeteiligung	287.625	71,39	305.260	76,21	-17.635	-4,82
SPD	84.806	29,84	126.628	42,06	-41.822	-12,22
CDU	67.389	23,71	67.947	22,57	-558	1,14
Grüne	45.920	16,16	45.792	15,21	128	0,95
Die Linke	40.380	14,21	25.959	8,62	14.421	5,59
FDP	30.414	10,70	24.729	8,21	5.685	2,49
NPD	3.014	1,06	4.121	1,37	-1.107	-0,31
Piraten	6.947	2,44	X	X	X	X
RRP	3.282	1,15	X	X	X	X
Sonstige	2.084	0,73	5.910	1,79	-3.826	-1,06

Bundestagswahl 2009 – Zweitstimmen: Stadt Bremerhaven

Stadt Bremerhaven	Bundestagswahl 2009		Bundestagswahl 2005		Veränderungen 2009 zu 2005	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%
Wähler/ Wahlbeteiligung	55.402	65,11	62.022	72,18	-6.620	-7,07
SPD	17.613	32,39	28.738	47,24	-11.125	-14,85
CDU	13.575	24,97	14.442	23,74	-867	1,23
Grüne	6.363	11,70	5.808	9,55	555	2,15
Die Linke	7.989	14,69	4.611	7,58	3.378	7,11
FDP	5.554	10,21	4.600	7,56	954	2,65
NPD	598	1,10	1.220	2,01	-622	-0,91
Piraten	1.227	2,26	X	X	X	X
RRP	862	1,59	X	X	X	X
Sonstige	594	1,10	1.416	2,33	-822	-1,23

Europawahl 2009 – Land Bremen

Land Bremen	Europawahl 2009		Europawahl 2004		Veränderungen 2009 zu 2004	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%
Wähler/ Wahlbeteiligung	189.640	38,85	181.108	37,31	8.532	1,54
SPD	55.064	29,34	54.395	30,47	669	-1,13
CDU	45.886	24,45	49.915	27,96	-4.029	-3,51
Grüne	41.476	22,10	39.814	22,30	1.662	-0,20
FDP	16.721	8,91	11.260	6,31	5.461	2,60
Die Linke	13.468	7,18	6.627	3,71	6.841	3,47
REP	875	0,47	1.562	0,87	-687	-0,40

Europawahl 2009 – Stadt Bremen

Stadt Bremen	Europawahl 2009		Europawahl 2004		Veränderungen 2009 zu 2004	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%
Wähler/ Wahlbeteiligung	161.308	40,04	152.371	38,17	8.937	1,87
SPD	45.704	28,61	44.810	29,81	894	-1,20
CDU	38.172	23,90	41.300	27,47	-3.128	-3,57
Grüne	37.680	23,59	36.105	24,02	1.575	-0,43
FDP	14.177	8,87	9.292	6,18	4.885	2,69
Die Linke	11.553	7,23	5.816	3,87	5.737	3,36
REP	744	0,47	1.251	0,83	-507	-0,36

Europawahl 2009 – Stadt Bremerhaven

Stadt Bremerhaven	Europawahl 2009		Europawahl 2004		Veränderungen 2009 zu 2004	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%
Wähler/ Wahlbeteiligung	28.332	33,31	28.737	33,26	-405	0,05
SPD	9.360	33,54	9.585	33,99	-225	-0,45
CDU	7.714	27,64	8.615	30,55	-901	-2,91
Grüne	3.796	13,60	3.709	13,15	87	0,45
FDP	2.544	9,12	1.968	6,98	576	2,14
Die Linke	1.915	6,86	811	2,88	1.104	3,98
REP	131	0,47	311	1,10	-180	-0,63

Mitgliederentwicklung nach Geschlecht; Zeitraum: 2000 bis 2009

Landesorganisation Bremen

Jahr	Mitglieder gesamt	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
2000	7.040	4.853	68,93	2.187	31,07
2001	6.754	4.643	68,74	2.111	31,26
2002	6.482	4.431	68,36	2.051	31,64
2003	6.005	4.055	67,53	1.950	32,47
2004	5.652	3.798	67,20	1.854	32,80
2005	5.673	3.788	66,77	1.885	33,23
2006	5.414	3.586	66,24	1.828	33,76
2007	5.198	3.441	66,20	1.757	33,80
2008	4.952	3.267	65,97	1.685	34,03
2009	**4.841**	**3.200**	**66,10**	**1.641**	**33,90**

Unterbezirk Bremen-Stadt

Jahr	Mitglieder gesamt	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
2000	4.563	3.088	67,67	1.475	32,33
2001	4.377	2.958	67,58	1.419	32,42
2002	4.231	2.855	67,48	1.376	32,52
2003	3.937	2.625	66,68	1.312	33,32
2004	3.720	2.464	66,24	1.256	33,76
2005	3.760	2.465	65,56	1.295	34,44
2006	3.579	2.333	65,19	1.246	34,81
2007	3.425	2.234	65,23	1.191	34,77
2008	3.261	2.129	65,29	1.132	34,71
2009	**3.213**	**2.105**	**65,52**	**1.108**	**34,48**

Unterbezirk Bremerhaven

Jahr	Mitglieder gesamt	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
2000	1.504	1.077	71,61	427	28,39
2001	1.439	1.023	71,09	416	28,91
2002	1.337	936	70,01	401	29,99
2003	1.223	845	69,09	378	30,91
2004	1.141	793	69,50	348	30,50
2005	1.112	778	69,96	334	30,04
2006	1.072	737	68,75	335	31,25
2007	1.036	708	68,34	328	31,66
2008	1.002	675	67,37	327	32,63
2009	**954**	**638**	**66,88**	**316**	**33,12**

Unterbezirk Bremen-Nord

Jahr	Mitglieder gesamt	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
2000	973	688	70,71	285	29,29
2001	938	662	70,58	276	29,42
2002	914	640	70,02	274	29,98
2003	845	585	69,23	260	30,77
2004	791	541	68,39	250	31,61
2005	801	545	68,04	256	31,96
2006	763	516	67,63	247	32,37
2007	737	499	67,71	238	32,29
2008	689	463	67,2	226	32,8
2009	**674**	**457**	**67,8**	**217**	**32,2**

Mitgliederbestand nach Geschlecht; Stichtag: 31.12.2009

Name	Mitglieder gesamt	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %	OG-Typ
SPD-Landesorganisation Bremen	**4.841**	**3.200**	**66,10**	**1.641**	**33,90**	**BZ**
SPD-Unterbezirk Bremen-Stadt	**3.213**	**2.105**	**65,52**	**1.108**	**34,48**	**UB**
SPD-OV Bremen-Hemelingen	46	29	63,04	17	36,96	OV
SPD-OV Bremen-Hastedt	74	46	62,16	28	37,84	OV
SPD-OV Bremen-Sebaldsbrück	56	35	62,50	21	37,50	OV
SPD-OV Osterholz	181	126	69,61	55	30,39	OV
SPD-OV Bremen-Arbergen/Mahndorf	76	59	77,63	17	22,37	OV
SPD-OV Bremen-Gartenstadt-Vahr	57	33	57,89	24	42,11	OV
SPD-OV Bremen-Neue Vahr	109	75	68,81	34	31,19	OV
SPD-OV Bremen-Schwachhausen-Nord	120	71	59,17	49	40,83	OV
SPD-OV Bremen-Borgfeld	55	40	72,73	15	27,27	OV
SPD-OV Bremen-Oberneuland	95	60	63,16	35	36,84	OV
SPD-OV Bremen-Horn-Lehesterdeich	96	62	64,58	34	35,42	OV
SPD-OV Bremen-Horn-Achterdiek	102	68	66,67	34	33,33	OV
SPD-OV Bremen-Peterswerder/Steintor	256	167	65,23	89	34,77	OV
SPD-OV Bremen-Altstadt	112	70	62,50	42	37,50	OV
SPD-OV Walle (Bremen)	144	102	70,83	42	29,17	OV
SPD-OV Bremen-Gröpelingen	130	82	63,08	48	36,92	OV
SPD-OV Bremen-Findorff	108	78	72,22	30	27,78	OV
SPD-OV Bremen-Oslebshausen	55	32	58,18	23	41,82	OV
SPD-OV Bremen-Utbremen	41	29	70,73	12	29,27	OV
SPD-OV Bremen-Buntentor	141	84	59,57	57	40,43	OV
SPD-OV Bremen Huckelriede	44	31	70,45	13	29,55	OV
SPD-OV Bremen-Habenhausen-Arsten	133	86	64,66	47	35,34	OV
SPD-OV Bremen-Neustadt	126	82	65,08	44	34,92	OV
SPD-OV Bremen-Strom	19	15	78,95	4	21,05	OV
SPD-OV Bremen-Huchting	162	107	66,05	55	33,95	OV
SPD-OV Bremen-Grolland	43	26	60,47	17	39,53	OV
SPD-OV Bremen-Woltmershausen/Rablinghausen	82	47	57,32	35	42,68	OV
SPD-OV Bremen-Seehausen	14	10	71,43	4	28,57	OV
SPD-OV Bremen-Weidedamm	105	74	70,48	31	29,52	OV
SPD-OV Bremen-Schwachhausen-West	154	92	59,74	62	40,26	OV
SPD-OV Bremen-Schwachhausen-Süd/Ost	143	82	57,34	61	42,66	OV

Name	Mitglieder gesamt	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %	OG-Typ
SPD-OV Bremen Innenstadt	46	36	78,26	10	21,74	OV
SPD-OV Kattenturm-Kattenesch	87	68	78,16	19	21,84	OV
SPD-Unterbezirk Bremerhaven	**954**	**638**	**66,88**	**316**	**33,12**	**UB**
SPD-OV Bremerhaven Leherheide-Ost	73	46	63,01	27	36,99	OV
SPD-OV Bremerhaven Leherheide-Speckenbüttel	78	52	66,67	26	33,33	OV
SPD-OV Bremerhaven Lehe-Nord/Weddewarden	171	127	74,27	44	25,73	OV
SPD-OV Bremerhaven-Lehe	121	71	58,68	50	41,32	OV
SPD-OV Bremerhaven-Mitte	140	88	62,86	52	37,14	OV
SPD-OV Bremerhaven-Geestemünd-Nord	121	85	70,25	36	29,75	OV
SPD-OV Geestemünde-Süd/Grünhöfe	72	47	65,28	25	34,72	OV
SPD-OV Bremerhaven Schiffdorfer Damm - Surheide	84	64	76,19	20	23,81	OV
SPD-OV Bremerhaven-Wulsdorf/Fischereihafen	94	58	61,70	36	38,30	OV
SPD-Unterbezirk Bremen-Nord	**674**	**457**	**67,80**	**217**	**32,20**	**UB**
SPD-OV Bremen-Burgdamm	44	29	65,91	15	34,09	OV
SPD-OV Bremen-Schönebeck	49	32	65,31	17	34,69	OV
SPD-OV Bremen-Hammersbeck	35	27	77,14	8	22,86	OV
SPD-OV Bremen-Vegesack	100	69	69,00	31	31,00	OV
SPD-OV Bremen-Fähr-Lobbendorf	41	24	58,54	17	41,46	OV
SPD-OV Bremen-Blumenthal	75	49	65,33	26	34,67	OV
SPD-OV Bremen-Rönnebeck	40	28	70,00	12	30,00	OV
SPD-OV Bremen-Farge-Rekum	124	81	65,32	43	34,68	OV
SPD-OV Bremen-Burglesum	166	118	71,08	48	28,92	OV
SPD gesamt	**4.841**	**3.200**	**66,10**	**1.641**	**33,90**	

Mitgliederbestand Durchschnittsalter; Stichtag: 31.12.2009

Name	Mitglieder gesamt	Mitglieder gesamt Alter	männlich	männlich Alter	weiblich	weiblich Alter	OG-Typ
SPD-OV Bremen-Hemelingen	46	69	29	66	17	74	OV
SPD-OV Bremerhaven Leherheide-Speckenbüttel	78	68	52	70	26	65	OV
SPD-OV Bremen-Gartenstadt-Vahr	57	66	33	68	24	65	OV
SPD-OV Bremen-Fähr-Lobbendorf	41	66	24	67	17	65	OV
SPD-OV Osterholz	181	65	126	63	55	68	OV
SPD-OV Bremen-Arbergen/Mahndorf	76	64	59	64	17	66	OV
SPD-OV Bremen-Neue Vahr	109	64	75	63	34	65	OV
SPD-OV Bremen-Grolland	43	64	26	62	17	67	OV
SPD-OV Bremen-Seehausen	14	64	10	66	4	58	OV
SPD-OV Bremen-Oberneuland	95	63	60	63	35	64	OV
SPD-OV Bremerhaven Leherheide-Ost	73	63	46	64	27	61	OV
SPD-OV Bremen-Hammersbeck	35	63	27	62	8	67	OV
SPD-OV Bremen-Blumenthal	75	63	49	62	26	66	OV
SPD-OV Bremen-Habenhausen-Arsten	133	62	86	65	47	57	OV
SPD-OV Bremen-Huchting	162	62	107	62	55	63	OV
SPD-OV Kattenturm-Kattenesch	87	62	68	62	19	60	OV
SPD-OV Bremen-Schönebeck	49	62	32	61	17	63	OV
SPD-OV Bremen-Strom	19	61	15	61	4	61	OV
SPD-OV Bremerhaven Schiffdorfer Damm - Surheide	84	61	64	60	20	64	OV
SPD-OV Bremen-Burgdamm	44	61	29	62	15	59	OV
SPD-OV Bremen-Schwachhausen-Nord	120	60	71	59	49	62	OV
SPD-OV Bremen-Horn-Lehesterdeich	96	60	62	60	34	60	OV
SPD-OV Bremen-Weidedamm	105	60	74	59	31	61	OV
SPD-Unterbezirk Bremerhaven	**954**	**60**	**638**	**60**	**316**	**58**	**UB**
SPD-OV Bremerhaven Lehe-Nord/Weddewarden	171	60	127	61	44	57	OV
SPD-OV Bremen-Vegesack	100	60	69	60	31	60	OV
SPD-OV Bremen-Burglesum	166	60	118	59	48	62	OV
SPD-Landesorganisation Bremen	**4.841**	**59**	**3.200**	**58**	**1.641**	**59**	**BZ**
SPD-OV Bremen-Oslebshausen	55	59	32	57	23	63	OV
SPD-OV Geestemünde-Süd/Grünhöfe	72	59	47	59	25	60	OV
SPD-OV Bremerhaven-Wulsdorf/Fischereihafen	94	59	58	60	36	57	OV
SPD-Unterbezirk Bremen-Nord	**674**	**59**	**457**	**59**	**217**	**60**	**UB**
SPD-Unterbezirk Bremen-Stadt	**3.213**	**58**	**2.105**	**58**	**1.108**	**59**	**UB**
SPD-OV Bremen-Sebaldsbrück	56	58	35	56	21	60	OV
SPD-OV Bremen-Borgfeld	55	58	40	59	15	55	OV
SPD-OV Bremen-Woltmershausen/Rablinghausen	82	58	47	61	35	54	OV
SPD-OV Bremen-Schwachhausen-West	154	58	92	57	62	58	OV

Name	Mitglieder gesamt	Mitglieder gesamt Alter	männlich	männlich Alter	weiblich	weiblich Alter	OG-Typ
SPD-OV Bremerhaven-Mitte	140	58	88	57	52	59	OV
SPD-OV Bremerhaven-Geestemünd-Nord	121	58	85	59	36	55	OV
SPD-OV Bremen-Hastedt	74	57	46	58	28	56	OV
SPD-OV Bremen-Altstadt	112	57	70	58	42	56	OV
SPD-OV Bremen-Gröpelingen	130	57	82	56	48	58	OV
SPD-OV Bremen Huckelriede	44	57	31	58	13	55	OV
SPD-OV Bremen-Rönnebeck	40	57	28	58	12	57	OV
SPD-OV Bremen-Buntentor	141	56	84	53	57	59	OV
SPD-OV Bremen-Horn-Achterdiek	102	55	68	53	34	60	OV
SPD-OV Bremerhaven-Lehe	121	55	71	57	50	52	OV
SPD-OV Walle (Bremen)	144	54	102	53	42	55	OV
SPD-OV Bremen-Utbremen	41	54	29	50	12	64	OV
SPD-OV Bremen-Schwachhausen-Süd/Ost	143	54	82	52	61	58	OV
SPD-OV Bremen Innenstadt	46	53	36	53	10	53	OV
SPD-OV Bremen-Peterswerder/Steintor	256	52	167	50	89	57	OV
SPD-OV Bremen-Findorff	108	49	78	48	30	53	OV
SPD-OV Bremen-Neustadt	126	49	82	50	44	48	OV
SPD-OV Bremen-Farge-Rekum	124	49	81	49	43	49	OV

Mitgliederbestand nach Alter; Stichtag: 31.12.2009

Landesorganisation Bremen

Alter	Mitglieder	Mitglieder %	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
14-18	10	0,21	9	0,28	1	0,06
19-21	44	0,91	33	1,03	11	0,67
22-25	155	3,20	96	3,00	59	3,60
26-29	157	3,24	100	3,13	57	3,47
30-34	207	4,28	150	4,69	57	3,47
35-39	190	3,92	134	4,19	56	3,41
40-49	586	12,10	398	12,44	188	11,46
50-59	909	18,78	561	17,53	348	21,21
60-69	1.219	25,18	832	26,00	387	23,58
70-79	877	18,12	592	18,50	285	17,37
80-89	421	8,70	259	8,09	162	9,87
90-105	66	1,36	36	1,13	30	1,83
106 u.ä.	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Gesamt	**4.841**	**100,00**	**3.200**	**100,00**	**1.641**	**100,00**

Unterbezirk Bremen-Stadt

Alter	Mitglieder	Mitglieder %	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
14-18	6	0,19	6	0,29	0	0,00
19-21	24	0,75	20	0,95	4	0,36
22-25	112	3,49	69	3,28	43	3,88
26-29	120	3,73	81	3,85	39	3,52
30-34	152	4,73	108	5,13	44	3,97
35-39	132	4,11	93	4,42	39	3,52
40-49	403	12,54	279	13,25	124	11,19
50-59	557	17,34	328	15,58	229	20,67
60-69	787	24,49	542	25,75	245	22,11
70-79	608	18,92	405	19,24	203	18,32
80-89	267	8,31	153	7,27	114	10,29
90-105	45	1,40	21	1,00	24	2,17
106 u.ä.	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Gesamt	**3.213**	**100,00**	**2.105**	**100,00**	**1.108**	**100,00**

Unterbezirk Bremerhaven

Alter	Mitglieder	Mitglieder %	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
14-18	3	0,31	2	0,31	1	0,32
19-21	7	0,73	2	0,31	5	1,58
22-25	25	2,62	13	2,04	12	3,80
26-29	21	2,20	12	1,88	9	2,85
30-34	32	3,35	23	3,61	9	2,85
35-39	33	3,46	23	3,61	10	3,16
40-49	111	11,64	69	10,82	42	13,29
50-59	218	22,85	147	23,04	71	22,47
60-69	247	25,89	167	26,18	80	25,32
70-79	149	15,62	102	15,99	47	14,87
80-89	92	9,64	67	10,50	25	7,91
90-105	16	1,68	11	1,72	5	1,58
106 u.ä.	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Gesamt	**954**	**100,00**	**638**	**100,00**	**316**	**100,00**

Unterbezirk Bremen-Nord

Alter	Mitglieder	Mitglieder %	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
14-18	1	0,15	1	0,22	0	0,00
19-21	13	1,93	11	2,41	2	0,92
22-25	18	2,67	14	3,06	4	1,84
26-29	16	2,37	7	1,53	9	4,15
30-34	23	3,41	19	4,16	4	1,84
35-39	25	3,71	18	3,94	7	3,23
40-49	72	10,68	50	10,94	22	10,14
50-59	134	19,88	86	18,82	48	22,12
60-69	185	27,45	123	26,91	62	28,57
70-79	120	17,80	85	18,60	35	16,13
80-89	62	9,20	39	8,53	23	10,60
90-105	5	0,74	4	0,88	1	0,46
106 u.ä.	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Gesamt	**674**	**100,00**	**457**	**100,00**	**217**	**100,00**

Mitgliederbestand nach Dauer der Mitgliedschaft; Stichtag: 31.12.2009

Landesorganisation Bremen

Dauer	Mitglieder	Mitglieder %
<1	170	3,51
1	134	2,77
2	127	2,62
3	104	2,15
4	199	4,11
5	88	1,82
6	87	1,80
7	109	2,25
8	100	2,07
9	59	1,22
10	55	1,14
11-12	153	3,16
13-14	131	2,71
15-16	128	2,64
17-18	116	2,40
19-20	179	3,70
21-30	861	17,79
31-40	1.308	27,02
41-50	503	10,39
51-60	172	3,55
61-70	56	1,16
71-80	1	0,02
81-90	1	0,02
91-100	0	0,00
101-110	0	0,00
gesamt	**4.841**	**100,00**

Mitgliederbestand nach durchschnittlicher Dauer der Mitgliedschaft; Stichtag: 31.12.2009

Name	Dauer gesamt	männlich	weiblich	OG-Typ
SPD-Landesorganisation Bremen	**26**	**26**	**24**	**BZ**
SPD-Unterbezirk Bremen-Stadt	26	26	25	UB
SPD-OV Bremen-Hemelingen	33	32	33	OV
SPD-OV Bremen-Hastedt	24	24	22	OV
SPD-OV Bremen-Sebaldsbrück	26	26	27	OV
SPD-OV Osterholz	30	31	29	OV
SPD-OV Bremen-Arbergen/Mahndorf	33	34	31	OV
SPD-OV Bremen-Gartenstadt-Vahr	33	35	29	OV
SPD-OV Bremen-Neue Vahr	28	28	27	OV
SPD-OV Bremen-Schwachhausen-Nord	29	29	29	OV
SPD-OV Bremen-Borgfeld	28	28	27	OV
SPD-OV Bremen-Oberneuland	32	33	30	OV
SPD-OV Bremen-Horn-Lehesterdeich	29	29	28	OV
SPD-OV Bremen-Horn-Achterdiek	25	25	24	OV
SPD-OV Bremen-Peterswerder/Steintor	22	21	23	OV
SPD-OV Bremen-Altstadt	26	29	22	OV
SPD-OV Walle (Bremen)	22	22	22	OV
SPD-OV Bremen-Gröpelingen	23	23	24	OV
SPD-OV Bremen-Findorff	20	20	20	OV
SPD-OV Bremen-Oslebshausen	21	19	23	OV
SPD-OV Bremen-Utbremen	20	19	21	OV
SPD-OV Bremen-Buntentor	23	23	24	OV
SPD-OV Bremen Huckelriede	24	25	22	OV
SPD-OV Bremen-Habenhausen-Arsten	32	36	23	OV
SPD-OV Bremen-Neustadt	20	22	18	OV
SPD-OV Bremen-Strom	24	27	16	OV
SPD-OV Bremen-Huchting	28	29	26	OV
SPD-OV Bremen-Grolland	27	28	25	OV
SPD-OV Bremen-Woltmershausen/Rablinghausen	25	27	21	OV
SPD-OV Bremen-Seehausen	32	33	29	OV

Name	Dauer gesamt	männlich	weiblich	OG-Typ
SPD-OV Bremen-Weidedamm	28	29	28	OV
SPD-OV Bremen-Schwachhausen-West	27	28	26	OV
SPD-OV Bremen-Schwachhausen-Süd/Ost	23	22	23	OV
SPD-OV Bremen Innenstadt	20	20	21	OV
SPD-OV Kattenturm-Kattenesch	27	28	24	OV
SPD-Unterbezirk Bremerhaven	**25**	**27**	**23**	**UB**
SPD-OV Bremerhaven Leherheide-Ost	26	27	24	OV
SPD-OV Bremerhaven Leherheide-Speckenbüttel	34	37	29	OV
SPD-OV Bremerhaven Lehe-Nord/Weddewarden	26	27	24	OV
SPD-OV Bremerhaven-Lehe	23	25	20	OV
SPD-OV Bremerhaven-Mitte	21	21	20	OV
SPD-OV Bremerhaven-Geestemünd-Nord	25	26	22	OV
SPD-OV Geestemünde-Süd/Grünhöfe	25	25	25	OV
SPD-OV Bremerhaven Schiffdorfer Damm - Surheide	28	28	26	OV
SPD-OV Bremerhaven-Wulsdorf/Fischereihafen	25	28	21	OV
SPD-Unterbezirk Bremen-Nord	**25**	**26**	**23**	**UB**
SPD-OV Bremen-Burgdamm	27	29	23	OV
SPD-OV Bremen-Schönebeck	30	31	28	OV
SPD-OV Bremen-Hammersbeck	29	30	28	OV
SPD-OV Bremen-Vegesack	27	28	25	OV
SPD-OV Bremen-Fähr-Lobbendorf	28	32	22	OV
SPD-OV Bremen-Blumenthal	29	28	31	OV
SPD-OV Bremen-Rönnebeck	23	24	19	OV
SPD-OV Bremen-Farge-Rekum	13	13	12	OV
SPD-OV Bremen-Burglesum	27	27	27	OV
SPD gesamt	**26**	**26**	**24**	

Entwicklung der Mitgliedereintritte jährlich; Zeitraum: 2000 bis 2009

Landesorganisation Bremen

Jahr	Mitglieder gesamt	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
2000	119	84	70,59	35	29,41
2001	186	123	66,13	63	33,87
2002	212	139	65,57	73	34,43
2003	131	88	67,18	43	32,82
2004	135	97	71,85	38	28,15
2005	336	221	65,77	115	34,23
2006	161	103	63,98	58	36,02
2007	157	106	67,52	51	32,48
2008	138	92	66,67	46	33,33
2009	**169**	**108**	**63,91**	**61**	**36,09**

Unterbezirk Bremen-Stadt

Jahr	Mitglieder	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
2000	83	58	69,88	25	30,12
2001	128	85	66,41	43	33,59
2002	140	97	69,29	43	30,71
2003	92	58	63,04	34	36,96
2004	88	61	69,32	27	30,68
2005	245	157	64,08	88	35,92
2006	103	62	60,19	41	39,81
2007	94	63	67,02	31	32,98
2008	85	59	69,41	26	30,59
2009	**116**	**77**	**66,38**	**39**	**33,62**

Unterbezirk Bremerhaven

Jahr	Mitglieder gesamt	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
2000	21	15	71,43	6	28,57
2001	28	17	60,71	11	39,29
2002	42	24	57,14	18	42,86
2003	24	19	79,17	5	20,83
2004	25	21	84,00	4	16,00
2005	30	22	73,33	8	26,67
2006	38	26	68,42	12	31,58
2007	32	23	71,88	9	28,13
2008	38	24	63,16	14	36,84
2009	**29**	**13**	**44,83**	**16**	**55,17**

Unterbezirk Bremen-Nord

Jahr	Mitglieder	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
2000	15	11	73,33	4	26,67
2001	30	21	70,00	9	30,00
2002	30	18	60,00	12	40,00
2003	15	11	73,33	4	26,67
2004	22	15	68,18	7	31,82
2005	61	42	68,85	19	31,15
2006	20	15	75,00	5	25,00
2007	31	20	64,52	11	35,48
2008	15	9	60,00	6	40,00
2009	**24**	**18**	**75,00**	**6**	**25,00**

Mitgliederzugänge nach Abgangsart;
Zeitraum: 1.1.2008 bis 31.12.2008

Landesorganisation Bremen

Eintrittsgrund	Mitglieder	Mitglieder %
2 - Erstaufnahme der Daten bei Beitritt	126	89,36
4 - Wiedereintritt (Auslandsaufenthalt, Austritt)	12	8,51
6 - GAST wird zum Mitglied	3	2,13
Gesamt	**141**	**100,00**

Unterbezirk Bremen-Stadt

Eintrittsgrund	Mitglieder	Mitglieder %
2 - Erstaufnahme der Daten bei Beitritt	79	89,77
4 - Wiedereintritt (Auslandsaufenthalt, Austritt)	6	6,82
6 - GAST wird zum Mitglied	3	3,41
Gesamt	**88**	**100,00**

Unterbezirk Bremerhaven

Eintrittsgrund	Mitglieder	Mitglieder %
2 - Erstaufnahme der Daten bei Beitritt	34	89,47
4 - Wiedereintritt (Auslandsaufenthalt, Austritt)	4	10,53
Gesamt	**38**	**100,00**

Unterbezirk Bremen-Nord

Eintrittsgrund	Mitglieder	Mitglieder %
2 - Erstaufnahme der Daten bei Beitritt	13	86,67
4 - Wiedereintritt (Auslandsaufenthalt, Austritt)	2	13,33
Gesamt	**15**	**100,00**

1.1.2009 bis 31.12.2009

Landesorganisation Bremen

Eintrittsgrund	Mitglieder	Mitglieder %
2 - Erstaufnahme der Daten bei Beitritt	165	97,06
4 - Wiedereintritt (Auslandsaufenthalt, Austritt)	3	1,76
6 - GAST wird zum Mitglied	1	0,59
Pflege: Rückdatierter Eintritt	1	0,59
Gesamt	**170**	**100,00**

Unterbezirk Bremen-Stadt

Eintrittsgrund	Mitglieder	Mitglieder %
2 - Erstaufnahme der Daten bei Beitritt	115	98,29
6 - GAST wird zum Mitglied	1	0,85
Pflege: Rückdatierter Eintritt	1	0,85
Gesamt	**117**	**100,00**

Unterbezirk Bremerhaven

Eintrittsgrund	Mitglieder	Mitglieder %
2 - Erstaufnahme der Daten bei Beitritt	28	96,55
4 - Wiedereintritt (Auslandsaufenthalt, Austritt)	1	3,45
Gesamt	**29**	**100,00**

Unterbezirk Bremen-Nord

Eintrittsgrund	Mitglieder	Mitglieder %
2 - Erstaufnahme der Daten bei Beitritt	22	91,67
4 - Wiedereintritt (Auslandsaufenthalt, Austritt)	2	8,33
Gesamt	**24**	**100,00**

Mitgliederabgänge nach Abgangsart; Zeitraum: 1.1.2008 bis 31.12.2008

Landesorganisation Bremen

Austrittsgrund	Mitglieder	Mitglieder %	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
1 - Austritt	289	73,35	191	66,09	98	33,91
3 - Tod	103	26,14	67	65,05	36	34,95
7 - Gast beendet Mitgliedschaft durch Austritt	1	0,25	1	100,00	0	
8 - Gastmitgliedschaft abgelaufen - MASCHINELLE Beendigung	1	0,25	1	100,00	0	
Gesamt	**394**	**100,00**	**260**	**65,99**	**134**	**34,01**

Unterbezirk Bremen-Stadt

Austrittsgrund	Mitglieder	Mitglieder %	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
1 - Austritt	196	73,96	123	62,76	73	37,24
3 - Tod	69	26,04	43	62,32	26	37,68
Gesamt	**265**	**100,00**	**166**	**62,64**	**99**	**37,36**

Unterbezirk Bremerhaven

Austrittsgrund	Mitglieder	Mitglieder %	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
1 - Austritt	50	69,44	40	80,00	10	20,00
3 - Tod	20	27,78	14	70,00	6	30,00
7 - Gast beendet Mitgliedschaft durch Austritt	1	1,39	1	100,00	0	
8 - Gastmitgliedschaft abgelaufen - MASCHINELLE Beendigung	1	1,39	1	100,00	0	
Gesamt	**72**	**100,00**	**56**	**77,78**	**16**	**22,22**

Unterbezirk Bremen-Nord

Austrittsgrund	Mitglieder	Mitglieder %	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
1 - Austritt	43	75,44	28	65,12	15	34,88
3 - Tod	14	24,56	10	71,43	4	28,57
Gesamt	**57**	**100,00**	**38**	**66,67**	**19**	**33,33**

Mitgliederabgänge nach Abgangsart; Zeitraum: 1.1.2009 bis 31.12.2009

Landesorganisation Bremen

Austrittsgrund	Mitglieder	Mitglieder %	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
1 - Austritt	231	68,96	147	63,64	84	36,36
3 - Tod	93	27,76	64	68,82	29	31,18
5 - nicht mehr klärbarer Abgang	3	0,90	3	100,00	0	
7 - Gast beendet Mitgliedschaft durch Austritt	4	1,19	4	100,00	0	
8 - Gastmitgliedschaft abgelaufen - MASCHINELLE Beendigung	4	1,19	1	25,00	3	75,00
Gesamt	**335**	**100,00**	**219**	**65,37**	**116**	**34,63**

Unterbezirk Bremen-Stadt

Austrittsgrund	Mitglieder	Mitglieder %	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
1 - Austritt	140	70,35	91	65,00	49	35,00
3 - Tod	49	24,62	32	65,31	17	34,69
5 - nicht mehr klärbarer Abgang	2	1,00	2	100,00	0	
7 - Gast beendet Mitgliedschaft durch Austritt	4	2,01	4	100,00	0	
8 - Gastmitgliedschaft abgelaufen - MASCHINELLE Beendigung	4	2,01	1	25,00	3	75,00
Gesamt	**199**	**100,00**	**130**	**65,33**	**69**	**34,67**

Unterbezirk Bremerhaven

Austrittsgrund	Mitglieder	Mitglieder %	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
1 - Austritt	60	66,67	38	63,33	22	36,67
3 - Tod	29	32,22	21	72,41	8	27,59
5 - nicht mehr klärbarer Abgang	1	1,11	1	100,00	0	
Gesamt	**90**	**100,00**	**60**	**66,67**	**30**	**33,33**

Unterbezirk Bremen-Nord

Austrittsgrund	Mitglieder	Mitglieder %	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
1 - Austritt	31	67,39	18	58,06	13	41,94
3 - Tod	15	32,61	11	73,33	4	26,67
Gesamt	**46**	**100,00**	**29**	**63,04**	**17**	**36,96**

Mitgliederabgänge nach Abgangsart; Zeitraum: 1.1.2000 bis 31.12.2009

Landesorganisation Bremen

Austrittsgrund	Mitglieder	Mitglieder %	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
1 - Austritt	2.797	67,20	1.924	68,79	873	31,21
2 - Ausschluss	151	3,63	121	80,13	30	19,87
3 - Tod	1.093	26,26	799	73,10	294	26,90
4 - Mehrfacherfassung	16	0,38	13	81,25	3	18,75
5 - nicht mehr klärbarer Abgang	94	2,26	70	74,47	24	25,53
6 - Nichtmitglied m. Teilrechten wird zum Nichtmitglied	1	0,02	0		1	100,00
7 - Gast beendet Mitgliedschaft durch Austritt	5	0,12	5	100,00	0	
8 - Gastmitgliedschaft abgelaufen - MASCHINELLE Beendigung	5	0,12	2	40,00	3	60,00
Gesamt	**4.162**	**100,00**	**2.934**	**70,49**	**1.228**	**29,51**

Unterbezirk Bremen-Stadt

Austrittsgrund	Mitglieder	Mitglieder %	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
1 - Austritt	1.787	67,71	1.190	66,59	597	33,41
2 - Ausschluss	56	2,12	40	71,43	16	28,57
3 - Tod	688	26,07	504	73,26	184	26,74
4 - Mehrfacherfassung	14	0,53	11	78,57	3	21,43
5 - nicht mehr klärbarer Abgang	85	3,22	62	72,94	23	27,06
6 - Nichtmitglied m. Teilrechten wird zum Nichtmitglied	1	0,04	0		1	100,00
7 - Gast beendet Mitgliedschaft durch Austritt	4	0,15	4	100,00	0	
8 - Gastmitgliedschaft abgelaufen - MASCHINELLE Beendigung	4	0,15	1	25,00	3	75,00
Gesamt	**2.639**	**100,00**	**1.812**	**68,66**	**827**	**31,34**

Unterbezirk Bremerhaven

Austrittsgrund	Mitglieder	Mitglieder %	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
1 - Austritt	588	62,82	429	72,96	159	27,04
2 - Ausschluss	88	9,40	75	85,23	13	14,77
3 - Tod	256	27,35	186	72,66	70	27,34
4 - Mehrfacherfassung	1	0,11	1	100,00	0	
5 - nicht mehr klärbarer Abgang	1	0,11	1	100,00	0	
7 - Gast beendet Mitgliedschaft durch Austritt	1	0,11	1	100,00	0	
8 - Gastmitgliedschaft abgelaufen - MASCHINELLE Beendigung	1	0,11	1	100,00	0	
Gesamt	**936**	**100,00**	**694**	**74,15**	**242**	**25,85**

Unterbezirk Bremen-Nord

Austrittsgrund	Mitglieder	Mitglieder %	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
1 - Austritt	422	71,89	305	72,27	117	27,73
2 - Ausschluss	7	1,19	6	85,71	1	14,29
3 - Tod	149	25,38	109	73,15	40	26,85
4 - Mehrfacherfassung	1	0,17	1	100,00	0	
5 - nicht mehr klärbarer Abgang	8	1,36	7	87,50	1	12,50
Gesamt	**587**	**100,00**	**428**	**72,91**	**159**	**27,09**

Entwicklung der Mitgliederaustritte jährlich; Zeitraum: 2000 bis 2009

Landesorganisation Bremen

Jahr	Mitglieder gesamt	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
2000	254	168	66,14	86	33,86
2001	201	141	70,15	60	29,85
2002	206	133	64,56	73	35,44
2003	381	277	72,70	104	27,30
2004	433	310	71,59	123	28,41
2005	212	142	66,98	70	33,02
2006	275	195	70,91	80	29,09
2007	273	194	71,06	79	28,94
2008	289	191	66,09	98	33,91
2009	**231**	**147**	**63,64**	**84**	**36,36**

Unterbezirk Bremen-Stadt

Jahr	Mitglieder gesamt	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
2000	172	108	62,79	64	37,21
2001	130	89	68,46	41	31,54
2002	131	83	63,36	48	36,64
2003	252	176	69,84	76	30,16
2004	264	185	70,08	79	29,92
2005	137	91	66,42	46	33,58
2006	170	115	67,65	55	32,35
2007	181	125	69,06	56	30,94
2008	196	123	62,76	73	37,24
2009	**140**	**91**	**65,00**	**49**	**35,00**

Unterbezirk Bremerhaven

Jahr	Mitglieder gesamt	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
2000	56	42	75,00	14	25,00
2001	39	29	74,36	10	25,64
2002	39	27	69,23	12	30,77
2003	73	56	76,71	17	23,29
2004	110	77	70,00	33	30,00
2005	33	21	63,64	12	36,36
2006	65	51	78,46	14	21,54
2007	57	45	78,95	12	21,05
2008	50	40	80,00	10	20,00
2009	**60**	**38**	**63,33**	**22**	**36,67**

Unterbezirk Bremen-Nord

Jahr	Mitglieder gesamt	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
2000	26	18	69,23	8	30,77
2001	32	23	71,88	9	28,13
2002	36	23	63,89	13	36,11
2003	56	45	80,36	11	19,64
2004	59	48	81,36	11	18,64
2005	42	30	71,43	12	28,57
2006	40	29	72,50	11	27,50
2007	35	24	68,57	11	31,43
2008	43	28	65,12	15	34,88
2009	**31**	**18**	**58,06**	**13**	**41,94**

Notizen

Notizen

SPD-Landesorganisation Bremen
Obernstraße 39–42 · 28195 Bremen
Fon: 04 21/3 50 18-0 · Fax: 04 21/3 50 18-37
E-Mail: info-bremen@spd.de · Internet: www.spd-land-bremen.de
Bankverbindung: SEB Bremen · BLZ: 290 101 11 · Konto: 1006 6183 00